

# Förderpreis für Politische Publizistik 2016/2017

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

Akademie für  
Politik und  
Zeitgeschehen

Ursula Männle (Hrsg.)

## HERAUSFORDERUNG: EINWANDERUNG



**Förderpreis für  
Politische Publizistik  
2016/2017**

Ursula Männle (Hrsg.)

**HERAUSFORDERUNG:  
EINWANDERUNG**

## Impressum

ISBN	978-3-88795-534-2
Herausgeber	Copyright 2017, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: <a href="mailto:info@hss.de">info@hss.de</a> , Online: <a href="http://www.hss.de">www.hss.de</a>
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Verena Hausner (stv. Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl.-Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner
Umschlag	Formidee Designbüro, München
Titelfoto	Jonathan Stutz – Fotolia
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweis	Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

# INHALT

- 05 HERAUSFORDERUNG: EINWANDERUNG**  
Der Förderpreis für Politische Publizistik 2016/2017  
Ursula Männle
- 21 ALS WILLKOMMENSKULTUR IST  
DIE SCHULE WICHTIG**  
Die Integration von Flüchtlingskindern in das  
deutsche Schulsystem am Beispiel Heidelbergs  
Miriam Falter
- 33 ÖKONOMISCHE HERAUSFORDERUNGEN  
DER FLÜCHTLINGSKRISE**  
Tilman Knop / Christian Mahler
- 51 CHRISTLICHE VERANTWORTUNGSETHIK  
STATT GRENZENLOSEM IDEALISMUS**  
Warum wir nicht mehr Menschen aufnehmen dürfen,  
als wir integrieren können  
Johannes Hummel
- 65 WO BLEIBT DIE POLITISCHE MITTE?**  
Saurabh Divekar
- 73 DER GLAUBE AN WOHLSTAND**  
Anthropologische Überlegungen zu einem  
erfolgreichen Integrationsmodell  
Nastasja Saskia Dresler

- 85 GERECHTIGKEITSPSYCHOLOGISCHE ANALYSE  
VON AFD-WÄHLERN**  
Jörg Gulden
- 99 DIE „ANDEREN“ MÜSSEN SICH UNS ANPASSEN –  
IN ORDNUNG, ABER AN WAS GENAU?**  
Veronika Schreck
- 107 HERAUSFORDERUNG ANGENOMMEN!**  
Rajner Tatz
- 121 DER LIBERALE STAAT**  
Johannes Wahl
- 135 NAME, HEIMAT, MACHT – FÜR ALLE!**  
Laura Maria Wastlhuber

# HERAUSFORDERUNG: EINWANDERUNG

Der Förderpreis für Politische Publizistik 2016/2017

**URSULA MÄNNLE** ||| Jede Generation ist aufgefordert, ihre Zukunft neu zu denken und Veränderungsprozesse selbst zu gestalten. Von entscheidender Bedeutung ist es deshalb, dass gerade junge Leute differenziert, kritisch, offen und kreativ über grundlegende gesellschaftliche Fragen nachdenken. Um sie zu diesem Nachdenken zu ermuntern und zur Verbreitung ihrer Gedanken beizutragen, schreibt die Hanns-Seidel-Stiftung alle zwei Jahre bundesweit einen Preis für Politische Publizistik aus. Adressaten sind Studierende sowie Doktoranden deutscher Hochschulen bis zu einer Altersgrenze von 30 Jahren. Angesprochen und herausgefordert ist also die Generation der akademischen Vordenker und gesellschaftlichen Gestalter von morgen.

„Herausforderung: Einwanderung“ – unter dieses weitgefaste Thema haben wir die Ausschreibung 2016/2017 gestellt, auf die sich die Jahrgänge 1986 und jünger bewerben konnten. Die Resonanz hat gezeigt, dass es uns wiederum gelungen ist, zahlreiche junge Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit abzuholen und zum Mitmachen zu animieren.

Heute leben in Deutschland bereits über 17 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund. In Bayern trifft dies auf jeden fünften Einwohner zu. Die Jahre 2015 und 2016 haben nicht wenig zu dieser steigenden Tendenz beigetragen. In diesem Zeitraum kam

eine so große Anzahl an Personen aus anderen Kulturkreisen nach Europa, nach Deutschland, nach Bayern wie nie zuvor in unserer Geschichte. Laut Bundesministerium des Innern waren es allein im Jahr 2015 rund 890.000 Asylsuchende, die ihr Weg nach Deutschland geführt hat. Sie alle haben unterschiedliche nationale, religiöse und kulturelle Wurzeln und Werte im Gepäck, was verständlicherweise zu intensiven und mitunter emotionalen Diskussionen über Chancen, Probleme, Ängste sowie über Möglichkeiten und Wege der Einbindung und Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft geführt hat, die bis heute anhalten.

Die Hanns-Seidel-Stiftung mit ihrem Kernauftrag zur politischen Bildung hat sich dieser „Herausforderung: Einwanderung“ gestellt. Mit zahlreichen Seminarangeboten, Workshops und Publikationen setzen wir uns dafür ein, unsere freiheitliche Demokratie zu fördern und zu stabilisieren sowie Menschen zu einer aktiven und bejahenden Teilhabe an ihr zu befähigen und zu ermuntern. Wir pflegen den Austausch mit Wissenschaftlern, Politikern und Menschen aus der Praxis. Wir unterstützen und fördern Kreativität im Denken und riskieren einen Blick über den eigenen Tellerrand. Unser Preis für Politische Publizistik 2016/2017 reiht sich in die Kette unserer Maßnahmen ein. Allen jungen wissenschaftlichen Nachwuchskräften, die den Mut gehabt und die Mühe aufgebracht haben, sich diesem Wettbewerb zu stellen, gelten unser Dank und große Anerkennung.

Leicht haben die Einsender es den Mitgliedern unserer Jury nicht gemacht, die vor der schwierigen Aufgabe standen, aus den vielen lesenswerten Texten die besonders preiswürdigen Essays, Reportagen oder wissenschaftlichen Beiträge herauszufiltern. Der Jury ging es dabei ausdrücklich nicht um die Bewertung der politischen Haltung der jeweiligen Autoren, sondern um stilistische Klarheit, eigenständige, innovative Gedanken und ungewöhnliche Aspekte in der Ausarbeitung. Angenommen haben sich dieser Aufgabe dankenswerterweise die Leiterin Unternehmensplanung und Medienforschung des Bayerischen Rundfunks, Birgit van Eimeren, das Mitglied der

Stern-Chefredaktion Berlin, Hans-Ulrich Jörges, die Lehrstuhlinhaberin für Christliche Sozialwissenschaft und Sozialethik der Universität Jena, Elke Mack, die Professorin für Psychologie, Pädagogische Psychologie und Medienpsychologie der Universität Siegen, Angela Schorr, der Redakteur Bayern & Region des Münchner Merkur, Dirk Walter, sowie die beiden Referatsleiterinnen der Hanns-Seidel-Stiftung, Paula Bodensteiner und Susanne Schmid.

Für den **1. Preis** ausgewählt wurde **Miriam Falter**, Jahrgang 1992. Sie studiert an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg für das Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Realschulen Geographie, Politikwissenschaft und Deutsch. Ihr Beitrag trägt den Titel „Als Willkommenskultur ist die Schule wichtig! – Die Integration von Flüchtlingskindern in das deutsche Schulsystem, am Beispiel Heidelbergs“. In dieser Arbeit wird die entscheidende Rolle der Schulen bei der Integration betont, welche in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit eher unterzugehen drohe. Die schulische Integration geschehe weitgehend geräuschlos, wahrscheinlich, weil es wenige offensichtliche, dennoch aber schleichende Probleme unter der allgemeinen Wahrnehmungsschwelle gebe. Deshalb solle „Zuwanderung“ nach Meinung der Autorin schnell ein Thema der Lehrerbildung werden. Miriam Falter hat eine überzeugende Abhandlung vorgelegt, welche die Verantwortung des Lehrpersonals in den Schulen sowie generell den Bildungsaspekt in den Fokus der Einwanderungspolitik rückt. Ihr ist damit ein Schlüsselbeitrag für gelingende Integration gelungen.

Der **2. Preis** ging an ein Autorenteam. Ausgezeichnet wurden **Tilman Knop**, Jahrgang 1995, und **Christian Mahler**, Jahrgang 1994. Beide absolvieren den Bachelor Studiengang Sociology, Politics & Economics an der Zeppelin Universität Friedrichshafen am Bodensee. In ihrem Beitrag mit dem Titel „Ökonomische Herausforderungen der Flüchtlingskrise“ skizzieren sie Integrationspolitik unter dem Aspekt volkswirtschaftlicher Herausforderungen. Um Zuwanderung zu einem „Gewinn“ zu machen, benötige die Gesellschaft



einen langen Atem. Dabei habe Zuwanderung ein „enormes ökonomisches Potenzial“. Besonders bemerkenswert fand die Jury die klare und nachvollziehbare Argumentation der wissenschaftlichen Abhandlung, die sich nicht scheue, die Risiken der Einwanderung, aber auch die Chancen der Integration für die Gesellschaft aufzuzeigen.



Prof. Ursula Männle im Kreis der Geehrten.

Einen der zwei **3. Preise** erhielt **Johannes Hummel**, Jahrgang 1988, der sich im Masterstudiengang Staatswissenschaft an der Universität Passau befindet. Sein Beitrag ist überschrieben mit „Christliche Verantwortungsethik statt grenzenlosem Idealismus: Warum wir nicht mehr Menschen aufnehmen dürfen, als wir integrieren können.“ Der Autor hält darin ein klares Plädoyer für die viel diskutierte „Obergrenze“. Die schlüssigen, gut hergeleiteten Argumente dafür werden mit einer Vielzahl von Quellen und Zitaten belegt.

Ihm ist eine flüssig geschriebene, lesenswerte Auseinandersetzung mit der Thematik gelungen, die zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Geschriebenen anregt.

Für einen weiteren **3. Preis** wurde **Saurabh Divekar**, Jahrgang 1987, ausgewählt, der Germanistik an der Pune University in Indien und Deutsch als Fremdsprache an der freien Universität Berlin studiert und zuletzt an seiner Dissertation an der Jawaharlal Nehru Universität in Neu Delhi gearbeitet hat. „Wo bleibt die politische Mitte?“ lautet der Titel seines Beitrags. Klar und eindringlich schildert er den Umgang mit der Flüchtlingskrise in Deutschland aus seiner persönlichen Perspektive und lässt diese Schilderung in zwei Lösungsansätze münden, wie man sowohl individuell als auch institutionell Ausgrenzung vermeiden könne, um eine liberale, tolerante Gesellschaft zu bewahren.

Neben diesen Arbeiten der Preisträger veröffentlichen wir hier noch weitere sechs Beiträge, die von der Jury als besonders lesenswert bewertet wurden, auch wenn sie es nicht unter die ersten drei Plätze geschafft haben: „Der Glaube an Wohlstand – Anthropologische Überlegungen zu einem erfolgreichen Integrationsmodell“ von Nastasja Saskia Dresler, Jahrgang 1987, Lehrbeauftragte an der Ludwig-Maximilians-Universität München; „Die ‚Anderen‘ müssen sich uns anpassen – in Ordnung, aber an was genau?“ von Veronika Schreck, geboren 1990, die an der Philipps-Universität Marburg promoviert; „Herausforderung angenommen!“ von Rajner Tatz, Jahrgang 1988, der seinen Master an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz macht; „Der liberale Staat“ von Johannes Wahl, geboren 1991, Master-Student an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen Frankfurt am Main; „Gerechtigkeitspsychologische Analyse von AfD-Wählern“ von Jörg Gulden, Jahrgang 1992, der seinen Master an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt absolviert; sowie „Name, Heimat, Macht – für alle!“ von Laura Maria Wastlhuber, geboren 1990, die ihren Master an der Universität Passau macht.

All diesen lesenswerten Texten vorangestellt finden sich einige Gedichte des deutsch-türkischen Lyrikers **Nevfel Cumart**, der die Preisverleihung im Konferenzzentrum München im Juli 2017 mit einer Lesung bereichert hat. Vor 56 Jahren waren seine Eltern mit den ersten türkischen Gastarbeitern nach Deutschland gekommen. Heute zählt der in Bamberg lebende Dichter mit 18 Gedichtbänden zu den produktivsten und kreativsten Lyrikern seiner Generation in Deutschland. Von den kargen Feldern Anatoliens, der Heimat seiner muslimischen Eltern und Vorfahren, bis zu den Amtsstuben Deutschlands, in denen er reichlich Erfahrungen sammeln konnte, spannt er einen lyrischen Bogen zwischen Orient und Okzident und gibt den Lesern auf diese Weise Einblicke in seine ganz persönliche „Herausforderung: Einwanderung“.

||| **PROF. URSULA MÄNNLE**

Staatsministerin a.D.,  
Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung



Nevfel Cumart



Quelle: Cody Cobb – Fotolia

## *zwei welten*

*zwischen  
zwei  
welten  
inmitten  
unendlicher  
einsamkeit  
möchte  
ich eine brücke sein*

*doch kann ich  
kaum fuß fassen  
an dem einen ufer  
vom anderen  
löse ich mich  
immer mehr*

*die brücke bricht  
droht mich  
zu zerreißen  
in der mitte*

**wir kamen**

wir kamen aus erzurum und aus antalya  
aus kayseri und adana  
aus anatolien kamen wir  
aus dem schoße der mutter erde

wir kamen mit koffern voller heimweh  
und mit tränen für jahre  
mit unseren liebsten im rücken  
kamen wir aus dem schoße  
der mutter erde – unser herz klamm

wir kamen in dunklen zügen  
aus dem schoße unserer mutter erde  
mit einem unbekanntem ziel kamen wir  
und glaubt nicht  
daß unsere herzen voller freude waren  
als wir kamen

einigen von uns brannte noch die  
trockene harte erde unter den fingernägeln  
anderer lungen waren angefüllt  
mit heißer sonne  
im schoße unserer mutter erde  
einige der unsrigen  
hatten zeit ihres lebens  
keinen tag keine nacht  
ohne ihre familien verbracht  
viele auch konnten kaum lesen und schreiben  
andere sahen noch keine häuser  
außer die in ihrem dorfe

*kein flugzeug kannten wir  
keine maschinen kein fließband und kein akkord  
nur unsere hände die arbeit unsere lieben die armut  
und unsere mutter erde kannten wir  
die uns aus ihrem schoße gebar*



*dazwischen*

*meine frau griechin  
mein trauzeuge amerikaner  
meine mutter türkin  
mein freund yemenit  
meine patentochter deutsche  
mein nachbar algerier  
mein professor österreichischer  
mein arzt iraker  
und  
irgendwo  
dazwischen  
ich  
auf diesem staubkorn  
genannt erde*

## *über die heimat II*

*mein vater  
kehrt in die türkei zurück  
er möchte nicht  
in der fremde sterben*

*auch ich möchte nicht  
in der fremde sterben  
und entschieße mich  
in bamberg zu bleiben*



Quelle: sunso7butterfly – Fotolia



## *reisen in die türkei*

*viele tage vorher verschwand plötzlich  
unser blauer vw-bus –  
mein vater stellte ihn  
in der scheune eines befreundeten bauern unter  
wir kinder wunderten uns*

*dann begann das große packen  
zwei gepäckträger wurden auf den bus montiert  
die hintere sitzreihe ausgebaut  
eine holzplatte eingesetzt  
jeder zentimeter wurde mit gepäck gefüllt  
als wäre die reise eine endgültige rückkehr  
wir kinder wunderten uns*

*die geschenke waren längst gekauft  
für all die verwandten jung und alt  
handtücher hemden hosen strümpfe  
kaffee seife deo-sprays gläser batterien schokolade  
und noch vor beginn der ferien  
gab uns die schule frei  
wir kinder wunderten uns*

*dann begann die reise –  
wir ließen deutschland hinter uns  
fuhren durch österreich jugoslawien bulgarien  
und noch weitere tausend kilometer  
quer durch die türkei  
in deutschland kannten wir die autobahn  
in österreich bestaunten wir die berge  
in jugoslawien verloren wir oft den weg  
in bulgarien schikanierte uns die polizei  
in der türkei bekamen unsere eltern feuchte augen  
wir kinder wunderten uns*

nie erreichten wir ungeschoren adana  
einmal brannte der motor unseres busses  
einmal wurden wir ausgeraubt  
einmal fuhr uns ein auto an  
einmal wurde unser vater eingesperrt  
einmal hingen wir über dem abgrund  
und jedes mal waren die füße unseres vaters  
nach der reise angeschwollen wie luftballons  
wir kinder wunderten uns

dann kamen sie alle zu besuch  
verwandte bekannte nachbarn im viertel  
die ersten zwei wochen  
um uns willkommen zu heißen  
die letzten zwei wochen  
um uns eine gute reise zu wünschen  
wir küßten tausend hände  
tausend mal küßte man  
unsere wangen und augen  
wir kinder wunderten uns

deutschland war fern die kälte vergessen  
die nächte waren kurz die märchen endlos  
wir schliefen auf dem dach der mond beschützte uns

dann kam die abreise  
nachbarn wie verwandte von nah und fern  
versammelten sich im morgengrauen  
noch vor dem gebetsruf  
umgaben gebete unseren bus  
sie gossen einen eimer wasser  
hinter uns auf die straße  
wir verließen die schmale gasse  
die stadt blieb zurück  
unsere eltern weinten  
wir kinder wunderten uns

# FÖRDERPREIS FÜR POLITISCHE PUBLIZISTIK DER HANNS-SEIDEL-STIFTUNG



dotiert mit EURO 5.000

Themenstellung

## „Herausforderung: Einwanderung“

Digital einzureichen bis 7. November 2016

Mail an: [foerderpreis2016@hss.de](mailto:foerderpreis2016@hss.de) | Betreff: HSS Förderpreis für Politische Publizistik  
Die Bewerber müssen Jahrgang 1986 oder jünger sein.



Weitere Informationen unter [www.hss.de/preise/publizistik.html](http://www.hss.de/preise/publizistik.html)



[www.hss.de](http://www.hss.de)

## DAS PROZEDERE AUF DEN PUNKT GEBRACHT:

### ► Wer ist angesprochen?

Bewerber können sich immatrikulierte Studierende oder Erstpromovierende an wissenschaftlichen Hochschulen, die Jahrgang 1986 oder jünger sind.

### ► Was ist einzureichen?

- Ein Manuskript als MS-Word-kompatible Datei (Zeichenanzahl inkl. Leerzeichen: 12.000 bis 24.000)
- Eine aktuelle Immatrikulationsbescheinigung
- Ein tabellarischer Lebenslauf mit ausführlichem Werdegang (Einsendeschluss: 07.11.2016/Datum des E-Mail-Eingangs)

### ► Rückfragen unter

Tel.: +49 (0)89 1258-215  
E-Mail: foerderpreis2016@hss.de

### ► Wohin?

Digital einzureichen unter: foerderpreis2016@hss.de  
Betreff: HSS Förderpreis für Politische Publizistik

### ► Richtlinien zum Inhalt/Jurykriterien

- Die Eingrenzung der offenen Themenstellung sollte individuell erfolgen. Zur Verdeutlichung sei folgendes angeführt: In Deutschland leben rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, Tendenz steigend. 2015 kam eine so große Anzahl an Menschen aus anderen Kulturkreisen nach Europa, insbesondere nach Deutschland, wie nie zuvor. Die offensichtlich unterschiedlichen nationalen, religiösen und kulturellen Wurzeln führen zu Diskussionen über Chancen, Probleme, Ängste und über die Einbindung und Integration dieser Menschen. Auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderung stehen im Fokus. Welche Ansätze könnte man verfolgen, um eine Balance zwischen deutschen Grundwerten, Rechtsstaat und Demokratie einerseits und der kulturellen Vielfalt der Einwanderer andererseits zu erreichen?
- Das Thema kann als Essay, Reportage oder wissenschaftlicher Beitrag aufbereitet werden.
- Die Arbeit kann übergreifend oder exemplarisch angelegt sein.
- Sie muss in deutscher Sprache formuliert sein, den politischen und demokratischen Grundsätzen der Bundesrepublik Deutschland gerecht werden, aus wissenschaftlicher Perspektive verfasst sein, sich durch stilistische Klarheit auszeichnen und durch eigenständige, innovative Gedanken oder auch durch ungewöhnliche Aspekte in der Ausarbeitung Interesse erregen.
- Sie soll sich für eine Veröffentlichung in einer von der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Publikation eignen.
- Der Beitrag darf noch nicht veröffentlicht sein.

Der Preis dient der Förderung von Nachwuchswissenschaftlern (w/m).

Die Auswahl unter den eingereichten Arbeiten übernimmt eine unabhängige Jury, der prominente Wissenschaftler und Publizisten angehören. Die Jury entscheidet mit einfacher Mehrheit. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Jury behält sich vor, die Arbeiten mit einer Plagiat-Software zu überprüfen.

Die Hanns-Seidel-Stiftung e.V. erwirbt mit der Auszeichnung der Arbeiten das Recht, diese honorarfrei zu veröffentlichen. Zusätzlich werden Textbeiträge der Einsender publiziert, wenn die Jury dies vorschlägt. Eine Pflicht zum Abdruck besteht für die Hanns-Seidel-Stiftung allerdings nicht.

Teilnehmer am Förderpreis für politische Publizistik können nach einmaligem Erhalt eines Geldpreises bei erneuter Teilnahme keinen weiteren erhalten.

Mitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung sind von der Teilnahme an dem Wettbewerb ausgeschlossen.

**Die Preisverleihung findet in der ersten Jahreshälfte 2017 in einem feierlichen Rahmen im Konferenzzentrum München statt.**

Weitere Informationen zur Preisausschreibung finden Interessierte unter [www.hss.de/preise/publizistik.html](http://www.hss.de/preise/publizistik.html)





# ALS WILLKOMMENSKULTUR IST DIE SCHULE WICHTIG

Die Integration von Flüchtlingskindern in das deutsche Schulsystem am Beispiel Heidelbergs



**MIRIAM FALTER** ||| Die neuen Migrationsströme stellen Deutschland vor eine große Aufgabe. Die Schule ist das wichtigste Bindeglied zwischen den Flüchtlingen und der Gesellschaft. In Vorbereitungsklassen wird versucht, den neuen Schülern gerecht zu werden. Wie wird die Integration an der Schule umgesetzt? Auf welche Herausforderungen stoßen Lehrkräfte? Welche pädagogischen Konzepte sind zielführend? Dieser Artikel gibt Antworten.

## AUF DER SUCHE NACH INFORMATIONEN

Derzeit sind rund 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Das sind seit Ende des zweiten Weltkrieges die höchsten Flüchtlingszahlen. Von den 60 Millionen Menschen flüchteten jedoch mehr als die Hälfte innerhalb ihres Heimatlandes und circa 20 Millionen Menschen haben es verlassen. Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 476.649 Asylanträge gestellt.<sup>1</sup> Diese seit über 20 Jahren erreichte Höchstzahl ließ das Klima für Asylsuchende in der Bundesrepublik zwischen „Willkommenskultur“ und eisigen „Das Boot ist voll“<sup>2</sup> schwanken. Die Zahl der Asylsuchenden stieg 2015 sprunghaft an und es wurde üblich, die Asylsuchenden durch vermehrte Zurückweisung und Abschiebung abzuschrecken, anstatt sie aufzunehmen und zu integrieren. Doch die Frage, die wir uns stellen sollten, ist: Wie gehen wir mit den Flüchtlingen, die bereits in Deutschland sind und voraussichtlich auch eine Weile hier bleiben werden, um? Der Anstieg der Flüchtlingszahlen führte zu Diskussionen über sogenannte „neue Herausforderungen“. Im Kontext Schule und vor dem Hintergrund der großen Anzahl von über 31 % schulpflichtigen Asylsuchenden<sup>3</sup> beschäftigt mich vor allem die Frage der schulischen Integration.

Es entsteht oft der Eindruck, dass Deutschland die Flüchtlingswelle völlig unvorbereitet und überraschend trifft. Betrachtet man die Veränderung jedoch vor dem Hintergrund der Migrationspolitik der letzten 60 Jahre, erkennt man schnell, dass Deutschland schon seit dem zweiten Weltkrieg ein von Einwanderung und Flucht geprägtes Land ist und hinsichtlich der Integration bereits Erfahrungen gesammelt hat.

„Zwar ist das Unterrichten dieser Schülergruppe seit ca. 60 Jahren eine Daueraufgabe des deutschen Bildungssystems und sollte – auch wenn die Zahlen migrierender Menschen derzeit steigen – eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein; jedoch beherrscht das Thema 2015 die Medien und die öffentlichen Diskurse, als sei dies nicht der Fall, bzw. als handle es sich um eine gänzlich neue Aufgabe“<sup>4</sup>

Durch die aktuelle Brisanz des wiederaufflammenden Themas der Integration werden dieselben Fragen nun erneut in einem neuen Kontext diskutiert.

## **INTEGRATION VON FLÜCHTLINGSKINDERN IN DAS DEUTSCHE SCHULSYSTEM**

Im Rahmen meiner Zulassungsarbeit habe ich mich deshalb mit der schulischen Integration von Flüchtlingskindern in das deutsche Schulsystem befasst. Seit über einem Jahr gebe ich ehrenamtlich Deutschkurse für Asylsuchende in einer Unterkunft in der Region. Die Situation der Geflüchteten dort hat sich nach über einem Jahr kaum merklich verbessert und die Integration der jungen Männer in den Arbeitsmarkt gestaltet sich auf Grund von sprachlichen und bürokratischen Hürden weiterhin als äußerst schwer.

Knapp 55 % der Flüchtlinge, die in Deutschland leben, sind unter 18 Jahre. Dies macht die zentrale Rolle der Schule bei der Integration deutlich. Aus diesem Grund wollte ich untersuchen, wie Integration in unserem selektiven Schulsystem vollzogen und verstanden wird und was für Integrationsmaßnahmen getroffen werden. Mit Hilfe eines theoretischen Fundaments, in dem ich einen Fokus auf den Umgang mit Geflüchteten in Heidelberg legte und auf die rechtlichen Verankerungen, Rahmenbedingungen und Beschulungsmöglichkeiten, speziell auf die Vorbereitungsklassen und die damit verbundene Förderdiagnostik einging, konnte ich Leitfragen erstellen und diverse Lehrkräfte interviewen, die in Vorbereitungsklassen tätig sind. So lässt sich die Theorie mit der Praxis vergleichen, um Chancen und Herausforderungen für die Integration von Flüchtlingskindern im baden-württembergischen Schulsystem zu ermitteln.

Im Folgenden benenne ich einige Themen und Probleme, die mir im eigenen Unterricht begegneten und die auch von anderen Lehrern immer wieder benannt wurden, und illustriere diese Aspekte durch signifikante – sprachlich gekürzte und geglättete – Interviewausschnitte<sup>5</sup> Es folgt also eine thematisch sondierte Interview-Zitat-Collage.



## LEHRER BENENNEN AUFGABEN UND ZIELE

Während meiner Recherche über die Erstaufnahmeeinrichtung wurde ich auf die Bildungsbiografische Erfassung (BBE) aufmerksam. Sie wird von Seiten des Landes Baden-Württemberg als eine der besten Möglichkeiten dargestellt, der starken Zunahme von Flüchtlingskindern gerecht zu werden und eine angemessene Beschulung sicherzustellen. Die Erfassung vor Ort ermittelt schulrelevante Daten, wie die Dauer des Schulbesuchs, vorhandene Fremdsprachenkenntnisse, Alphabetisierung etc. und soll bei der gezielten Vermittlung an die passenden Schulen und bei der gezielten Förderung aufgrund der schulischen Vorerfahrungen helfen. Meine Befragungen von Lehrkräften waren für dieses Instrument jedoch ernüchternd: Fünf der sieben Lehrkräfte war die BBE nicht bekannt. Lediglich zwei kannten diese Erfassung, die jedoch nicht an die Schulen weitergegeben wurde. Eine Lehrkraft sagte, dass sie nur den Namen und das Geburtsdatum weitergeleitet bekämen. Eine andere gab zu bedenken, dass die BBE, die seit Januar 2016 im Patrick-Henry-Village, einer Erstaufnahmeeinrichtung, durchgeführt wird, zu spät ansetzt, da die meisten SuS zu diesem Zeitpunkt bereits im Schulsystem aufgenommen wurden. Lediglich „Nachzügler“ könnten damit erfasst werden. Sie meinte: „Meine Flüchtlingskinder kamen alle vor dem Zeitpunkt, das heißt, ich habe keine Ahnung über deren Vorbildung. Was schwierig ist, weil die es mir nicht mitteilen können, weil es keine Brückensprache gibt oder keinen Übersetzer. Das war sehr schwierig, weil ich überhaupt nicht wusste, wo die stehen. Ich finde es cool, dass es erfasst wird, weil ich als Lehrkraft dann gleich weiß, wie ich mit ihnen umgehen kann, wie ich kommunizieren kann, ob jemand vielleicht englisch spricht, auf welchem Niveau, oder welche anderen Sprachen er kann. Ich habe diese Erfassung allerdings bis jetzt noch nicht erhalten, weil meine SuS allesamt bereits länger als ein halbes Jahr da sind und deshalb auch nicht erfasst wurden. Deswegen denke ich, dass das Ganze für meine Gruppe nicht so viel bringt, weil der große Teil ja schon da ist und jetzt nur noch Nachzügler erfasst werden.“

Offiziell besteht für die SuS kein festgelegter Zeitpunkt für den Übergang von der Vorbereitungsklasse in die Regelklasse. Dieser sollte aber spätestens nach einem Jahr vollzogen werden. Die SuS haben in der Regelklasse dann zu Beginn einen speziellen Notenschutz und besondere Fremdsprachenregelungen, und sie sollen in nicht-sprachlichen Fächern, wie Sport oder Musik, auch vorab teilintegriert werden. Diese Teilintegration stellt sich in einigen Fällen aber als problematisch dar. Es fehlen das sprachliche Verständnis und deshalb auch der Integrationswillen auf Seiten der Regelschüler und Regellehrkräfte. Eine Lehrkraft meinte dazu: „Was meine Erfahrungen sagen, bräuchten wir in den Vorbereitungsklassen nicht nur Deutschunterricht, sondern eben Mathematikunterricht auf Deutsch. Aber nicht auf dem Niveau einer neunten Klassen, wie die meisten Schüler eigentlich eingestuft werden, sondern auf dem Niveau einer siebten oder fünften Klasse. So ist es auch im Englischen. Die Schüler tun sich unheimlich schwer, bei uns in der Regelklasse mitzukommen. Sie werden zwar in manchen Fächern teilintegriert, wie Sport, BK, Musik. Da haben wir sie gleich am Anfang in die Regelklasse gegeben, damit sie sozialen Anschluss haben. Aber die Schüler wurden von den Regelklassen irgendwie nicht aufgenommen, von den unterrichtenden Lehrern auch nicht, und dann waren die Regelklassen eigentlich eher froh, wenn die Schüler nicht anwesend waren.“

## **LEHRERMANGEL**

Eine bedeutende Herausforderung bei der Implementierung von Vorbereitungsklassen (VKL) ist der Lehrermangel. Der Klassenteiler einer VKL liegt bei 24 Schülerinnen und Schülern (SuS). Gemeinsamer Unterricht mit 24 SuS ist aufgrund der kulturellen Heterogenität und unterschiedlichen Lern- und Leistungsständen der SuS aber, nach dem Urteil zahlreicher Lehrkräfte, oft nicht möglich. Deswegen behelfen sich viele Lehrkräfte so, dass sie Vorbereitungsklassen in Gruppen teilen: „Wir haben einen Teiler von 24, aber wir machen

die Vorbereitungsklassen nicht voll, weil es nicht möglich ist, mit 24 Schülern zu unterrichten. Wenn wir in zwei Gruppen teilen, müssen wir die 27 Wochenstunden aber aufteilen, und jede Gruppe hat dann nur dreizehneinhalb Stunden. Wir könnten die 24 zusammen unterrichten, wenn ich eine Teampartnerin hätte, aber mit 24 Schülern macht das Sprachenlernen keinen Sinn, weil jeder individuell nicht so gefordert ist und nicht zum Sprechen kommt.“ In der Praxis gibt es auch eine Priorität des Regelunterrichts vor dem VKL-Unterricht. „Es war am Anfang des Schuljahres mal gedacht, dass eine Kollegin vorwiegend in der VKL-Klasse drin ist. Also das ist nur die Absicht. Es ist oft nicht realisierbar, weil der Fachunterricht, also der Regelunterricht, Vorrang hat. Wenn irgendwo ein Lehrer ausfällt und eine Lücke ist, dann fällt meist der VKL aus, leider.“

Eine Lehrkraft schlug ein Tandem-Prinzip vor, bei dem SuS als Assistenten kooptiert werden: „Wenn es Schulen gibt, an denen es so läuft wie bei uns, dass man eben kleine bis große Vorbereitungsklassen-Schüler hat, die in separaten Gruppen unterrichtet werden, dann können SuS in eine Art Assistentenrolle schlüpfen. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn man die Großen ein bisschen mehr zum Sprechen ‚zwingt‘. Dann habe ich Kollegen angesprochen: ‚wie wär’s denn, wenn immer einer von den Großen einmal die Woche einen Block mit zu den Kleinen kommt und als Assistent helfen darf?‘ Dann hätte ich Unterstützung. Die Schüler sind 12 bis 18 Jahre alt, die können helfen und bekommen dann auch mehr Routine beim Sprechen.“ So könnten Schüler und Schülerinnen (SuS) in die Rolle des Experten schlüpfen und in realen Situationen sprechen.

Fehlende oder unzureichende Materialien stellen das Improvisationstalent der Lehrkraft ebenfalls auf harte Proben. Das gängige Material trifft oft nicht auf die Interessen der Geflüchteten und ist zu teuer: „Einen VKL-Koffer für 500 Euro kaufen und dann nur 15 % davon verwenden? Also, dann setze ich mich lieber selbst hin und bastle etwas.“ „Ich hab mir die Themenfelder selbst ausgesucht,

die ich für alltagsnah und wichtig halte, und dann die Materialien erstellt. Man bastelt sich was zusammen. Es muss jeder selbst für den Unterricht suchen. Pädagogen können individuelles Lehrmaterial herstellen, es bringt nichts, dass bundesweit oder landesweit irgendwelche Lernpakete erstellt werden, man kann sie oft nicht anwenden, weil man individuell auf die kleinen Menschen, großen Menschen eingehen muss. Dafür ist allerdings dringend mehr Zeit erforderlich!“

Die Schulkultur ist von Heterogenität geprägt, von unerwarteten Situationen und mancherlei Herausforderungen. Alle diese Dimensionen kommen in einer Vorbereitungsklasse geballt zusammen. Dort hat man unterschiedliche Sprachen, Bildungsniveaus, kulturelle Hintergründe und Fluchterfahrungen. In kürzester Zeit wurde versucht, auf die neue Situation der Flüchtlinge mit Vorbereitungsklassen zu reagieren. „Wie es halt so ist, passiert erst mal die Praxis und danach wird eine Fortbildung angeboten. Baden-Württemberg war überhaupt nicht vorbereitet auf Vorbereitungsklassen.“ Die Vorbereitungsklassen sind ein Konstrukt, eine Art Subkultur. Keiner weiß genau, was es ist. Aus dem Nichts sollte eine Art Schule neu erfunden werden. Vorbereitungsklassen lassen sich mit einer Seifenblase vergleichen: Für den wahren Pädagogen sind sie etwas sehr Schönes, aber auch sehr Gebrechliches, das nur von kurzer Dauer ist. Sie sind formbar und wandelbar, nicht starr festgelegt. Den Weg der Seifenblase kennt nur der Wind.

Wenn es die VKL heute gibt, muss man auch mit der Implementierung von Qualifizierungsangeboten in den Hochschulen und Universitäten darauf reagieren. Durch Pflichtangebote im Bachelor- und Masterstudiengang werden die angehenden Lehrkräfte besser auf die steigende Heterogenität und Anforderungen vorbereitet. Eine engere Verzahnung des 1. und 2. Staatsexamens sollte auch angestrebt werden. Eine Dozentin forderte dazu mehr Querschnittskompetenzen in der Lehrerbildung: „Zuwanderung im Kontext sprachlicher- und kultureller Diversität“ sollte verpflichtend und prüfungsrelevant für alle Lehramtsstudierenden eingeführt werden.

Eine Lehrkraft äußerte dazu zustimmend: „Das war mir nicht klar, dass jetzt schon die Hochschulen die Flüchtlingsfrage thematisieren. Das finde ich toll!“

Eine bessere Lehrerausbildung hilft auch den bereits praktizierenden Lehrkräften. Sie wünschen Fortbildungen im Bereich „kultureller Umgang“: „Wir bekommen jetzt die Quittung für die Versäumnisse der letzten Jahre: dafür, dass wir vor dem Thema der schulischen Integration von Kindern mit Migrations- und Zuwanderungshintergrund lange die Augen verschlossen und keine Strukturen geschaffen haben. Das geschieht immer noch nicht hinreichend. Wenn wir nicht die bestmöglichen Rahmen- und Förderungsbedingungen sicherstellen, steigt der Frustrationspegel unserer Kollegen, und das verschlechtert das Arbeitsklima und die eigene Gesundheit. Eigentlich bräuchte ich DaF-Konzepte, aber DaF passt auch nicht ganz, ich bräuchte eigentlich eine Mischung aus allem, ganz viel DaZ, aber DaF auch, einen Mix aus Fremdsprachen und Mehrsprachigkeitsforschung. Wenn man methodische Zugänge entwickelt, ist den Kollegen sehr geholfen. Wir müssen aber auch über die kulturellen Prägungen der Werte mehr wissen. Die Lehrkräfte kommen da manchmal an ihre Grenzen, wenn aufmüpfige junge Männer da sind, die sich von einer Lehrerin nichts sagen lassen und sie wie Luft behandeln. Was mach ich da? Wie trete ich dagegen auf? Wie artikuliere ich mich?“

## **DIE WICHTIGE ROLLE DER LEHRER**

Schulen und Lehrkräfte übernehmen nicht nur den Deutschunterricht; sie helfen auch bei aufenthaltsrechtlichen Belangen und geben psychosoziale Unterstützung. „Man muss zum Teil Therapeut, Erzieher und Löwenbändiger sein.“ Lehrkräfte sollten deswegen in ihrer Rolle deutlich mehr Unterstützung erhalten. Deswegen wird von Seiten der Lehrkräfte auch der Wunsch nach zusätzlichen Unterstützungsangeboten geäußert: nach Leitfäden, Hausaufgabenbetreuungen, Pflichtförderangeboten, Einzelförderung für schwächere

SuS, nach Dolmetschern. Die Schule ist ein wichtiges Instrument, um den SuS eine Perspektive und die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen; sie vermittelt kulturelle Werte und Traditionen und auch „Lebensweltkompetenz“, wie eine Lehrerin es nannte: „Gerade in den großen Pausen und durch die Einschulung in die Regelklasse lernen die Kids die Kultur kennen. Sie lernen den Umgang miteinander und Respekt voreinander. Ich glaube, dass die Schule nicht nur Bildungsinhalte vermitteln kann. Sie kann auch zwischenmenschliche Kontakte fördern, das Miteinander und die Regeln in der deutschen Gesellschaft“. Hier wurden auch typisch „deutsche“ Werte genannt, die für Perspektiven in den Arbeits- und Wohnmarkt fundamental sind. Eine Lehrkraft sagte: „Die Schule kann den Kindern keine Perspektive ermöglichen, sie kann nur das Werkzeug vermitteln, damit sie sich diese Perspektive selbst schaffen.“ Das finde ich treffend. Es schließt die sprachliche Bildung selbstverständlich ein, jedoch nicht als primäres Ziel. Oft wurde die Schule als ein Ort bezeichnet, in dem Integration gelebt wird und an dem sich die SuS willkommen fühlen sollen. Die Schule hat die Funktion der „sozialen Integration, also Freundschaften zu bilden, und da merk ich, dass das ganz toll gelaufen ist in meiner Klasse. Die Lehrperson ist ein positives Vorbild und eine Vertrauensperson, bei der sie sich sicher und wohlfühlen können. Als Willkommenskultur ist die Schule wichtig!“

Die Teilintegration wird auch als Chance gesehen. Die Regelschüler könnten positive Sprachvorbilder sein, von denen gelernt wird, es könnten sich Freundschaften entwickeln, sodass das Sprachenlernen und die Integration über den schulinternen Input hinaus geht. Hierbei wurden vor allem der Sportunterricht und Musikprojekte genannt: „Die Schüler brauchen manchmal einfach etwas, was nicht schulisch ist. Wir hatten jetzt diese Trommel-Projekte, um Flüchtlingsschüler mit anderen Schülern zu vernetzen. Wenn sie in Deutsch schon die Looser sind, zeigen sie dennoch: Ich kann auch etwas! Das hat hier für die Integration der Schüler total viel ge-

bracht. Das sind nicht mehr die, die kein Deutsch können, sondern das sind die, die super trommeln können. In ihrer afrikanischen Kleidung haben sie richtig gerockt.“ Daraus könnten sich gemeinsame Interessen entwickeln. Die sprachliche Barriere steht dann nicht mehr im Vordergrund. Die gelebte „Willkommenskultur“ ermöglicht eine emotionale Integration der SuS, die ein Türöffner und Schlüssel zur gelungenen Integration ist.

Eine positive Einstellung hilft aber auch den Lehrkräften in einer VKL. Die VKL wird dann als Bereicherung wahrgenommen, in der Vielfalt gelebt werden kann. „Sie sollte kein Problem sein, für das wir eine Lösung suchen.“ Das Umdenken sollte von den Problemen und Defiziten zu den positiven Chancen und einer positiven Haltung führen, die die VKL als bereichernde, vielfältige Gemeinschaft betrachtet, in der die SuS viel von unserer Kultur lernen, aber auch etwas von ihrer Kultur weitergeben. Die meisten Kollegen führen Fehler nicht auf mangelnde Intelligenz oder geringen Lernwillen zurück. Wenn sich Kollegen auf die Neuankömmlinge in ihren Klassen freuen oder extra aufgestockt haben, um in einer Vorbereitungs-klasse tätig zu werden, so sind das positive Zeichen, die zeigen, dass der Wunsch und Wille zur Integration der SuS bei vielen Lehrern sehr groß ist. Zwei Lehrkräfte betonten in den Interviews, „dass es trotz allem eine sehr befriedigende Arbeit ist, die Spaß macht“. Auf ihre Lehrerfolge sind sie stolz. Diese Wahrnehmung deckt sich mit meinen Erfahrungen in meinem Deutschkurs: Auch wenn die Arbeit teils anstrengend ist und es Rückschläge etwa durch Abschiebungen oder Praktikumsabsagen gibt, ist es eine vielseitige, beglückende und bereichernde Arbeit. Man muss viel Zeit investieren, bekommt aber auch wahn-sinnig viel wieder zurück und lernt viel für und über sich selbst.

### **SCHAFFEN WIR DAS?**

Angela Merkels Satz „Wir schaffen das“ begleitete mich während meiner Zulassungsarbeit immer wieder. Meiner Meinung nach kann und darf es sich ein Land wie Deutschland in Anbetracht seiner

Vergangenheit, seines Wohlstands und seiner Schlüsselposition innerhalb Europas nicht erlauben, diese wichtige Aufgabe nicht zu schaffen. Zum einen können wir es uns nicht erlauben, da wir eine gesetzliche Verpflichtung und einen humanitären Anspruch diesen Menschen gegenüber haben. Zum anderen besteht aber auch eine Verpflichtung dem eigenen Land gegenüber und diese Verpflichtung muss in einer gelungenen Integration enden, in der Flüchtlinge zu Bürgern werden, die dem Staat und damit der deutschen Bevölkerung als wichtige Arbeitskraft und als Stütze, dem demografischen Wandel entgegenzuwirken, dienen.

Besonders in Erinnerung blieb mir diesbezüglich das sinngemäße Zitat einer Lehrerin, dass Angela Merkel zwar groß „töne“, dass wir das schaffen, dass sie aber nie diejenigen Personen, die die Arbeit und die Integration wirklich stemmen müssen, frage, ob sie das auch wirklich schaffen und leisten können. Und hier setzt wieder die Aufgabe der Politik an, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Akteure vor Ort die Integration leisten können. Welche Voraussetzungen für eine gelungene Integration und eine erfüllende Arbeit der Lehrkräfte nötig sind, hat sich im Laufe meiner Arbeit herauskristallisiert.

Stehen ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung, dann können diese in kleineren Gruppen effektiv und intensiv am Sprachenlernen arbeiten, sodass die SuS möglichst schnell in eine Regelklasse integriert werden können, um an realen Sprachvorbildern lernen zu können. Die Teilintegration, die vielerorts durchgeführt wird, kann dabei als Erleichterungshilfe wirken und Freundschaften fördern. Aus den Interviews der Lehrkräfte hat sich dabei herauskristallisiert, wie das Motto einer jeden VKL lauten sollte: Sprache zu bilden, Kompetenzen zu stärken und Potenziale zu entwickeln. Mit diesen drei Zielen und den passenden institutionellen und strukturellen Rahmenbedingungen kann und wird eine gelungene Integration, die den geflüchteten SuS gerecht wird und die eine Bereicherung für die Gesellschaft darstellt, möglich sein.



Wichtig hierbei ist zu beachten, dass Integration ein langwieriger Prozess ist, der nicht innerhalb einiger Monate vollzogen werden kann und dass Integration von beiden Seiten aus, auf freiwilliger Basis, angestrebt werden muss. Hierbei spielt die Aufklärung durch die Politik für eine Akzeptanz in der Gesellschaft eine wichtige Rolle. Lehrkräfte und die Schule können bei ihrer Schülerschaft und damit einem großen Teil der deutschen Bevölkerung ansetzen und das gegenseitige Verständnis und die Akzeptanz und Toleranz füreinander fördern. Demnach erfüllt die Schule einen sehr großen und wichtigen Teil bei der Integration von Flüchtlingen und kann als Bindeglied zwischen Asylsuchenden und der deutschen Bevölkerung gesehen werden.

Unter diesen Bedingungen würde ich sagen: „Ja, wir schaffen das! Wir schaffen die Integration der Schulkinder, die sich integrieren wollen mit Geduld, Zusammenhalt, Engagement und Toleranz.“

**||| MIRIAM FALTER**

studiert Lehramt für Geographie, Politikwissenschaft, Deutsch  
an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg

## **ANMERKUNGEN**

- <sup>1</sup> Daschner, Peter: Flüchtlinge in der Schule, in: Pädagogik. Flüchtlinge in der Schule, 4/2016, Weinheim, S. 6 ff.
- <sup>2</sup> Birnbaum, Robert: „Das Boot ist voll“ – Kritik in der Fraktion an Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, <http://www.tagesspiegel.de/politik/gegenwind-fuer-merkel-das-boot-ist-voll-kritik-in-der-fraktion-an-fluechtlingspolitik-der-kanzlerin/12359920.html>, Stand: 17.5.2016.
- <sup>3</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Geschäftsbericht Asylstatistik 2015, [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201512-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201512-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile), Stand:18.5.2016
- <sup>4</sup> Mavruk, Gülsah / Schmidt, Eva: Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im Unterricht, in: Sonderpädagogische Förderung heute, Weinheim, S. 51.
- <sup>5</sup> Die Interviews wurden im Frühjahr 2016 mit Lehrern in der Region Heidelberg geführt.

# ÖKONOMISCHE HERAUSFORDERUNGEN DER FLÜCHTLINGSKRISE

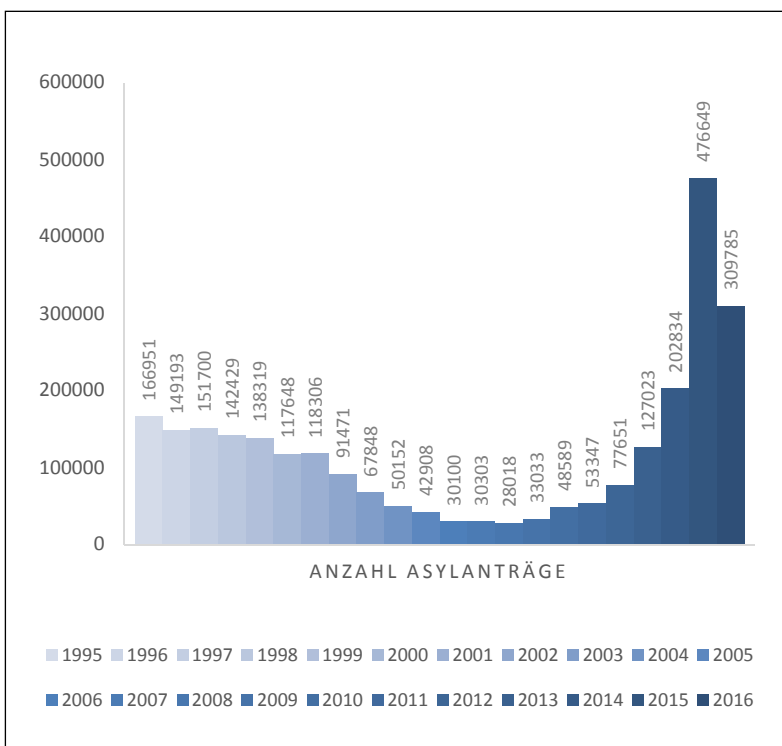


**TILMAN KNOP / CHRISTIAN MAHLER** ||| Oft thematisiert und viel diskutiert sind die möglichen Auswirkungen von über einer Million Geflüchteten auf die deutsche Wirtschaft. Renommiertere Institutionen tun sich schwer, deckungsgleiche Aussagen zu treffen. Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Frage, welche Perspektiven aus den verschiedensten Bereichen der Politik, der Gesellschaft und der Ökonomie in Betracht gezogen werden sollten, um sich fundierten Aussagen zu nähern.

## EINLEITUNG

Am Anfang steht eine einfache Frage: Wer wird herausgefordert? In erster Linie ist die Politik herausgefordert. Diese Arbeit beschäftigt sich mit den volkswirtschaftlichen Auswirkungen der aktuellen Flüchtlingszuwanderung in Deutschland. Terror, Krieg und Bürgerkrieg im Nahen Osten zeigen inzwischen ihre Folgen in Deutschland. Mit über einer Million Menschen im Jahr 2015 hat die Bundesrepublik Deutschland den weitaus größten Teil der Asylsuchenden in Europa aufgenommen.<sup>1</sup>

**Abbildung 1:**  
Asylanträge in Deutschland, 1995 bis 2016 (Stand Mai)<sup>2</sup>



Die Zahl der Erstanträge auf Anerkennung als Asylberechtigter sind seit 2008 bis zum aktuellen Jahr gestiegen (siehe Abbildung 1). Zuletzt verstärkte sich diese Zuwanderung noch einmal: Im April 2015 wurde von 24.504 Personen ein Antrag gestellt. Im Jahr 2016 stieg diese Zahl um 143,6 % auf 59.680.<sup>3</sup> Sowohl die deutsche Wirtschaft und Politik als auch die Gesellschaft stehen damit vor einer großen Herausforderung. Wie die bisherige Forschung zeigt, ist die Arbeitsmarktintegration ein wesentlicher Bestandteil für die gesellschaftliche Integration.<sup>4</sup>

Der Fokus der Arbeit liegt daher zum einen auf den ökonomischen Auswirkungen. Hierbei sollen die gesamtwirtschaftliche Betrachtung umrissen sowie die Bedeutung des Humankapitals dargestellt werden. Zum anderen wird der praktische Prozess der Arbeitsmarktintegration untersucht.

## **FAKTOREN DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN AUSWIRKUNGEN**

In diesem Abschnitt sollen relevante Faktoren der wirtschaftlichen Auswirkungen von Flüchtlingen festgemacht werden. Wir treffen eine grobe Unterscheidung zwischen quantitativen und qualitativen Faktoren, die nicht klar getrennt betrachtet werden können und sich gegenseitig stark beeinflussen. Bei den quantitativen Faktoren handelt es sich um berechenbare ökonomische Größen, die klar an der gegenwärtigen Ausgangssituation ausgerichtet sind. Die qualitativen Faktoren sind eher zukunftsgerichtet und es lassen sich nur schwer Aussagen von der momentanen Ausgangssituation ableiten. Trotzdem sind sie von großer Bedeutung und wichtig für die ökonomische Bilanz der Flüchtlingszuwanderung.

### **Quantitative Faktoren**

Der Versuch, eine gesamtwirtschaftliche Bilanz, eine finale Gewinn- oder Verlustrechnung aufzustellen, ist verlockend und verspricht Klarheit. Bereits im November 2015 veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine solche Rechnung,

in der unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren drei Szenarien für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands unter Einfluss der Flüchtlinge aufstellt wurden. In allen drei Prognosen ergab sich jeweils ein Nettogewinn für die deutsche Wirtschaft. Der Unterschied war nur die Zeit, die es dauerte, bis die positiven Effekte die Kosten überstiegen. Dieser Punkt war nach spätestens 25 Jahren erreicht.<sup>5</sup>

Das Ergebnis dieser Rechnung wurde stark kritisiert: Während das DIW in ihrem optimistischen Szenario einen Gewinn von 6,8 Mrd. Euro nach zehn Jahren für die deutsche Bevölkerung errechnete, kam das Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung der Universität Münster (CAWM) für den gleichen Zeitraum auf einen Verlust von -14,3 Mrd. Euro.<sup>6</sup>

Offensichtlich überwiegen in den berechneten Modellen, die zu einem negativen Ergebnis kommen, die Kosten. Hierbei ist zunächst zwischen den kurz- und den langfristigen zu unterscheiden. Die direkt entstehenden Kosten für den deutschen Staat liegen auf der Hand: Diese erwachsen bei der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge. Zusätzliche Kosten ergeben sich durch zusätzlichen Wohnungsbau und Weiterbildungsprogramme. Auch die gestiegenen Ausgaben für die Gewährleistung der Sicherheit in Deutschland werden berücksichtigt.<sup>7</sup> Ein wesentlicher Teil der Kosten, die sich langfristig auswirken, sind die Transferleistungen des deutschen Staates: Durch unterdurchschnittliches Einkommen von Migranten, überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten und hohe Inanspruchnahme von Sozialleistungen entsteht nach Sinn ein Finanzierungsdefizit für die deutsche Bevölkerung.<sup>8</sup>

Doch welche Auswirkungen ergeben sich dadurch? Kurzfristig kann es zu positiven Konjunktoreffekten kommen, da der Staat Geld ausgibt, das wie eine Investition ins Bruttoinlandsprodukt fließt. Langfristig werden diese zusätzlichen Schulden allerdings durch den „Entzug von Steuermitteln“<sup>9</sup> bedient werden müssen. Alternativ ließen sich die zusätzlichen Integrationskosten nur durch Einsparungen in anderen Bereichen decken oder durch einen geringeren Schul-

denabbau realisieren.<sup>10</sup> Durch diese Integrationskosten und deren Finanzierung wird die deutsche Wirtschaftskraft in den nächsten Jahren erheblich belastet.<sup>11</sup>

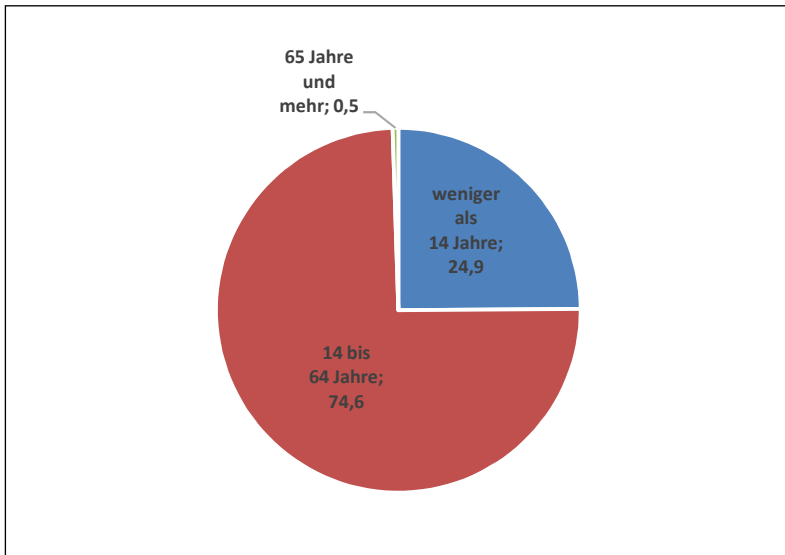
Eng verknüpft mit den Kosten und den Transferleistungen sind die Arbeitsmarkteffekte, die sich durch Flüchtlinge ergeben. Bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes und den Auswirkungen, die Flüchtlinge auf diesen haben, bestehen in der Politik offenbar zwei Hypothesen:

- 1) Eine Vergrößerung des Arbeitskräfteangebots führt zu sinkenden Löhnen und
- 2) Die Arbeitslosigkeit steigt, wenn die Löhne nicht flexibel reagieren.<sup>12</sup>

Diese Annahmen sollten aber vor dem Hintergrund des demografischen Wandels betrachtet werden. Bis zum Jahr 2030 werden 5 Mio. Babyboomer in Rente gehen. Hinzu kommen ca. 1 Mio. offene Stellen.<sup>13</sup> Somit besteht aus wirtschaftlicher Sicht sogar der Zwang, Menschen aufzunehmen, um das demografische Defizit kompensieren zu können.<sup>14</sup> Auch von Hinte, Rinne, & Zimmermann wird diese Ansicht geteilt, allerdings weniger optimistisch: Flüchtlinge könnten die Folgen des demografischen Wandels „geringfügig lindern“.<sup>15</sup> Ein weiterer positiver Effekt ergibt sich durch das niedrige Durchschnittsalter der Flüchtlinge: Rund die Hälfte ist jünger als 25; über drei Viertel der Menschen befinden sich in der Altersgruppe zwischen 14 bis 64 Jahren<sup>16</sup> (siehe Abbildung 2). Es bestehen daher gute Chancen, dass sich diese Gruppe mittels Ausbildung Zugang zum Arbeitsmarkt verschafft.<sup>17</sup>

Die Arbeitsmarkteffekte betreffend verwies Kolb auf die Ergebnisse, die durch den Marial Boatlift erzielt wurden.<sup>18</sup> Der Marial Boatlift war eine Flüchtlingsbewegung von Kuba in die USA im Jahr 1980. Dadurch wurde das Arbeitsmarktpotenzial in der Stadt Miami um 7 % angehoben.<sup>19</sup>

**Abbildung 2:**  
**Altersstruktur der erstmaligen Asylbewerber in Deutschland, 2016<sup>20</sup>**



Auch Bauer, Lofstrom und Zimmermann unterstützen dieses Ergebnis: Zuwanderer würden nach empirischen Befunden weder Einheimische aus ihren Beschäftigungen verdrängen noch die Löhne verringern.<sup>21</sup> Kolb zufolge sind die Auswirkungen ebenfalls zu vernachlässigen und er betont, dass sowohl positive als auch negative Arbeitmarkteffekte bei der Zuwanderung mit großer Wahrscheinlichkeit überschätzt werden.<sup>22</sup> Nach dieser Aussage besteht also auch für die Situation der aktuellen Flüchtlingskrise eine Chance, große Menschenmengen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Entscheidend ist hierbei, wie sich die Dauer der Arbeitsmarktintegration entwickelt.<sup>23</sup> Nach den Ergebnissen von Wilhelm dürften innerhalb eines Jahres weniger als jeder zehnte Flüchtling und nach fünf Jahren jeder zweite so gut in den Arbeitsmarkt integriert sein wie bisherige Zuwanderer. Nach 15 Jahren sollte dies auf alle ankommenden

Flüchtlinge zutreffen.<sup>24</sup> Nach Herbert Brücker ist davon auszugehen, dass nach sechs Jahren ein Zuwanderer zwei Drittel des Qualifikationsprofils von bereits ansässigen Ausländern erreicht.<sup>25</sup> Die Autoren verweisen aber auch auf Quellen, die wesentlich pessimistischere Zahlen nennen: Diese beziffern den Integrationszeitraum auf bis zu 13 Jahre.<sup>26</sup> Zudem ist die Position entscheidend, die von den Flüchtlingen im Arbeitsmarkt je nach Qualifikation eingenommen werden kann.<sup>27</sup> Davon wiederum hängt ab, wie sehr die Flüchtlinge von den oben beschriebenen Transferleistungen profitieren werden.

Bei der Diskussion um die Kosten werden die Transferleistungen oftmals isoliert betrachtet. Der wirtschaftliche Beitrag eines beschäftigten Flüchtlings kann selbst dann positiv sein, wenn er mehr Transferleistungen erhält als Steuern zahlt.<sup>28</sup> Deshalb ist eine Betrachtung der Angebots- und Nachfrageimpulse ebenfalls wichtig für eine ökonomische Bilanz. Grund dafür ist neben den Erträgen seiner Arbeitsleistungen für das jeweilige Unternehmen auch eine steigende Nachfrage nach Konsumgütern.<sup>29</sup> Die Beschäftigungs- und Lohnquoten werden sich an das Niveau von anderen Zuwanderungsgruppen annähern.<sup>30</sup> Somit kann auch von einer sich angleichenden Nachfrage ausgegangen werden.

### Qualitative Faktoren

Nur wenige Veröffentlichungen thematisieren die geografische Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Deutschlands. Das Empirica Institut hat diesen Faktor in verschiedenen Arbeiten behandelt und kam zu dem Schluss, dass für eine gelungene und wirtschaftliche Integration eine Verteilung der Flüchtlingsfamilien aufs Land nötig ist. Anhand von Daten der Bundesagentur für Arbeit kam das Empirica Institut durch Berechnungen zu dem Schluss, dass durch die hohe Abwanderung in ländliche Regionen die Chance auf eine freie Stelle größer sei als in den Metropolen.<sup>31</sup> Des Weiteren wird durch die Verteilung eine möglichst effiziente und kostensparende Unterbringung in bestehenden Unterkünften erhofft.<sup>32</sup> Durch die kleine-



ren Dorfstrukturen soll es möglich sein, vor allem die Kinder der Familien schnell integrieren zu können.<sup>33</sup> Auch von Raffelhüschen & Moog wird die zukünftige Arbeitsmarktintegration der Kinder von heutigen Flüchtlingen als wichtiger Punkt genannt. Gelänge die Integration dieser zweiten Generation in den Arbeitsmarkt nicht, hätte dies eine „fiskalische Höchstbelastung“ zur Folge.<sup>34</sup> Es liegt auf der Hand, dass diese durch die gesellschaftliche Integration in Kindergarten und Schule erheblich erleichtert und verbessert werden kann. Jedoch ist diesen Vorteilen der Verteilung von Flüchtlingen auf das Land auch entgegenzustellen, das gerade hier problematische Voraussetzungen herrschen: In ländlichen Regionen in Deutschland herrschen eher strukturelle Probleme. Zum einen besteht das Problem von Arbeitskräftemangel, zum anderen gibt es in vielen Regionen aber auch zu wenig Arbeitsmarktnachfrage.<sup>35</sup> Die Unterbringung in urbanen Gebieten kann zu ethnischen Enklaven führen. Auch wenn diese in der öffentlichen Wahrnehmung eher negativ diskutiert werden, besteht durch sie der Vorteil, dass Sprachbarrieren wegfallen, da die Menschen sich untereinander austauschen. Die Vorteile sind hier auch eine wesentlich bessere Arbeitsmarkt- und Wachstumsdynamik.<sup>36</sup> Diese Gegensätze zeigen, dass keine einfache, pauschale Lösung möglich ist. Es muss in den nächsten Jahren ein Mittelweg gefunden werden, der die beiden Vorteile von Stadt und Land möglichst gut nutzt.

Noch ungewiss, aber für alle Faktoren entscheidend ist die letztendliche Anzahl an Flüchtlingen. Es gibt Hinweise darauf, dass die Zahl der bereits in Deutschland angekommenen Flüchtlinge durch Familiennachzug deutlich vergrößert wird. In den Medien wurden immer wieder hohe Zahlen von drei bis vier Nachzüglern je Flüchtling genannt. Diese Zahlen werden von Battisti als unrealistisch eingeschätzt.<sup>37</sup> Die demografischen Strukturen zeigen, dass die Flüchtlinge zu einem Großteil sehr jung und unverheiratet sind.<sup>38</sup> Nach Daniela Wech waren 23,7 % der erstmaligen Asylantragsteller 2015 unter 14 Jahren alt.<sup>39</sup>

Nach Braun ist aus früheren Wanderungsbewegungen bekannt, dass ein Großteil der Flüchtlinge wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren will. Daher kann sich die Zahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge in wenigen Jahren noch um 40 % bis 50 % reduzieren.<sup>40</sup> Diese Ansicht wurde bereits letztes Jahr vom Empirica Institut vertreten.<sup>41</sup>

Was die Eigenschaften dieser Faktoren miteinander vereint, ist die Implementierung des Humankapitals, auf die im nächsten Teil detaillierter eingegangen werden soll: Je nachdem, wie gut und schnell es gelingt, die ankommenden Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, kann auch die gesellschaftliche Integration vonstattengehen. Diese Herausforderung wurde von allen Interviewpartnern als zentral eingestuft, weshalb der folgende Teil diesen ausführlicher betrachten wird.

## RELEVANZ DES HUMANKAPITALS

### Situation am deutschen Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland steht in den kommenden Jahren vor sich bereits heute zeigenden Herausforderungen. Der demografische Wandel und eine Veränderung der Qualifikationsstruktur der Deutschen werden hierbei als die größten Einflussgrößen angesehen.<sup>42</sup> Es ist davon auszugehen, dass die Gesamtzahl der Erwerbspersonen drastisch sinken wird und gleichzeitig eine deutliche Verlagerung des Ausbildungsschwerpunkts in Richtung hoher Qualifikationen stattfindet. Anhaltend gute Konjunkturaussichten lassen zeitgleich den Bedarf an Arbeitskräften weiter steigen. Dies ist neben hochqualifiziertem Personal auch bei Fachkräften zu erwarten. So zeigt eine Prognose des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, dass ausgehend von der deutschen Bevölkerung im Jahr 2010 der Bedarf an Arbeitskräften im Jahr 2030 nicht gedeckt werden kann.<sup>43</sup>

Nun liegt angesichts des großen Zuzugs geflüchteter Menschen nach Deutschland die Frage nahe, welche Auswirkungen diese auf die bestehende Problematik haben könnten. Zu Beginn der medialen Thematisierung der Flüchtlingsbewegung wurde vielfach davon ausgegangen, dass es sich bei den Geflüchteten zu einem großen Teil um hochqualifizierte Akademiker handeln würde.<sup>44</sup>

Dadurch hätten sich positive Effekte auf den bestehenden Mangel an Fachkräften erzielen lassen.<sup>45</sup> Um realistische Aussagen darüber treffen zu können, ob die Flüchtlinge für den deutschen Arbeitsmarkt einen Mehrwert leisten können, muss der von ihnen mitgebrachte Humankapitalbestand beurteilt werden.

### Kenntnis der Qualifikation

Humankapital bezeichnet per gängiger Definition den Bestand nützlicher und wertvoller Kenntnisse, welche von Personen in ihrer Schul- und Ausbildungszeit erworben werden.<sup>46</sup> Die Höhe des Humankapitals und dessen Wert hängen zu einem wichtigen Teil von Qualifikationen ab,<sup>47</sup> weshalb die Kenntnis über die vorhandenen Ausbildungen der Geflüchteten unabdingbar ist.<sup>48</sup> Eine grundlegende Herausforderung besteht hierbei in der Tatsache, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine repräsentativen Daten zur Qualifikation der Geflüchteten vorliegen. Es lassen sich jedoch Tendenzen ausmachen, welche auf Grundlage freiwilliger Angaben der Personen bestehen.<sup>49</sup> Besagte Tendenzen zeugen von einer starken Veränderung der bei den Geflüchteten vorhandenen Qualifikationen während der letzten Monate.

### Veränderung der Qualifikationsstruktur

Noch Ende 2014 traf die in den Medien gesetzte Annahme mit aller Deutlichkeit zu. Die Neuzuwanderer verfügten damals zu über einem Drittel über einen Hochschulabschluss, insgesamt verfügten fast zwei Drittel über eine abgeschlossene Ausbildung. Unter den Deutschen verfügen nur 21 % der Menschen über einen Hochschul-

abschluss, somit waren die Geflüchteten deutlich besser ausgebildet als dies im deutschen Durchschnitt der Fall ist. Dies gilt insbesondere im Vergleich mit dem ausländischen Bevölkerungsdurchschnitt.<sup>50</sup>

Gleichwohl zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt ist, wie die Ausbildungsstruktur bei Geflüchteten in der jüngeren Vergangenheit ausgestaltet ist, gehen Experten davon aus, dass das durchschnittliche Ausbildungsniveau weit unter den aus dem Jahr 2014 bekannten Werten liegt.<sup>51</sup> Um in dieser Hinsicht zukünftig fundierte Daten zu erhalten, ist eine umfangreiche gemeinsame Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und dem Institut der deutschen Wirtschaft in Arbeit,<sup>52</sup> auch die Anerkennungsstellen der Bundesländer sind mit dieser Aufgabe betraut.<sup>53</sup>

### Nutzbarkeit von Humankapital

Die historischen Untersuchungen Barry R. Chiswicks zeigten anhand amerikanischer Einwanderungsbewegungen, dass die Implementierung von Humankapital im Wesentlichen von dessen Übertragbarkeit auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten des Einwanderungslandes und dem Willen der Migranten, in das landesspezifische Humankapital des Empfängerlandes zu investieren, abhängt.<sup>54</sup>

In dieser Hinsicht gilt es zunächst zu erwähnen, dass die organisationale Struktur des deutschen Arbeitsmarktes eine tragende Rolle spielt. Dieser ist sehr stark von Formalisierungen und Zertifizierungen geprägt, welche unausweichlich einzuhalten sind.<sup>55</sup> Somit ist ein Geflüchteter, welcher eine hochqualifizierende Ausbildung besitzt, nicht in den deutschen Arbeitsmarkt integrierbar, sofern er kein den deutschen Formalien entsprechendes Zertifikat über seine Kompetenzen vorweisen kann.

Noch wichtiger ist jedoch, dass ein formal höher ausgestaltetes Humankapital nicht zwingend einen höheren Mehrwert für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Arbeitsmarkt mit sich bringt. Dies wird beispielsweise deutlich, wenn man die Qualifikation eines

(beispielhaft) syrischen Rechtsanwalts mit einem KFZ-Mechaniker derselben Herkunft vergleicht. Der ausländische Jurist ist mit dem juristischen System seines Landes gut vertraut, welches aber in den meisten Fällen nur sehr wenige Gemeinsamkeiten mit der deutschen Judikative aufweist. Somit bereitet ausschließlich sprachliche Ausbildung für diese Person nicht den Weg, um in Deutschland in seinem Fachgebiet arbeiten zu können. Der KFZ-Mechaniker hingegen kann nach einem Sprachkurs sehr schnell eine Anstellung annehmen, da seine fachliche Qualifikation höchstwahrscheinlich ausreichend ist.<sup>56</sup>

Selbstverständlich lässt sich auf Grundlage dieses Beispiels nicht festlegen, dass akademisch Gebildete grundsätzlich weniger Vorteile mit sich bringen. Es macht jedoch deutlich, dass es andere Mittel und Wege geben muss, um die Nutzbarkeit vorhandenen Wissens festzustellen, als dies ausschließlich am akademischen Grad der Ausbildung festzumachen. Wieder im Hinblick auf die grundlegenden Eigenschaften des deutschen Arbeitsmarktes besteht eine große Herausforderung also darin, den Grad der Kompatibilität einer im Ausland erworbenen Ausbildung mit dem hiesigen Arbeitsmarkt festzustellen und diese im Falle einer feststellbaren Vereinbarkeit mit verwertbaren Zertifikaten zu bestätigen.<sup>57</sup> Aktuell läuft das hierfür vorgesehene Verfahren basierend auf Praxiserfahrungen ab. Die verschiedenen Anerkennungsstellen der Länder organisieren hierbei Praktikumsstellen für die Geflüchteten, welche deren angegebenen Ausbildungen entsprechen sollen. In den Betrieben kann so festgestellt werden, auf welchem Kenntnisstand sich die betreffende Person befindet und welche Maßnahmen notwendig sind, um der Person eine Anstellung zu ermöglichen.<sup>58</sup>

## FAZIT

Die Flüchtlingszuwanderung ist ein sehr aktuelles Thema. Dadurch fehlen repräsentative empirische Daten und es sind nur unsichere Prognosen möglich, die häufig auf hypothetischen Annahmen beruhen. Ein Schwerpunkt der Arbeit war daher die Ermittlung der Faktoren, die für die ökonomische Bilanz des Flüchtlingszustroms entscheidend sind. Hier konnten verschiedene, miteinander verknüpfte Faktoren ermittelt werden:

1) Kosten, 2) Arbeitsmarkteffekte sowie 3) die Dauer der Arbeitsmarktintegration. Davon abhängig sind 4) Angebots- und Nachfrageeffekte, 5) geografische Verteilung und 6) die Anzahl eintreffender und bleibender Flüchtlinge. Die prognostizierte wirtschaftliche Bilanz wird durch die Gewichtung der einzelnen Faktoren bestimmt. Betrachtet man nur die staatlichen Kosten, werden diese zunächst als großer Negativpunkt der Flüchtlingszuwanderung gesehen. Aktive und passive Nachfrageeffekte der Flüchtlinge führen jedoch gleichzeitig dazu, dass die erhöhten Ausgaben kurzfristig die Konjunktur positiv beeinflussen.

In Zukunft gilt es dann, langfristige Kosten gering zu halten, wofür die Arbeitsmarktintegration entscheidend ist. Umstritten ist dabei: Einerseits kann durch ein erhöhtes Arbeitskräftepotenzial und ankommende junge Menschen dem demografischen Wandel entgegenwirkt werden. Andererseits werden Negativeffekte wie sinkende Löhne und erhöhte Arbeitslosigkeit für die bereits in Deutschland lebenden Menschen befürchtet. Historische Beispiele wie der Marial Boatlift geben Hoffnung, dass die Arbeitsmarktintegration einer großen Menschenmenge unter ähnlichen strukturellen Prämissen gelingen kann. Hierbei ist die geografische Verteilung von Bedeutung. Bislang steht aber noch nicht fest, wie diese optimal zu gestalten ist. Sie muss in der Zukunft erst noch durch Erfahrungswerte austariert werden.

Neben den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen lag ein weiterer Schwerpunkt auf den mitgebrachten Qualifikationen der Flüchtlinge. Hierbei wurde untersucht, wie das Qualifikationsprofil der Flücht-

linge aufgebaut ist und inwiefern das mitgebrachte Humankapital auf den deutschen Arbeitsmarkt anwendbar ist. Diese Frage wird in naher Zukunft noch bedeutsamer werden. Durch den demografischen Wandel ändert sich der deutsche Arbeitsmarkt drastisch und ist immer mehr auf ausländisches Humankapital angewiesen. Zwar hat sich die frühere Annahme, dass die Flüchtlinge zu einem großen Teil über hochqualifizierte Ausbildungen verfügen, nicht bestätigt. Dennoch bergen sie im Hinblick auf den demografischen Wandel ein enormes ökonomisches Potenzial.

Eine zentrale Herausforderung besteht darin zu prüfen, ob vorhandenes Humankapital am deutschen Arbeitsmarkt eingesetzt werden kann und welche Weiterbildungsmaßnahmen gegebenenfalls notwendig sind. Pauschale Aussagen, welche allein auf dem akademischen Grad der Ausbildungen basieren, eignen sich zur realistischen Einschätzung der tatsächlichen Höhe des Humankapitals nur bedingt. Auch die Aussagekraft darüber, ob das Humankapital implementiert werden kann, ist begrenzt. Derzeit ist es erforderlich, die individuelle Situation jedes Einzelnen zu prüfen.

**||| TILMAN KNOP**

ist Student der Soziologie, der Politik und der Ökonomie im vierten Fachsemester an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen.

**||| CHRISTIAN MAHLER**

ist Student der Soziologie, der Politik und der Ökonomie im vierten Fachsemester an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Brenke, Karl: Flüchtlinge sind sehr ungleich auf die EU-Länder verteilt, Berlin 2015.
- <sup>2</sup> <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/76095/umfrage/asylantraege-insgesamt-in-deutschland-seit-1995/>, Stand: 6.7.2016.
- <sup>3</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asylgeschäftsstatistik für den Monat April 2016, Nürnberg 2016.
- <sup>4</sup> Bauer, Thomas K.: Schnelle Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern – Was ist zu tun?, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 1.12.2015, S. 303-336.
- <sup>5</sup> Fratzscher, Marcel / Junker, Simon: Integration von Flüchtlingen – eine langfristig lohnende Investition, in: DIW-Wochenbericht, 5.11.2015, S. 1083-1086.
- <sup>6</sup> Van Suntum, Ulrich / Schulterwölter, Daniel: Das costa fast gar nix? Das costa ganz viel! Kritik einer DIW-Rechnung zu den ökonomischen Auswirkungen der Flüchtlinge, in: ifo-Schnelldienst, 25.2.2016, S. 30-38.
- <sup>7</sup> Hinte, Holger / Rinne, Ulf / Zimmermann, Klaus F.: Flüchtlinge in Deutschland: Realismus statt Illusion, in: IZA-Standpunkte 83/2015, S. 745; Sinn, Hans-Werner: So kann es nicht weitergehen, in: ifo-Schnelldienst, 25.2.2016, S. 4-13.
- <sup>8</sup> Ebd., S. 4 f.
- <sup>9</sup> Ebd.
- <sup>10</sup> Fuest, Clemens: Die ökonomischen Folgen der Zuwanderung, in: ifo-Schnelldienst, 25.2.2016, S. 11.
- <sup>11</sup> Ebd., S. 14.
- <sup>12</sup> Brücker, Herbert: Arbeitsmarktwirkungen der Migration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/209, S. 6-9.
- <sup>13</sup> Fratzscher, Marcel / Junker, Simon: Eine wirtschaftliche Perspektive zu Geflüchteten, in: ifo-Schnelldienst, 25.2.2016, S. 8.
- <sup>14</sup> Battisti, Michele / Felbermayr, Gabriel / Poutvaara, Panu: Einwanderung: Welchen Nutzen hat die deutsche Bevölkerung, in: ifo-Schnelldienst, 24.9.2015, S. 3.
- <sup>15</sup> Hinte, Holger / Rinne, Ulf / Zimmermann, Klaus F.: Flüchtlinge in Deutschland: Herausforderungen und Chancen, in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 4/2015, S. 6-7.
- <sup>16</sup> Wech, Daniela: ifo-Migrationsmonitor: Einwanderer und Asylbewerber in Deutschland – Zahlen, demografische Angaben, Qualifikationsstrukturen und Arbeitsmarktpartizipation, in: ifo-Schnelldienst, 24.3.2016, S. 55.
- <sup>17</sup> Fuest: Die ökonomischen Folgen der Zuwanderung, S. 12.
- <sup>18</sup> Kolb, Holger: Interview zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Geflüchteten, (T. Knop & C. Mahler, Interviewer), Stuttgart, 7.6.2016.



- <sup>19</sup> Card, David: The Impact of the Mariel Boatlift on the Miami Labor Market, in: *Industrial and Labor Review* 2/1990, S. 245.
- <sup>20</sup> Wech: ifo-Migrationsmonitor: Einwanderer und Asylbewerber in Deutschland, S. 51-58.
- <sup>21</sup> Bauer: Schnelle Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern – Was ist zu tun?, S. 311.
- <sup>22</sup> Kolb, Holger: Interview am 7.6.2016.
- <sup>23</sup> Rinne, Ulf: Interview zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Geflüchteten, (T. Knop & C. Mahler, Interviewer), Stuttgart, 7.7.2016.
- <sup>24</sup> Wilhelm, Alexander: Weitere Integrationshürden für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive abbauen, in: *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 3/2015, S. 317-318.
- <sup>25</sup> Brücker, Herbert, zitiert in: Raffelhüschen, Bernd / Moog, Stefan: Zur fiskalischen Dividende der Flüchtlinge: Eine Generationenbilanz, in: ifo-Schnelldienst 4/2016, S. 27.
- <sup>26</sup> Liebig, Thomas: The Labor Market Integration of Immigrants in Germany, in: *OECD Social, Employment and Migration Working Papers*, 47/2007, S. 40.
- <sup>27</sup> Rinne, Ulf: Interview am 7.7.2016.
- <sup>28</sup> Fratzscher / Junker: Eine wirtschaftliche Perspektive zu Geflüchteten, S. 7.
- <sup>29</sup> Ebd.
- <sup>30</sup> Bauer, Thomas K.: Schnelle Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern – Was ist zu tun?, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 3/2015, S. 303-336.
- <sup>31</sup> Braun, Reiner / Simons, Harald: Familien aufs Land, in: *empirica Paper* 230/-2015, S. 8-9.
- <sup>32</sup> Ebd., S. 5-6.
- <sup>33</sup> Ebd., S. 8-9.
- <sup>34</sup> Raffelhüschen / Moog: Zur fiskalischen Dividende der Flüchtlinge, S. 28.
- <sup>35</sup> Rinne, Ulf: Interview am 7.7.2016.
- <sup>36</sup> Ebd.
- <sup>37</sup> Battisti, Michele: Interview zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Geflüchteten, (T. Knop & C. Mahler, Interviewer), Stuttgart, 9.6.2016.
- <sup>38</sup> Ebd.
- <sup>39</sup> Wech: ifo-Migrationsmonitor: Einwanderer und Asylbewerber in Deutschland, S. 55.
- <sup>40</sup> Braun, Rainer: Interview zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Geflüchteten, (T. Knop & C. Mahler, Interviewer), Stuttgart, 10.6.2016.

- <sup>41</sup> Braun / Simons: Familien aufs Land, S. 1-2.
- <sup>42</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Arbeitsmarktprognose 2030 – Eine strategische Vorausschau auf die Entwicklung von Angebot und Nachfrage in Deutschland, Bonn 2010, S. 26.
- <sup>43</sup> Ebd. S. 20.
- <sup>44</sup> Kolb, Holger: Interview am 7.6.2016; Brücker, Herbert / Hauptmann, Andreas / Vallizadeh, Ehsan: Aktuelle Berichte – Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt, Nürnberg 2015, S. 4.
- <sup>45</sup> Vollmer, Michael: Bestimmung von Fachkräfteengpässen und Fachkräftebedarfen in Deutschland, Nürnberg 2015, S. 36; European Migration Network: Determining labour shortages and the need for labour migration from third countries in the EU – Synthesis Report for the EMN Focussed Study 2015, Brüssel 2016.
- <sup>46</sup> Samuelson, Paul A. / Nordhaus, William D.: Volkswirtschaftslehre. Das Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie, Landsberg a. Lech 2007, S. 361.
- <sup>47</sup> Ebd., S. 974.
- <sup>48</sup> Braun, Rainer: Interview am 10.6.2016; Kolb, Holger: Interview am 7.6.2016; Battisti, Michele: Interview am 9.6.2016; Immeke, Nadine: Interview zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Geflüchteten, (T. Knop & C. Mahler, Interviewer), Stuttgart, 21.6.2016.
- <sup>49</sup> Brücker / Hauptmann / Vallizadeh: Aktuelle Berichte – Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt, S. 4; Kolb, Holger: Interview am 7.6.2016.
- <sup>50</sup> Brücker / Hauptmann / Vallizadeh: Aktuelle Berichte – Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt, S. 4.
- <sup>51</sup> Ebd; Kolb, Holger: Interview am 7.6.2016.
- <sup>52</sup> Battisti, Michele: Interview am 9. 6.2016.
- <sup>53</sup> Immeke, Nadine: Interview am 21.6.2016.
- <sup>54</sup> Chiswick, Barry R.: The Effect of Americanization on the Earnings of Foreign-born Men, in: Journal of Political Economy 5/1978, S. 918-920.
- <sup>55</sup> Englmann, Bettina: Standards der beruflichen Anerkennung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/2009, S. 23; Battisti, Michele: Interview am 9.6.2016; Kolb, Holger: Interview am 7.6.2016.
- <sup>56</sup> Ebd.
- <sup>57</sup> Battisti, Michele: Interview am 9.6.2016; Braun, Rainer: Interview am 10.6.2016; Immeke, Nadine: Interview am 21.6.2016; Kolb, Holger: Interview am 7.6.2016.
- <sup>58</sup> Immeke, Nadine: Interview am 21.6.2016.



# CHRISTLICHE VERANTWORTUNGSETHIK STATT GRENZENLOSEM IDEALISMUS

Warum wir nicht mehr Menschen aufnehmen dürfen,  
als wir integrieren können



**JOHANNES HUMMEL III** ||| Politiker, die eine Obergrenze für Asylbewerber fordern, sehen sich nicht selten dem Vorwurf ausgesetzt, unchristliche Positionen zu vertreten. Jedoch könnte man durchaus auch fragen, inwieweit diejenigen, die jede Diskussion über Obergrenzen verweigern, der christlichen Verantwortungsethik gerecht werden. Mit Blick auf die demographische Entwicklung Afrikas und des Nahen Ostens wird deutlich, dass guter Wille allein keine Lösung sein kann.

## **DIE VERTEUFELUNG DER OBERGRENZE**

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Reinhard Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm sind sich einig: Die von der CSU geforderte Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen ist nicht nur mit deutschem Asylrecht unvereinbar, sondern auch unchristlich.<sup>1</sup> Einschränkungen beim Familiennachzug kann Bedford-Strohm ebenso wenig akzeptieren, wenn er „die am christlichen Liebesgebot geschulte verantwortungsethische Perspektive ernst nehme“.<sup>2</sup> Die Verteufelung der Obergrenze ist populär. Zahlreiche Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien betreiben sie leidenschaftlich. Einzige Ausnahme ist ausgerechnet die Christlich(!)-Soziale Union. Laut einer Umfrage vom September 2016 stehen 60 % der Deutschen hinter der Forderung der CSU.<sup>3</sup> Bevor man die Mehrheit der Bürger als unchristlich brandmarkt, sollte man sich mit jenen Fakten beschäftigen, die in der emotionalen Flüchtlingsdebatte gerne übersehen werden.

## **DER MIGRATIONSDRUCK WIRD STEIGEN – UND ZWAR MASSIV**

Die Flüchtlinge kommen, weil Krieg herrscht, in Syrien, im Irak und in Afghanistan. Doch das ist nicht die ganze Wahrheit. Es kommen auch viele Menschen aus Afrika. Und nicht alle fliehen vor Konflikten, viele auch einfach vor der Armut. Beides, Konflikte und Armut, stehen in enger Verbindung mit der demographischen Entwicklung. Afrika hat ebenso wie Syrien, der Irak und Afghanistan ein rasantes Bevölkerungswachstum hinter sich. Laut der jüngsten UN-Prognose wird die Bevölkerung Afrikas weiter wachsen, bis 2030 um fast 500 Millionen und bis 2050 um knapp 1.300 Millionen.<sup>4</sup> Irak, Syrien und Afghanistan steht jeweils eine Verdoppelung der Bevölkerung bis 2050 bevor.<sup>5</sup>

Es ist keine besonders gewagte These, zu behaupten, dass Konflikte und Armut in vielen Gegenden weiter zunehmen werden. Dadurch wird der Migrationsdruck steigen – und zwar massiv. Denn auch in Gegenden mit positiver wirtschaftlicher Entwicklung wächst

mit den Einkommen die Mobilität der Menschen. Dank der modernen Medien wissen sie um die Attraktivität Europas, und nicht alle werden sich mit den bescheidenen Verbesserungen in ihrer Heimat zufrieden geben. Die Migrationskrise 2015/16 war nur ein leiser Weckruf für Europa, eine Vorahnung auf das, was uns in ganz anderen Dimensionen bevorsteht, wenn sich nur ein Bruchteil der rund zwei Milliarden Babys, die bis 2050 in Afrika geboren werden, zu irgendeinem Zeitpunkt in ihrem Leben zur Auswanderung nach Europa entschließt.<sup>6</sup> Selbst wenn wir „nur“ 20 bis 40 Millionen aufnehmen würden, – was ausreichen dürfte, um die Integrationsfähigkeit Europas komplett zu überfordern – würde das die Not in Afrika nicht spürbar lindern. Mit Blick auf die aktuellen und bevorstehenden Wanderungsbewegungen warnte Helmut Kohl im März 2016: „Die Lösung liegt in den betroffenen Regionen selbst. Sie liegt nicht in Europa.“<sup>7</sup> Die zentrale Frage für Europa sei nicht ob, sondern wie wir helfen, „wirkungsvoll unter Berücksichtigung humanitärer Aspekte und zugleich unter Berücksichtigung wohlbegründeter kultureller und sicherheitspolitischer Interessen“.<sup>8</sup> Die Frage ist nicht, ob die bereits 2015 von der damaligen österreichischen Innenministerin Mikl-Leitner geforderte „Festung Europa“ kommen wird.<sup>9</sup> Die Frage ist, ob sie rechtzeitig kommen wird, bevor der gesellschaftliche Zusammenhalt in Europa aus den Fugen gerät.

### **GESINNUNGSETHIK VERSUS VERANTWORTUNGSETHIK**

Für die Versorgung von Flüchtlingen in den Herkunftsregionen spricht der geringere finanzielle Aufwand. Mit dem Geld, das der deutsche Staat für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling bei uns ausgibt, – etwa 5.000 Euro im Monat – kann in Jordanien seine ganze Familie, vielleicht sogar sein ganzes Dorf versorgt werden.<sup>10</sup> Sein Lebensstandard wäre dort zweifellos geringer, der vieler Verwandter könnte aber verbessert werden. So stellte auch der österreichische Außenminister Sebastian Kurz fest: „Mit demselben Geld, das Österreich ein Flüchtling kostet, kann im Libanon 20 von

ihnen geholfen werden und in Afrika noch viel mehr.“<sup>11</sup> Doch wen interessieren solche Kalkulationen, wenn es sich gerade so gut anfühlt, den am Bahnhof ankommenden Flüchtlingen zu applaudieren und unsere aussortierten Klamotten zu geben. Die Willkommenskultur im Herbst 2015 wurde im Ausland mitunter als moralische Selbstbefriedigung wahrgenommen. Den britischen Politologen Anthony Gleees erinnerte Deutschland an einen „Hippie-Staat, der nur von Gefühlen geleitet wird“.<sup>12</sup>

Zyniker erklärten dieses Verhalten mit dem historischen Schuld komplex des deutschen „Tätervolks“, dessen jüngere Generation sich jetzt endlich selbst die Absolution erteilen wolle.<sup>13</sup> In der Tat darf man fragen, wie christlich es ist, die Asylausgaben auf jene überwiegend gesunden, männlichen Personen zu konzentrieren, die sich einen Schlepper leisten können, während die ganz Armen und Kranken zurückbleiben. Vermutlich würde Heinrich Bedford-Strohm diese Sätze aufs Schärfste verurteilen. Seine eingangs zitierten Worte lassen daran zweifeln, ob er den Unterschied zwischen linker Gesinnungsethik und christlicher Verantwortungsethik wirklich verstanden hat. Alois Glück hingegen kritisierte 2015, – damals noch als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken – eine unbegrenzte Aufnahme sei „nicht christlich, weil sie unser gesamtes Allgemeinwesen überfordern würde“.<sup>14</sup> Gehört es denn nicht auch zur christlichen Verantwortungsethik, rational zu kalkulieren, um mit begrenzten finanziellen Ressourcen möglichst vielen Menschen zu helfen? Beispielsweise werden noch immer jährlich 74 Millionen Frauen in Entwicklungsländern ungewollt schwanger. Einem UNO-Bericht zufolge würden weniger als 10 Milliarden Euro reichen, um diesen Frauen Verhütungsmittel zur Verfügung zu stellen.<sup>15</sup>

## **INTEGRATION IST KEIN NEULAND!**

Einwanderung ist kein neues Phänomen in Deutschland, deshalb gilt es, aus den bisherigen Erfahrungen zu lernen. Diese haben gezeigt, dass die Integration von Europäern oftmals unproblematischer

verläuft als die von Menschen aus Afrika oder dem islamischen Kulturkreis. Große Probleme gab es immer wieder mit arabischen Muslimen mit geringer Bildung – also genau mit der Gruppe, die 2015/16 unter den Neuankömmlingen besonders stark vertreten war. Dass die Integration von vielen muslimischen und afrikanischen Einwanderern eine besondere Herausforderung darstellt, ist kein rassistisches Vorurteil, sondern ein Phänomen, das auch in Belgien, Frankreich oder Schweden zu beobachten ist. Selbst in Ländern, die bei uns für ihre großzügigen Integrationsangebote und hohen sozialen Standards gelobt werden, haben sich Parallelgesellschaften gebildet. In Schweden werden 58 % der Sozialausgaben an Migranten ausgezahlt. Die Hälfte der schwedischen Häftlinge, die zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt wurden, sind Migranten oder Ausländer.<sup>16</sup> In Frankreich sind etwa 60 % der Gefängnisinsassen Muslime.<sup>17</sup> In der Kölner JVA liegt ihr Anteil bei rund 40 %, in Bayern bei 13 %.<sup>18</sup>

Tatsächlich gibt es wenige Länder, in denen Integration so gut gelungen ist wie in Bayern. Das liegt auch an der starken Wirtschaft, deren Kehrseite jedoch ein Arbeitsmarkt mit besonders hohen Anforderungen ist. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass eine erfolgreiche Integration insbesondere von vier Faktoren abhängt: Sprache, Bildung, Arbeit und Werte. Nur wer die deutsche Sprache gut beherrscht, kann sich die Bildung aneignen, die nötig ist, um in Arbeit zu kommen. Wer all das geschafft hat, seinen Lebensunterhalt selbst bestreitet und die Werte und Gesetze der Gesellschaft akzeptiert, in die er eingewandert ist, darf als integriert bezeichnet werden. Die zentrale fünfte Determinante, von der der Integrationsdruck abhängt, ist die Quantität der Einwanderung. Ein Schüler, der als einziger in seiner Klasse aus Somalia stammt, bleibt relativ einsam, wenn er den Kontakt zu Schülern anderer Herkunft meidet. Der Integrationsdruck ist für ihn sehr hoch. Stammen 5 von 30 Schülern aus Somalia, müssen sie sich weit weniger anpassen, wenn sie untereinander bleiben, was sich alleine aus sprachlichen Gründen anbietet. In Brüssel nehmen 40 % der Schüler am islamischen Religionsunterricht teil –



anpassen muss sich hier schon eher die katholische Minderheit.<sup>19</sup> Kriminalität und radikaler Islam sind in Brüssel allgegenwärtig, wenn man sich aus dem EU-Viertel heraus bewegt.

Um solche Zustände in Deutschland zu vermeiden, müssen wir Integration vom Ende her denken. Die Zuwanderung – auch von Asylbewerbern – muss gesteuert und begrenzt werden. Je früher wir uns diese Tatsache eingestehen, desto eher wird Integration gelingen. Die Aufnahmekapazität muss sich an der Integrationsfähigkeit orientieren und nicht daran, wie viele Personen wir mit Schlafplätzen in Turnhallen versorgen können. Eine Zahl von 80.000 Personen im Jahr, das entspricht 0,1 % der Bevölkerung, wäre wohl machbar. In den Jahren vor 2013 lag die Zahl der Asylanträge meist unter dieser Marke, die Aufnahme-Obergrenze der USA für 2016 liegt mit 85.000 nur knapp darüber.<sup>20</sup> Rechtlich wäre das durchaus möglich, wie der CSU-Fraktionsvorsitzende im Landtag Thomas Kreuzer erklärt: „Nach Artikel 16 Grundgesetz kann niemand einen Asylanspruch in Deutschland für sich in Anspruch nehmen, der aus einem sicheren Drittland kommt. Die Menschen kommen alle aus sicheren Drittländern, Österreich, der Schweiz. Wir bräuchten überhaupt keinen aufnehmen, wir bräuchten nur geltendes Recht vollziehen, und somit ist die Obergrenze überhaupt kein Rechtsproblem [...]“<sup>21</sup>

## **MEHR REALISMUS IM UMGANG MIT DEM ISLAM**

Eine Studie des Pew Research Center geht davon aus, dass die Zahl der Muslime weltweit bis 2050 etwa doppelt so stark steigen wird wie die der Christen. In Europa bekommen Muslime im Schnitt 2,1 und Nicht-Muslime nur 1,5 Kinder. Selbst ohne Migration würde der Bevölkerungsanteil der Muslime steigen.<sup>22</sup> Die Auseinandersetzung mit dem Islam ist immer noch geprägt von Naivität, Unkenntnis und einem Religionsverständnis, das vom Christentum oder vielmehr vom Bedeutungsverlust des Christentums geprägt ist. Ein solches Religionsverständnis scheitert am Islam. Mehr Realismus im Umgang mit dem Islam ist dringend notwendig.

## **„WORT GOTTES“ IST NICHT GLEICH „WORT GOTTES“**

Der Koran ist seinem eigenen Anspruch nach „die Schrift, an der nicht zu zweifeln ist, (geoffenbart) als Rechtleitung für die Gottesfürchtigen“ (Sure 2, Vers 2).<sup>23</sup> Er gilt „als direkte göttliche Rede und daher Wort für Wort als Gottes Wort“.<sup>24</sup> Nach islamischer Vorstellung war Mohammed völlig passiv, als er die Verkündigung empfangen hat. Sowohl Inhalt als auch Formulierung stammen von Gott selbst und entziehen sich daher jeder Kritik und bedürfen keiner Reformierung. „Der Koran ist die eine universale Grundlage der islamischen Religion, Kultur und Politik“ und für gläubige Muslime „eine ewig gültige Richtschnur des Handelns“.<sup>25</sup> Eine Untersuchung des Migrationsforschers Ruud Koopmans kommt zu dem Ergebnis, dass zwei Drittel der Muslime in Europa ihre religiösen Gesetze für wichtiger halten als die Gesetze des Landes, in dem sie leben.<sup>26</sup>

## **DIE POLITISCHE DIMENSION DES ISLAM**

Mohammed war kein Wanderprediger, sondern in Medina politischer und militärischer Anführer seiner Gemeinde. Für die Muslime macht Mohammeds Herrschaft in Medina „die enge Verbindung von Religion, Staat, Politik, Militär, Gesellschaft, Recht und Kultur, d. h. das geschlossene religiös-politische System des Islam (nizam islami), zum sakrosankten Vermächtnis und zum erstrebenswerten Ideal“.<sup>27</sup> Der Islam war von Anfang an politisch, was sich im Koran widerspiegelt. Ein politischer Herrschaftsanspruch der Muslime – auch über Nicht-Muslime – lässt sich aus dem Koran herleiten: „Ihr (Gläubigen) seid die beste Gemeinschaft, die unter den Menschen entstanden ist [...]. Ihr gebietet, was recht ist, verbietet, was verwerflich ist, und glaubt an Gott.“<sup>28</sup> Nach islamischem Selbstverständnis „bilden die Muslime die beste Gemeinschaft, die Allah je stiftete, und kommt ihnen die Herrschaft über die Erde zu. Solche Vorstellungen sind nicht etwa Zeugnisse eines ‚islamistischen‘ Radikalismus, sie prägen vielmehr das Welt- und Selbstverständnis der erdrückenden Mehrzahl traditionsverwurzelter Muslime und sind daher von kaum

zu überschätzendem politischen und gesellschaftlichen Gewicht.“<sup>29</sup> In einer Studie von 2012 äußerten 46 % der Türken in Deutschland den Wunsch nach einer künftigen muslimischen Bevölkerungsmehrheit.<sup>30</sup> Der Islam kennt keine Gottesebenbildlichkeit und keine universal gültige Menschenwürde. Er differenziert klar zwischen den Muslimen als „beste Gemeinschaft“, den Juden und Christen als Schutzbefohlenen, de facto als Menschen zweiter Klasse, und den Atheisten und Polytheisten als „die schlimmsten Tiere bei Gott“.<sup>31</sup>

### **GRÜNDE FÜR EINE BEVORZUGTE AUFNAHME VON CHRISTEN**

2015 waren 73 % der Asylbewerber (Erstanträge) Muslime. Nach Angaben von „Open Doors“ werden weltweit rund 100 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens verfolgt. In 35 der 50 Länder mit der schlimmsten Christenverfolgung ist der radikale Islam die Hauptursache der Unterdrückung.<sup>32</sup> Die Festlegung einer Quote, wonach der Anteil der Muslime an den jährlich 80.000 Asylbewerbern den Anteil der Muslime an der deutschen Bevölkerung von etwa 5 % nicht übersteigen dürfe, scheint nicht völlig ungerechtfertigt. Sie wäre auch wichtig für den sozialen Frieden. Als Kompensation müssten die wohlhabenden arabischen Staaten bei der Versorgung von muslimischen Flüchtlingen stärker in die Pflicht genommen werden.

### **DER SOZIALE ZUSAMMENHALT STEHT AUF DEM SPIEL**

Diese Vorschläge scheinen radikal, aber der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft steht auf dem Spiel. Der Oxford-Ökonom Paul Collier warnt vor einer gesellschaftlichen Spaltung Deutschlands: „Es gibt klare Anzeichen dafür, dass die Solidarität in Gesellschaften mit hohem Einwandereranteil rapide abnimmt.“<sup>33</sup> Merkel selbst habe Multikulti für gescheitert erklärt, so Collier, er sehe nicht, was sich daran geändert haben sollte. Im Sommer 2015 löste die Zuwanderung nach 22 Jahren die Angst vor Arbeitslosigkeit als größte Sorge der Deutschen ab.<sup>34</sup> Vor ihrer Löschung hatte die größte deutsche Hetzseite gegen Flüchtlinge auf Facebook fast 2 Mil-

tionen Likes – etwa fünfmal so viele wie die Seiten aller Bundestagsparteien zusammen.<sup>35</sup> Entscheidend für die Wahrung des sozialen Friedens wird sein, dass die Flüchtlinge, wie von Angela Merkel gefordert, wieder in ihre Heimat zurückkehren, sobald dort Frieden herrscht.<sup>36</sup>

### **DIE OBERGRENZE IST UNABDINGBAR, NICHT UNCHRISTLICH**

Kulturelle Vielfalt wird nur dann als Bereicherung empfunden, wenn sie unsere Grundwerte und unseren Rechtsstaat nicht gefährdet. Die Aufnahme von Flüchtlingen, aber auch von Zuwanderern in unseren Arbeitsmarkt muss sich an unserer Integrationsfähigkeit orientieren. Eine Asyl-Obergrenze ist nicht unchristlich, sie ist unverzichtbar für eine gelungene Integration. Ziel muss es sein, ausnahmslos alle Migranten zu integrieren, denn selbst eine Minderheit, die sich nicht integrieren lässt, gefährdet die Akzeptanz der integrationswilligen Mehrheit. Damit das gelingt, wäre eine Asyl-Obergrenze von 80.000 Personen pro Jahr sinnvoll. Davon sollten nicht mehr als 5 % muslimischen Glaubens sein, ihr Anteil innerhalb der Gruppe der Zuwanderer sollte dem der Muslime an der Gesamtbevölkerung entsprechen. Anderenfalls droht die Verschärfung gesellschaftlicher Konflikte aufgrund der politischen Dimension des Islam. Ein Mann, der die politische Dimension und den Herrschaftsanspruch des Islam aus eigener jahrelanger Erfahrung kennt, ist Amel Nona, der Erzbischof der chaldäisch-katholischen Erzeparchie Mossul. Im August 2014 wandte er sich, nachdem er den Schergen des Islamischen Staates nur knapp entkommen war, in einem offenen Brief an den Westen und warnte davor, Angst vor dem Islam pauschal als irrationale Phobie abzustempeln: „[...] Ihr müsst die Realität im Nahen Osten bedenken, denn Ihr heißt eine stetig wachsende Anzahl von Muslimen in Euren Ländern willkommen. Doch auch Ihr seid in Gefahr. Ihr müsst feste und mutige Entscheidungen treffen, auch um den Preis, Euren Prinzipien zu widersprechen. Ihr glaubt, alle Menschen seien gleich, aber das stimmt nicht: Der Islam sagt nicht,

dass alle Menschen gleich sind. Eure Werte sind nicht die seinigen. Wenn Ihr das nicht schnell genug versteht, werdet Ihr Opfer des Feindes, den Ihr bei Euch zu Hause willkommen geheißen habt.<sup>37</sup>

**||| JOHANNES HUMMEL**

hat Politikwissenschaft, Russische Philologie und  
Staatswissenschaften studiert.

Dabei wurde er von der Hanns-Seidel-Stiftung  
mit einem Stipendium gefördert.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Vgl. Kardinal Marx lehnt Flüchtlings-Obergrenze ab, in: Domradio, 26.9.2016, <https://www.domradio.de/themen/fluechtlingshilfe-und-integration/2016-09-26/kardinal-marx-lehnt-fluechtlings-obergrenze-ab>, Stand: 1.11.2016; Evangelische Kirche in Deutschland lehnt Obergrenze ab, in: Domradio, 24.1.2016, <https://www.domradio.de/themen/bist%C3%BCmer/2016-01-24/evangelische-kirche-deutschland-lehnt-obergrenze-ab>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>2</sup> Bedford-Strohm gegen Beschränkung des Familiennachzugs, in: InFranken, 23.11.2015, <http://www.infranken.de/regional/schweinfurt/Bedford-Strohm-gegen-Beschraenkung-des-Familiennachzugs;art221,1398947>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>3</sup> Vgl. Umfrage: Mehrheit der Deutschen will Obergrenze für Flüchtlinge, in: Merkur, 16.9.2016, <http://www.merkur.de/politik/umfrage-mehrheit-deutschen-will-obergrenze-fluechtlinge-zr-6753226.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>4</sup> Vgl. United Nations: World Population Prospects. Key findings & advance tables, 2015 Revision, New York 2015, S. 1, [https://esa.un.org/unpd/wpp/Publications/Files/Key\\_Findings\\_WPP\\_2015.pdf](https://esa.un.org/unpd/wpp/Publications/Files/Key_Findings_WPP_2015.pdf), Stand: 1.11.2016.
- <sup>5</sup> Vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: Länderdatenbank, <http://laenderdatenbank.weltbevoelkerung.de/>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>6</sup> Vgl. Putsch, Christian: 2050 muss Afrika zwei Milliarden ernähren, in: Die Welt, 13.8.2014, <https://www.welt.de/politik/ausland/article131157709/2050-muss-Afrika-zwei-Milliarden-ernaehren.html>, Stand: 1.11.2016. Die 2 Milliarden beziehen sich auf eine alte Studie, die aktuelle UN-Studie rechnet mit etwa 2,5 Milliarden in 2050.
- <sup>7</sup> Kohl, Helmut: Aus Sorge um Europa – Ein Appell. Vorwort der ungarischen Ausgabe, März 2016, zitiert nach: Bild, 19.4.2016, <http://www.bild.de/politik/inland/helmut-kohl/helmut-kohl-vorwort-aus-sorge-um-europa-ungarische-ausgabe-45441206.bild.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>8</sup> Ebd.
- <sup>9</sup> Vgl. 400.000 wollen jetzt über Bulgarien in die EU, in: Kronenzeitung, 21.3.2016, <http://www.krone.at/oesterreich/400000-wollen-jetzt-ueber-bulgarien-in-die-eu-asyl-ausweichroute-story-501616>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>10</sup> Vgl. Leubecher, Marcel / Naumann, Annelie: Umgang mit jungen Flüchtlingen überfordert die Behörden, in: Die Welt, 15.4.2016, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article154366184/Umgang-mit-jungen-Fluechtlingen-ueberfordert-die-Behoerden.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>11</sup> Kurz geißelt die „Politik der offenen Tür“, in: Die Welt, 19.9.2016, <https://www.welt.de/politik/ausland/article158247218/Kurz-geisselt-die-Politik-der-offenen-Tuer.html>, Stand: 1.11.2016.

- <sup>12</sup> „Deutschland gibt sich wie ein gefühlsgeliteter Hippie-Staat“, in: Die Welt, 8.9.2015, <https://www.welt.de/politik/article146144873/Deutschland-gibt-sich-wie-ein-gefuehlsgeleiteter-Hippie-Staat.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>13</sup> Vgl. Schümer, Dirk: Die Gespenster der Vergangenheit suchen uns heim, in: Die Welt, 19.1.2016, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article151133521/Die-Gespenster-der-Vergangenheit-suchen-uns-heim.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>14</sup> Katholiken finden Merkels Kurs „nicht christlich“, in: Die Welt, 12.11.2015, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article148755826/Katholiken-finden-Merkels-Kurs-nicht-christlich.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>15</sup> Vgl. Weltbevölkerung im Jahr 2100 – Uno erhöht Prognose auf elf Milliarden Menschen, in: Spiegel Online, 29.7.2015, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/uno-prognose-weltbevoelkerung-im-jahr-2100-11-2-milliarden-a-1045920.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>16</sup> Vgl. Maetzke, Heinrich: Gescheiterte Zuwanderungspolitik, in: Bayernkurier, 28.10.2015, <https://www.bayernkurier.de/ausland/7032-gescheiterte-zuwanderungspolitik>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>17</sup> Vgl. Dambeck, Holger / Diez, Georg / Hengst, Björn [u. a.]: Das waren gute Kinder, in: Spiegel Online, 17.1.2015, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-131355328.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>18</sup> Vgl. Konigorski, Monika: Partner in der Prävention, in: Deutschlandfunk, 13.11.2014, [http://www.deutschlandfunk.de/muslimische-gefangene-partner-in-der-praevention.886.de.html?dram:article\\_id=302987](http://www.deutschlandfunk.de/muslimische-gefangene-partner-in-der-praevention.886.de.html?dram:article_id=302987), Stand: 1.11.2016.
- <sup>19</sup> Vgl. Brüssel: Islamischer Religionsunterricht an erster Stelle, in: Wiener Zeitung, 17.1.2012, [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/chronik/428007\\_Bruessel-Islamischer-Religionsunterricht-an-erster-Stelle.html?em\\_cnt=428007](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/chronik/428007_Bruessel-Islamischer-Religionsunterricht-an-erster-Stelle.html?em_cnt=428007), Stand: 1.11.2016.
- <sup>20</sup> Vgl. Politik Kompakt I: 15.000 Flüchtlinge mehr als geplant aufnehmen, in: Die Welt, 21.9.2015, [https://www.welt.de/print/welt\\_kompakt/print\\_politik/article146630792/Politik-Kompakt-I.html](https://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article146630792/Politik-Kompakt-I.html), Stand: 1.11.2016.
- <sup>21</sup> Kreuzer, Thomas (Interview): „Wir bräuchten überhaupt keinen aufzunehmen“, in: Deutschlandfunk, 22.9.2016, [http://www.deutschlandfunk.de/obergrenze-fuer-fluechtlinge-wir-braeuchten-ueberhaupt.694.de.html?dram:article\\_id=366483](http://www.deutschlandfunk.de/obergrenze-fuer-fluechtlinge-wir-braeuchten-ueberhaupt.694.de.html?dram:article_id=366483), Stand: 1.11.2016.
- <sup>22</sup> Vgl. Lipka, Michael / Hackett, Conrad: Why Muslims are the world’s fastest-growing religious group, in: Pew Research Center, 23.4.2015, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2015/04/23/why-muslims-are-the-worlds-fastest-growing-religious-group/>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>23</sup> Paret, Rudi (Hrsg.): Der Koran, Übersetzung von Rudi Paret, Stuttgart, 7. Aufl., 1996. Alle weiteren Koran-Zitate stammen ebenfalls aus dieser Übersetzung.

- <sup>24</sup> Krämer, Gudrun: Demokratie im Islam. Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011, S. 64.
- <sup>25</sup> Nagel, Tilman: Der Koran. Einführung, Texte, Erläuterungen, München 1983, S. 9 f.
- <sup>26</sup> Vgl. Für Muslime sind religiöse Gesetze oft wichtiger, in: 3sat, 9.1.2015, <http://www.3sat.de/page/?source=/nano/gesellschaft/178975/index.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>27</sup> Glasgow, Rainer: Allahs Weltordnung. Der politische Islam als Herausforderung für Demokratie und Gesellschaft, Mering 2010, S. 38 f.
- <sup>28</sup> Sure 3, Vers 100.
- <sup>29</sup> Nagel, Tilman: Allahs Liebling: Ursprung und Erscheinungsformen des Mohammedglaubens, München 2008, S. 13 f.
- <sup>30</sup> Vgl. Peters, Freia: Türkische Migranten hoffen auf muslimische Mehrheit, in: Die Welt, 17.8.2012, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article108659406/Tuerkische-Migranten-hoffen-auf-muslimische-Mehrheit.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>31</sup> Sure 8, Vers 22.
- <sup>32</sup> Vgl. „Open Doors“: Radikaler Islam Hauptursache für Christenverfolgung, in: Erzdiözese Wien, 12.1.2016, <https://www.erzdioezese-wien.at/site/home/nachrichten/article/47902.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>33</sup> „Ihr rettet die Falschen“: Oxford-Ökonom attackiert Merkels Flüchtlingskurs, in: Focus Online, 14.2.2016, [http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/die-heilige-gegen-die-rassisten-oxford-oekonom-attackiert-merkels-fluechtlingskurs-ihr-rettet-die-falschen\\_id\\_5283675.html](http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/die-heilige-gegen-die-rassisten-oxford-oekonom-attackiert-merkels-fluechtlingskurs-ihr-rettet-die-falschen_id_5283675.html), Stand: 1.11.2016.
- <sup>34</sup> Vgl. Nicht mehr Arbeitslosigkeit: Das ist jetzt die größte Angst der Deutschen, in: Focus Online, 17.7.2015, [http://www.focus.de/politik/deutschland/nach-22-jahren-wechsel-an-der-spitze-nicht-mehr-arbeitslosigkeit-das-ist-jetzt-die-groesste-angst-der-deutschen\\_id\\_4823553.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/nach-22-jahren-wechsel-an-der-spitze-nicht-mehr-arbeitslosigkeit-das-ist-jetzt-die-groesste-angst-der-deutschen_id_4823553.html), Stand: 1.11.2016.
- <sup>35</sup> Vgl. Osterloh, Maren: Größte deutsche Hetz-Seite gegen Flüchtlinge ist offline, in: Die Welt, 22.5.2016, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article155559078/Groesste-deutsche-Hetz-Seite-gegen-Fluechtlinge-ist-offline.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>36</sup> Vgl. Grüne werfen Merkel Kehrtwende in Flüchtlingspolitik vor, in: Die Welt, 31.1.2016, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article151696231/Gruene-werfen-Merkel-Kehrtwende-in-Fluechtlingspolitik-vor.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>37</sup> Schirra, Bruno: ISIS – Der globale Dschihad. Wie der „Islamische Staat“ den Terror nach Europa trägt, Berlin, 4. Aufl., 2015, S. 212.





## WO BLEIBT DIE POLITISCHE MITTE?



**SAURABH DIVEKAR |||** Die Polarisierung der Meinung ist heutzutage ein großes Problem und bietet keinen Raum für einen fruchtbaren Austausch. Die sozialen Medien führen zu einer schnellen Ausbreitung von Meinungen und zur unkritischen Meinungsbildung und im extremen Fall zu Hass und Gewalt gegenüber Andersdenkenden. Die Rolle der Medien, des Staates und des Volkes wird in diesem Essay in Betracht gezogen.

## **EINLEITUNG**

Als ich im Herbst 2016 in München war, hatte ich schon einige Monate Aufenthalt in Deutschland hinter mir und war ziemlich oft mit einem akademischen und interkulturellen Blick innerhalb Deutschlands unterwegs. Bis dahin, d. h. bis zu dieser Reise in München, habe ich in Gießen, wo ich zu der Zeit meine Forschung fortsetzte, die Flüchtlingssituation und -diskussionen hautnah erlebt. Alle diese Diskussionen waren für mich sehr aufgeklärt, rational und humanistisch. Sie waren alle klar für die Aufnahme der Migranten und sprachen sowohl von der kulturellen Vielfalt als auch von der Arbeits- und Konsumkraft, die die Flüchtlinge mit sich bringen. Im Gegensatz dazu gab es aber auch in vielen Städten Deutschlands eine übliche Szene der PEGIDA-Demonstrationen, die auch in München am Marienplatz direkt unter dem Glockenspiel stattfand. Ich würde das als Glück bezeichnen, dass ich mich genau an dem Tag und zu dem Zeitpunkt dort befand, da es mich als Germanistikstudent aus Indien sehr interessierte. Ich war in München nicht als Tourist unterwegs, da ich München davor schon öfters besucht habe und hatte an dem Tag daher viel Zeit zur Verfügung. Aus diesem Grund habe ich bei der Demonstration länger gestanden als die Mehrheit der Besucher. Diese erwähnte PEGIDA-Ausstellung war nicht groß und hatte ausschließlich Plakate und aus einem Lautsprecher war ein islamisches Gebet zu hören. Obwohl nicht mehr als zwei Protestierende sichtbar waren, gab es einen relativ starken Polizeieinsatz.

In der Zeit, in der ich da war, habe ich einen alten deutschen Mann gesehen, der vielleicht nicht aus München oder aus einer anderen Großstadt Deutschlands kam, dessen Neugierde deshalb durch die Ausstellung geweckt wurde und er wollte nah an die Plakate kommen, um sie besser lesen zu können. Seine Begleiterin, eine Frau viel jüngeren Alters, hat sein Interesse nicht geteilt und sie hat zwanghaft ihren Vater (das ist meine Vermutung), bevor er kaum einen Schritt Richtung Plakate gehen konnte, weg von dem Platz geführt. Seine Äußerungen wie: „Aber ich wollte es nur lesen!“ und

die Gegenreaktion der Frau: „Wir können uns hier gar nicht blicken lassen!“ kamen mir zu Ohren. Diese Szene hat mich sehr überrascht und machte mich traurig, dass man nicht mal da an der Schnittstelle stehen konnte und die Meinung der anderen Seite kennenlernen durfte. „Dazwischen stehen“ bedeutete für die Frau, auf der anderen Seite der Ausstellung zu sein, so hatte ich die Situation verstanden.

## **DISKUSSIONEN ZU MIGRATION UND INTEGRATION**

Während dieses Aufenthalts in Deutschland habe ich auch soweit wie möglich an öffentlichen Diskussionen zum Thema Migration und Integration teilgenommen, da ich von Indien aus die Situation nur indirekt mitbekommen konnte. Diese besuchten Diskussionen habe ich aber sehr sanft und zu harmonisch und friedlich gefunden. Das lag größtenteils daran, dass auf der Bühne und von den Ehrengästen nur eine Meinung vertreten wurde und im Prinzip alle einer Meinung waren. Mir hat dabei immer die andere Seite gefehlt oder diese war massiv unterrepräsentiert, obwohl sie in der Gesellschaft selbst eine stärkere Präsenz hat. Bei einer dieser öffentlichen Diskussionen in dem Hörsaal der Universität gab es zwei Zuschauer, die mit der Migrationspolitik der Regierung und mit den Meinungen der Gäste nicht einverstanden waren, und dabei ihre eigenen gültigen (zumindest für mich) Gründe hatten. Wie ich die Situation verstanden hatte, haben sich diese zwei Zuschauer bei der Diskussion nicht repräsentiert gefühlt. Aus diesem Grund waren sie noch schlecht auf die ganze Situation zu sprechen und stellten bei ihrer kurzen Redezeit laut und aggressiv ihre Meinung dar, das kam natürlich bei den Veranstaltern und bei dem restlichen Publikum nicht gut an und die Situation wurde dadurch plötzlich unangenehm. Solche Diskussionen und solche Fälle sind aus dem Grund problematisch, weil sie einen stark zu Gegensätzen schiebt. Die Mehrheit der Zuschauer an dem Abend würde diese zwei Personen für ultra-aggressiv halten und die Leute in der Minderheit bei der Veranstaltung, falls es außer diesen zwei Personen welche gab, hätten sich höchstwahrscheinlich

ausgegrenzt gefühlt. Nach der Diskussion hatte ich den Eindruck, dass es zwei Menschengruppen gibt: die eine, die alles genau weiß und versteht und menschlich, humanistisch, tolerant usw. ist, und die andere, die einfach rassistisch ist. Dabei haben die meisten Menschen Gefühle wie Angst, Zweifel, Unsicherheit und Unklarheit. Diese Menschen werden aber als islamophob, kleinmenschlich, intolerant und vieles mehr bezeichnet.

In dieser Kategorie sollten meiner Meinung nach große Teile der Bevölkerung sein. Denn die Mehrheit der Menschen nach Gauß-Kurve liegt in der Mitte und nicht an den Polen. Bei einem so komplexen Thema wie der Migration, bei der u. a. das Menschliche, das Finanzielle, das Soziale und das Kulturelle zusammenkommen, ist es selbstverständlich, dass unter dem Publikum unterschiedliche Stufen der Information und deren Analysen vorhanden sind. Für solche Personen sind Zeit und Diskussionen, Raum zur Fragenstellung, Zweifeln und Meinungsäußerungen wichtig, um eine auf stabilen Grundlagen basierte Meinung bilden zu können. Das gilt vor allem für die junge Generation, für die dies vielleicht die erste Begegnung mit einem politischen Thema von solcher Wichtigkeit ist. Sie haben bestimmt Fragen und sind voller Neugier, die aber in der Öffentlichkeit nicht vorhanden ist. Wenn man sich so in einer Extreme platziert und keine Geduld gegenüber Andersdenkenden zeigt, lässt man leider zu viel Raum für Intoleranz und wenig Platz für einen Austausch. Die größte Gefahr dabei ist es, dass man Andere in die anderen Extreme schiebt, da es in der Mitte keinen Platz gibt. So entstehen zwei extreme Meinungen in der Gesellschaft. So entsteht der Gedanke: Sie sind entweder mit uns oder gegen uns. Dies finde ich äußerst gefährlich.

## **PROBLEM SOZIALE MEDIEN**

Was heute auch noch ein großes Problem geworden ist, sind die sozialen Medien. Nachrichten werden blitzschnell erzeugt und verteilt. Gelesen werden sie nicht immer oder zumindest nicht gründlich. Zeit zur Verarbeitung aller dieser Nachrichten gibt es für die Leserschaft kaum. Eine eigene Meinung bilden und auf den sozialen Medien äußern zu können ist nicht nur einfach, sondern auch für viele notwendig geworden. Diskussionsmöglichkeit gibt es im Internet zwar zahlreich, aber die eigenen Standpunkte präsentieren, die anderen verstehen, sie erarbeiten, darauf logisch reagieren usw. braucht viel Zeit und Geduld, die viele nicht haben. Außerdem fehlen bei vielen die Argumentationskunst und -fähigkeit, welche enorm nötig sind für eine vernünftige Diskussion im Internet. Wenn man auch das mitzählt, dass man mehrere Bekannte in den sozialen Medien hat, und solche Diskussionen mit mehreren aus diesem Freundeskreis führen muss, wird der Aufwand umso größer. Die einfachste Lösung in so einer Situation scheint für viele zu sein, dass man die Andersdenkenden aus dem Freundeskreis entfernt. Dadurch schließt man aber alle Diskussionsmöglichkeiten aus und hält andere für dumm und intolerant. Das führt außerdem dazu, dass man sich auch der anderen Person gegenüber als intolerant darstellt. Dabei verpasst man auch die Gelegenheit, kurz in die Mitte zu kommen, indem man vielleicht die Meinungen der Personen zu hören bekommt, die selbst in der Mitte stehen oder auf der anderen Seite. Dabei könnte man vielleicht die anderen Argumentationen kennenlernen, die man in den üblichen Freundeskreisen sonst nicht hört, und dann vielleicht unter Vorbehalt eine neue Meinung bildet, die nicht in einer Polarität liegt. Dies finde ich besonders wichtig, da man sich meistens in bestimmten Kreisen befindet, die aus Gleichdenkenden bestehen, was nicht sehr produktiv sein kann.

Eine der Konsequenzen davon ist die angestiegene Anzahl der Straftaten, sowohl rechts- als auch linksextreme, laut einem Bericht in der Süddeutschen Zeitung. Dies wurde von dem Innenminister als

„bedrohliche gesellschaftliche Entwicklung“ bezeichnet. 22.960 rechtsmotivierte Delikte (ein Plus von 34,9 Prozent) und 9.605 linksmotivierte Straftaten (ein Plus von 18,3 Prozent) zählte die Polizei im vergangenen Jahr 2016. Das seien die höchsten Zahlen seit der Einrichtung eines gesonderten Meldedienstes für politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2001. Der Zwang, sich durch (Straf-)Taten äußern zu müssen, entsteht dadurch, dass man in der Gesellschaft und den Medien kein Gehör findet.

Als eine Person, die sich auch in der deutschen Kultur leicht und oft bewegt, würde ich mir noch kontroverse Diskussionen in Deutschland wünschen, bei denen Gegensätze vertreten werden, denn das finde ich noch produktiver. Deutschland ist ein Land, in dem auf der einen Seite, laut einem *Zeit*-Bericht, jedes 20. Kind in materieller Not wohnt. Auf der anderen Seite aber, berichtet die *Welt*, dass Jugendliche in Deutschland die besten Perspektiven weltweit haben. In so einem Land wohnen sowohl Menschen mit ihren Ängsten um Wohnungsnot, Arbeitsplätze usw. als auch die, die zufrieden mit der Wirtschaftslage des Landes sind und glauben, es gibt auch genug für Flüchtlinge. Als Inder, Bürger eines Landes mit Überbevölkerung, verstehe ich die Ängste einiger Menschen in der deutschen Gesellschaft gut und gleichzeitig sehe ich auch, wie gut es den armen Menschen in Deutschland geht. Diese zwei Gruppen von Menschen brauchen meiner Meinung nach eine gemeinsame Bühne.

## **BEISPIEL JAWAHARLAL NEHRU UNIVERSITÄT**

Ich war in den ersten Monaten des Jahres 2016 in Deutschland. Diese Zeit war für Studenten in Indien und besonders für die an einer der besten Universitäten in Indien, nämlich der Jawaharlal Nehru Universität, sehr bewegend. Das ist eine Universität, die politisch sehr aktiv ist und mit der Ideologie der regierenden Partei Indiens nicht übereinstimmt. An einem Abend wurden Parolen gegen Indien und für Pakistan bei einer (kleinen) Studentenveranstaltung von Studenten ausgegeben, deren Identität bis jetzt nicht klar ist.

Kashmir ist für Indien ein Thema, was viele nicht ganz verstehen, vielleicht auch, weil sich diese weder auf irgendeiner Weise damit auseinandergesetzt haben, noch sich dafür interessieren würden, falls Pakistan, der „größte Feind Indiens“ nicht im Spiel wäre.

Die Ereignisse des Abends wurden aber zum Anlass genommen, dass viele Minister aus der regierenden Partei, viele Nachrichtensender und Teile der Bevölkerung die Universität schließen wollten. Absurde Argumente dafür hat man jeden Tag zum Hören bekommen, Sachen wurden mit dem Ereignis assoziiert, die damit gar nichts zu tun hatten oder einfach falsch waren. Gleich nach dieser Veranstaltung entstanden zwei Gruppen: eine war nationalistisch, pro-indische Armee und Regierung, anti-JNU, Steuerzahler, brave Bürger, die zu der Gesellschaft beitragen und vieles mehr. Dagegen stand die Gruppe der „Anti-nationalisten“, pro-Pakistan, von Steuergeldern Lebende usw. Diese waren dann im Internet durch #ShutdownJNU und #StandwithJNU vertreten. Wegen unzähliger Fernsehsender, neuen sozialen Medien und starkem Nationalstolz wurden JNU (das ist das Wort, das nun in aller Munde ist) Studenten blitzschnell zum Nationalfeind.

Ähnlichkeiten zwischen dieser Situation mit der in Deutschland sind dadurch zu sehen, dass in beiden Fällen eine Gruppe von der Gesellschaft und den Medien verteufelt wurde. Alle hatten eine Meinung und haben sie in allen möglichen Situationen geäußert. Dabei fehlten auch die Argumentationen und Versuche, den anderen zu verstehen. In diesem Fall war es besonders wichtig, da viele Themen wie Kashmir, Demonstrationsrechte, Funktionsweise einer Universität usw. ineinander eingeflochten waren.

In dieser Zeit war mein Versuch, mit Freunden, die einen Anti-JNU-Standpunkt hatten, ins Gespräch zu kommen, ihre Argumente durch meine Meinung, Erfahrungen an der JNU und das Insiderwissen und das extra Wissen, das ich als JNU-Student automatisch erwerbe, zu mildern. Das ist mir größtenteils gelungen, obwohl ich keine Meinung wirklich ändern konnte.



## ZUKUNFTSWÜNSCHE

Anhand dessen, was ich bei den beiden erwähnten Ereignissen gesehen und verstanden habe, bzw. sehen und verstehen konnte, würde ich mir gerne einiges wünschen. Die Medien und die Staatsrepräsentanten spielen in einer Gesellschaft eine enorme Rolle. Sie sollen für jeden Bürger und jede Bürgerin sprechen können und Raum für alle Meinungen anbieten, unabhängig davon, wie sich die Regierung in den Fällen positioniert oder welchen Standpunkt man selber oder die Mehrheit der Bevölkerung vertritt. Sie sollen für alle vertrauenswürdig sein und von allen zumindest und soweit wie möglich respektiert werden, auch falls die Übereinstimmung fehlt. Es ist auch wichtig, dass die Führungskräfte eines Landes für alle zugänglich sind. Das führt dazu, dass die Meinungen der Bürger nicht unterdrückt werden bzw. diese Personen ihre Meinung nicht als unterdrückt empfinden. Sie würden auch an dem politischen Diskurs offen teilnehmen und durch einen gesunden Austausch könnte eine Demokratie besser funktionieren.

Die Bürger und Nutzer der sozialen Medien sollten – soweit möglich – versuchen, mit Andersdenkenden einen Dialog zu führen. Solche Bekannten nicht aus dem Freundeskreis zu löschen, bedeutet, dass man einen indirekten Meinungs Austausch ermöglicht, indem man seine Meinung postet und die anderen geposteten Meinungen ebenfalls lesen kann. Auf diese Weise können die Medien und das Individuum versuchen, eine Balance in der Gesellschaft zu halten, extreme Meinungsbildungen und dadurch entstehende Folgetaten zu vermeiden.

**||| SAURABH DIVEKAR, MA**

ist DaF-Lehrer am Goethe Institut Neu Delhi  
und Gastdozent und PhD Student an der  
Jawaharlal Nehru Universität, Indien.

# DER GLAUBE AN WOHLSTAND

Anthropologische Überlegungen zu einem  
erfolgreichen Integrationsmodell

**NASTASJA SASKIA DRESLER |||** Wer auf Stein bauen will im Menschen, darf sich nur der niedrigen Eigenschaften und Leidenschaften bedienen, denn bloß was aufs engste mit der Ichsucht zusammenhängt, hat Bestand und kann überall in Rechnung gestellt werden; die höheren Absichten sind unverlässlich, widerspruchsvoll und flüchtig wie der Wind.<sup>1</sup>

Das Bild vom September 2015 hat sich uns allen eingepägt – vielleicht taucht es in ein paar Jahrzehnten in den Geschichtsbüchern wieder auf. Das Bild von dem ich spreche, ist nicht das Selfie eines syrischen Flüchtlings mit Kanzlerin Merkel, oder das Foto von der angespülten Kinderleiche am Strand von Lesbos. Ich spreche von dem Bild am Münchner Hauptbahnhof: Hunderte von Flüchtlingen, die gerade mit einem überfüllten Zug aus Budapest gekommen sind, marschieren durch eine Schneise von Menschen, die sie am Bahnsteig bejubeln und beklatschen. München rückt in diesen Tagen in den Fokus der internationalen Gemeinschaft: Die Weltstadt mit Herz mobilisiert all ihre Kräfte, um die Erstaufnahme Zehntausender zu ermöglichen, die sich über die Balkanroute aufgemacht haben, Terror und Elend in ihren Heimatländern zu entgehen. Das Bild ist bizarr. Und es wirft viele Fragen auf. Die Euphorie, mit der andernorts die National-Elf beglückwünscht oder eine

Prominenz aus dem Film-Geschäft oder der Musikbranche mit Beifall überströmt wird, will Mut machen: Ihr habt es geschafft, ihr seid in Sicherheit, und wir werden euch helfen. Mich irritierte das Konzert der Klatschenden: Wir begrüßten die Siegreichen, diejenigen, welche die Mittel und das Glück besaßen, die Hindernisse bis ins gelobte Deutschland zu überwinden. Merkels Samariterschlag, die Grenzen zu öffnen und knapp 1 Million Menschen Zuflucht zu gewähren, hatte doch etwas geradezu Höhnisches: Ihr müsst euch schon um eure Rettung verdient machen, einen verlässlichen Schlepper ausfindig machen, euer Leben und das eurer Familie riskieren, und wer sich bis zu den Toren des Refugiums durchschlägt oder auf halber Strecke aus dem Mittelmeer gefischt und aufs europäische Festland verbracht wird, wird freundlich empfangen.

Derweil saßen die anderen Millionen noch in den Zeltstädten vor den Haustüren ihrer zerbombten Heimat und drohten dort in Vergessenheit zu geraten. In den Fernseh-Talk-Runden wurde rasch zu bedenken gegeben, die Fluchtursachen müssten bekämpft und die Situation in den Flüchtlingslagern in den umliegenden Ländern verbessert werden – wir wissen alle, dass die weltweiten Fluchtbewegungen nur der Anfang eines gravierenden – europäischen – Problems sind und eine tatsächliche Bedrohung für unsere Hochburg des Friedens darstellen. Der Kriegsflüchtling hat Anspruch auf Schutz, und damit auch darauf, an materiellen Sicherheiten im Ankunftsland zu partizipieren. Doch was ist mit dem berühmten „Wirtschaftsflüchtling“, der die lebensgefährliche Reise über das Mittelmeer auf sich nimmt, um Ödnis und Perspektivlosigkeit hinter sich zu lassen? Diese Bereitschaft rührt nicht von ungefähr: Er hat nichts zu verlieren. Und Menschen, die nichts zu verlieren haben, versprechen ein Konfliktpotenzial. Die Entwicklungsländer begehren langsam aber sicher auf. In unserer vernetzten Welt kursieren Informationen in Windeseile und über weite Distanzen – beispielsweise Informationen darüber, dass Menschen anderswo auf der Welt nicht in einer Militärdiktatur leben müssen.

Eine ehrenamtliche Helferin berichtete mir, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus Eritrea die Turnschuhe ablehnen, die man ihnen aus der Kleiderspende organisiert hat. Weil sie nicht von Nike oder Adidas sind. Und sie wollen nach ihrer Erstaufnahme im Flüchtlingslager nicht aufs Land, sondern in die großen Städte verteilt werden, wo das Leben im westlichen Alltag pulsiert. Der Wohlstand macht die weltweite Attraktivität des Standorts Deutschland aus. Im Hinblick auf all die Menschen, die noch auf der anderen Seite des Mittelmeers auf die Überfahrt warten, ist diese Attraktivität auch ein Problem – Wohlstand lässt sich nicht unbegrenzt teilen. Man kann ihn mehren und Investitionen tätigen, idealtypisch als Entwicklungshilfe. Was die Integration derjenigen Flüchtlinge anbelangt, die im vergangenen Jahr zu uns gekommen sind, so ist genau dieser Wohlstand jedoch, und zwar nicht als wirtschaftliches Faktum, sondern als Lebenseinstellung, die Grundlage dafür, dass „wir das schaffen“.

### **SCHAFFEN WIR DAS?**

Als ich bei der letzten Ausschreibung des Preises für Politische Publizistik der Hanns-Seidel-Stiftung 2014 zu dem Thema „2030 – Wo steht dann meine Generation?“ einen Beitrag über den „Aufbruch zum Weltbürgertum“ eingereicht hatte, in dem ich meiner global vernetzten Generation die Fähigkeit zugesprochen habe, mit den Herausforderungen einer bunten Gesellschaft besser umgehen zu können als frühere Generationen, war die Lage noch eine andere gewesen. Im Zuge der Ereignisse des vergangenen Jahres habe ich meine Meinung ein Stück weit geändert und bin kritischer gegenüber dieser Entwicklung geworden, die ich vormals noch unter den Vorzeichen einer stetigen, kontrollierten Einwanderung verstanden hatte. Unmittelbar danach hatten sich die Ereignisse überschlagen. Ich bleibe jedoch bei meiner Meinung, dass die Zuwanderungsdebatte keinem Wollen oder Können unterliegt, sondern diese Zuwanderung aus den damals beschriebenen Gründen schlichtweg kommen

wird – und nun ist sie sehr plötzlich und früher, vielleicht auch verfrüht, gekommen. Dieser Beitrag will versuchen, eine Perspektive auf die Lösung einer neuen Problemkonstellation zu eröffnen, indem sie einen sehr grundlegenden, nämlich anthropologischen Ansatz verfolgt.

Der Umgang der europäischen Gemeinschaft mit dem Konflikt im vergangenen Jahr, als in den Grenzländern Zäune eingerannt wurden und Grenzpolizisten Menschen mit Pfefferspray und Wasserstrahlern regelrecht zu domestizieren versuchten, macht nicht wirklich Mut. Was sind 1 Million verteilt auf die 28 Mitgliedsländer? Nicht viel – noch nicht. Aber 1 Million für Deutschland bedeutet einen Bevölkerungsanstieg, wie wir ihn innerhalb der letzten 15 Jahre verzeichnet haben. Und dieser ist gewachsen, Infrastruktur, Wirtschaft und Versorgung wurden Schritt für Schritt erweitert. Darum ist 1 Million wiederum nicht so wenig, wie die Multikulti-Optimisten tönen. Nach dem Zustrom über die Balkan-Route standen auch die Politiker derjenigen Parteien, die aus dem bürgerlichen Lager gerne für ihre sozialromantischen Ideen belächelt werden, erst einmal ratlos vor dem kommunalen Chaos. Deutschland feierte sich hingegen weiter, fühlte sich endlich wieder geliebt von der Welt: Nach „Wir sind Papst“, dem sportlichen Doppeltriumph, 2006 Weltmeister der Herzen und 2014 den Pokal zu holen, verkündeten wir nun #RefugeesWelcome. Wir sind auf dem besten Weg, endlich das Holocaust-Trauma zu überwinden. Keineswegs soll hier tatsächliche Größe als Großmut abgetan werden: Ja, Deutschland hat angepackt, das Engagement seiner Ehrenamtlichen herausgefordert und anderen Ländern demonstriert, dass es zu meistern gewillt ist, was diese verweigern. Aber Deutschland ist eben auch das Land, das sich den WM-Austragsort erkaufen soll und dessen wichtigster Automobilhersteller seine weltweite Kundschaft hintergangen hat. Deutschland ist ein Land mit Stärken und Schwächen, mit soliden demokratischen Strukturen und ein bisschen korrupter Schattenwirtschaft – ein überdurchschnittlich erfolgreiches Land der Euro-

päischen Union, eine leicht kränkelnde Vorzeigerepublik der westlichen Industriegesellschaft. Deutschland ist ein reiches Land, aber mit 12 Millionen seiner 82 Millionen Einwohner, die sich an der Armutsgrenze bewegen.

Wer Probleme der Integration in diesen Tagen angesprochen hat, wertekonservative Standpunkte vorbrachte, wurde reflexartig im rechten Spektrum angesiedelt. Öffentlich äußern durfte sich nur noch die Stimme des Herzens, so schien es lange Zeit. Rationale Argumente waren unbarmherzig – der Mensch dieser Tage, der korrekte Mensch, war der Gefühlsmensch. Im Zweifel war man jetzt links. Im Zweifel holte man die Moralkeule aus der Hinterhand und schwang den Pragmatiker mit dem Vorwurf, er sei nicht mitfühlend, aus dem Diskussionsfeld. Während die einen sich mit der Allzweckwaffe der Humanitas rüsteten, kippte die Stimmung andernorts gegen die „Diktatur der Empathie“: Rechte Gewalttäter sahen sich legitimiert, Asylheime anzuzünden – und diejenige Bevölkerung, die an der Willkommenskultur ebenso zweifelt, wie sie die „Wutbürger“ verurteilt, schweigt. Der Mensch ist seiner Natur nach leider nicht nur das mitfühlende Wesen. Er hat auch Angst. Angst vor Unruhestiftern – das könnten die Fremden sein –, Angst vor politischer Instabilität und gesellschaftlichem Abstieg. Das ist eine anthropologische Tatsache, die nichts beschönigen, sondern erklären will. Dabei haben gar nicht die Meinungsforen im Netz, der unermüdliche Einsatz der freiwilligen Helfer die „richtige“ Sicht veranschlagt: Es war die mediale Berichterstattung, die scheinbar vierte Gewalt im Lande, die dem deutschen Bürger vorgab, was er in dieser Lage zu denken hatte, die das Selbstbild Deutschlands prägte – und in der Folge vom rechtspopulistischen Spektrum als „Lügenpresse“ verunglimpft wurde. „Tel Aviv. Im Gaza-Streifen sind nach erneuten Bombenangriffen wieder zehn Zivilisten ums Leben gekommen. – Berlin. In der Nacht von Freitag auf Samstag hat eine Gruppe Jugendlicher in einer S-Bahn einen Rentner zusammengeschlagen. – London. [...] – Kapstadt. [...]“ Wo die Nachrichten uns im Sekundentakt das

Elend und die Unvollkommenheit unserer Welt auflisten, wird aus dem Bild der Menschenkarawanen auf den Autobahnen durch Mazedonien, Ungarn und Österreich eine einfühlsame Reportage. Ein Porträt von einem Syrer mit seiner Familie, der Mann in Tränen aufgelöst, müde und aufgekratzt zugleich, Frau und Kinder halten sich apathisch und abgeschlagen im Hintergrund. Feras ist Ingenieur. Er hat sehr gute Aussichten, dass sein Asylantrag genehmigt wird – er kommt direkt aus Aleppo –, dass er in Deutschland eine Stelle finden wird – seine Qualifikation wird gesucht –, dass er Freunde gewinnen und sich in der Gesellschaft zurechtfinden wird – er ist ein netter, sympathischer, weltoffener Typ. Feras ist der Musterflüchtling, wie wir ihn gerne x-fach hätten und integrieren könnten. Aber in Wirklichkeit bilden all die Neuankömmlinge eine völlig inhomogene Menge, für die man zig Kategorien bilden müsste, um ein annähernd treffendes Bild von der Lage zu schaffen. Inhomogen aufgrund ihrer Motive, inhomogen aufgrund ihrer Integrationswilligkeit. Die Mitleidspropaganda der Gutmenschen macht mich ebenso fassungslos wie die unerträgliche Hysterie der stumpfen PEGIDA-Demonstranten und die Borniertheit selbsternannter „Reichsbürger“.

Das größte Problem der Meinungsbildung in dieser Angelegenheit besteht darin, zu differenzieren. Eine eindeutige Haltung zu dieser Lage kann es streng genommen gar nicht geben. Weil die Lage so uneindeutig ist. Tatkräftige, motivierte Menschen sind hier am Bahnhof angekommen und stehen in einer Reihe mit denjenigen, die uns mit einer selbstbewussten Anspruchshaltung entgegentreten werden; liberal Gesonnene, die Teil dieses Landes mit seiner westlichen Werten werden wollen neben überzeugten Glaubensbrüdern, die nichts gelten lassen als ihre heimischen Maßstäbe. Die einen wollen bei uns ihr Glück finden, die anderen werden möglicherweise einen Kulturkampf einstimmen. Zwischen ihnen zu unterscheiden wird nicht gelingen, all diejenigen mit offenen Herzen aufzunehmen, die zu ersterer Sorte gehören und die schwarzen Schafe wieder zu verabschieden – unser Asylverfahren lässt es nicht zu, den Menschen

hinter dem Fall kennenzulernen. Und doch müssen wir gerade an wesentlichen menschlichen Eigenschaften ansetzen, um sie alle zusammen mit ins Boot zu holen – aus Verantwortung ihnen wie uns selbst gegenüber. Integrationsarbeit wird nur gelingen, wenn wir die zu uns Gekommenen alle dort abholen, wo sie einander und uns gleichen: bei ihrer anthropologischen Grundbeschaffenheit.

### **WAS DER HOMO OECOMICUS SCHAFFEN KANN**

Für unsere gesellschaftliche Ordnung ist diese relevante Grundbeschaffenheit das Streben nach Wohlstand. In jedem Menschen steckt ein *homo oeconomicus*, ein egoistischer Nutzenmaximierer – im vorliegenden Zusammenhang: ein Mensch, der danach strebt, ein möglichst großes Stück vom Wohlstandskuchen zu ergattern. Der im Wohlstand lebende Mensch ist ein zufriedener Mensch. Für ein friedliches Zusammenleben müssen wir die Neuankömmlinge – ebenso wie die eigene Bevölkerung – bei diesem Streben packen. Die niederen Instinkte im Menschen anzusprechen, auf dieses Primat referiert auch das Musil-Zitat. Die Teilhabe an möglichst großem Wohlstand ist dasjenige Identitätsmodell, in das sich unterschiedlichste Menschen am erfolgreichsten integrieren lassen, worauf sich Europäer bereits verständigen und Nicht-Europäer verständigen werden, wenn sie sich die allzu menschliche Sehnsucht nach Reichtum eingestehen. Genügende Gesellschaften – insbesondere streng muslimisch geprägte – lehnen genau dieses Werteverständnis ab. Die große Herausforderung der Integration besteht darin, diese neuen Mitbürger in einen Wertekonsens miteinzubeziehen, der auf der Säkularisierung, Trennung von weltlichem Erfolg und religiösen Geboten basiert. Und dies kann nur glücken, wenn wir an den menschlichen Komfortinstinkt in ihnen appellieren. Die Menschen in Arbeit zu bringen, und das auf einer Ebene, die eine deutliche ökonomische Verbesserung und damit einen Gewinn an Lebensqualität gegenüber der Situation in der Heimat darstellt, ist die beste Möglichkeit, den Kulturrelativismus zu überwinden.



Dieser Konsens setzt Zugeständnisse voraus: Die muslimischen Zuwanderer müssen ihr patriarchisches Gesellschaftsbild aufgeben und die Trennung von Staat und Kirche anerkennen. Das funktioniert nur, wenn wir ein reizvolles Angebot machen: ihnen die Möglichkeit geben, ihrem Wohlstandsstreben nachzugehen – und sie Teil des Produktionsprozesses werden lassen. Der Mensch ist auch ein *homo faber*. Er will nicht nur schlafen, essen und es sich gut gehen lassen – er muss auch tätig sein, eine Beschäftigung haben, ein Ziel, auf das er hinarbeitet. Dass wir uns wiederum über diesen Leistungswillen bestimmen, mag historische Gründe haben. Deutschlands bislang immer größte Schwäche war eine relativ schwache Identität: sie ist nicht nur das Ergebnis eines fehlenden Nationalgefühls, wie es die Folge der Holocaust-Erfahrungen ist, mögen diese auch unser Schuldbewusstsein begründen. Die Schwierigkeit, Deutschland als Land zu bestimmen, reicht noch weiter zurück in die Kleinstaaterei des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. „Deutschland? Aber wo liegt es? Ich weiß das Land nicht zu finden“, schrieben Goethe und Schiller in den *Xenien* 1796. Deutschlands schwache historische Identität ist eine Chance für die Gegenwart. Unsere Selbstbestimmung orientiert sich sehr stark am Erfolg einer Wirtschaftsmacht, mögen wir auch nicht den ökonomischen Liberalismus kennen, wie er die Vereinigten Staaten geprägt hat. Deutschland muss sich in dieser Frage seinen Ruf als Land des Wohlstandes zunutze machen. Wir müssen dem Zuzug die Vorzüge des Wirtschaftens schmackhaft machen – an ebenjene anthropologische Konstante anknüpfen, welche das Streben nach ökonomischen Nutzen motiviert. Wenn die Muslime sich gleichermaßen wie wir durch den Mammon verführen lassen, orientieren sie sich an diesseitigen Werten – im Diesseits zu leben heißt, integriert zu werden. Im Hier und Jetzt können wir uns alle auf unsere anthropologische Natur berufen und die unterschiedlichen, überzeitlichen Perspektiven der Religionen außen vorlassen und zur Privatsache erklären. Das meint die Trennung von Staat und Kirche, ohne die ein friedlichen Zusam-

menleben in Deutschland niemals gelingen wird. Dass diese Orientierung an weltlichen Zusammenhängen Werte der Mitmenschlichkeit und Maßstäbe wie soziale Gerechtigkeit miteinschließt, steht außer Frage.

Ein Leben in Wohlstand ist der Anreiz für diejenigen, die jetzt hier sind. Die Abmachung besteht darin, dass wir die Möglichkeit zur Teilhabe an unserem Wohlstand eröffnen und damit die gesellschaftliche Stabilität aufrechterhalten – und auch etwas dafür bekommen: einen Leistungsbeitrag, dessen Bringschuld immer wieder erneuert werden muss. Deutschland ist aus Trümmern auferstanden. Unser Wohlstand ist das Produkt harter Arbeit und Leistungsbereitschaft. Dafür steht die Generation des Wirtschaftswunders. Wer an unserem System partizipieren will, muss auch etwas in dieses hineingeben – nur so funktioniert dieses auch rechnerisch. Den Neankömmlingen etwas abzuverlangen, gebietet unsere Orientierung an sozialer Gerechtigkeit.

### **WEIL WIR ES SCHAFFEN MÜSSEN**

Vor allem die jungen – weltbürgerlichen – Deutschen stimmen der Willkommenspolitik nach wie vor zu. Dass eine unkontrollierte Zuwanderung nicht den Fachkräftemangel beseitigt oder die Lösung für unser Rentensystem ist, wurde längst durchschaut. Hinzu kommen die Erfahrungen im Alltag, anhand derer die Probleme kultureller Unterschiede ersichtlich werden. Und nicht zuletzt bekommt ein großer Teil der Bevölkerung zu spüren, dass es in diesem reichen Land an ganz vielen Ecken und Enden an Geld fehlt. Und die Tatsache, dass die einkommensschwächste Schicht überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund in der zweiten oder dritten Generation einschließt, spricht nicht unbedingt dafür, dass wir in der Vergangenheit eine glänzende Integrationspolitik betrieben haben. Die Zuversicht, die aus dem „Wir schaffen das“ spricht, wird schließlich längst nicht mehr von allen geteilt. Aber der Vorsatz ist alternativlos. Wir müssen es schaffen. Allerdings schaffen

wir dies nur einmalig. Für den künftigen Zuzug ins Land bedarf es eines Einwanderungsgesetzes, welches diesen reguliert. Keineswegs wird ein solches Gesetz nochmals den Ausnahmezustand vom September 2015 verhängen können.

Aber auch global muss endlich etwas geschehen. Außenpolitisch müssen wir unseren Worten über eine nachhaltigere Entwicklungshilfe endlich Taten folgen lassen – was eben leichter gesagt als getan ist. Dies fängt an mit ökonomischen Zugeständnissen, wie die Einstellung des Fischereibetriebs in den fremden Gewässern vor Afrika – da wären wir bereits wieder bei der Diskussion unserer Identität als Wirtschaftsmacht angelangt –, und hört sicherheitspolitisch damit auf, den Waffenexport in Krisengebiete zu limitieren. Wir erzeugen scheinbar selbst die Gründe der Migration. Das wissen wir auch längst. Eine Welt reicht eben nicht für alle, wollen die einen immer mehr – was ebenso allzu menschlich ist: Die Idee, die Industrienationen gäben etwas von ihrem Wohlstand ab und die Dritte Welt gewönne etwas, ist edel, und die Rechnung ist nicht schwierig. Aber sie ist unmöglich – aus wiederum anthropologischen Gründen. So groß, so gut, so edel ist der Mensch nicht. Überdenken wir unsere Automobilität, schränken wir unseren Konsum ein, zügeln wir unser Reisefieber. In Dosen sind Nachhaltigkeitsappelle durchsetzungsfähig. Aber nicht, wenn es um das Ganze geht. Unsere grundlegende menschliche Disposition, unser natürlicher Egoismus und unser Selbsterhaltungstrieb – unsere Gier – gestatten es nicht, unseren Standard morgen zugunsten des Gemeinwohls zu opfern. Wir können die Welt nicht besser machen, wir können sie nur etwas weniger schlecht machen. Mit einer im Rahmen der wirtschaftsverträglichen Möglichkeiten reformierten Entwicklungshilfe für diejenigen Länder, deren Bevölkerung aus der Armut flieht. Dieser lässt sich leichter begegnen als den politischen Krisen. Bislang reichte das Geld scheinbar für einige infrastrukturelle Neuerungen, ein paar Schulen und Bildungsprogramme – doch wo sind die Milliarden geblieben? In der Selbstverwaltung der Autokratien versickert? Das

Konzept der Hilfe zur Selbsthilfe scheint gescheitert zu sein. Weil wir es falsch koordiniert haben, weil es vor Ort nicht ankam, weil es zu wenig war. Doch die wirkungsvolle Verbesserung der Entwicklungsarbeit und die Schaffung von Chancen ist nicht nur die mindeste moralische Pflicht des weißen Mannes, sie ist in seinem eigenen Interesse. Diese Verbesserung wird uns doch Zugeständnisse abverlangen, die notwendig sind, um westliche Interessen nicht ernsthafter zu gefährden: Diese bestehen darin, zumindest ein paar Annehmlichkeiten zu verabschieden – als Konsument höhere Preise zu bezahlen und aus einem kleineren Angebot auszuwählen –, damit wir sie übermorgen nicht vollständig verlieren – in einem Krieg mit der aufbegehrenden südlichen Erdhalbkugel, dessen Vorstellung leider nicht die Ausgeburt des hysterischen Hirns eines Verschwörungstheoretikers ist, sondern die Realpolitik herausfordert.

**||| NASTASJA SASKIA DRESLER**

hat in Kunstgeschichte / Philosophie promoviert  
und ist als Lehrbeauftragte an der LMU München sowie  
als freie Lektorin und Redakteurin tätig.

#### **ANMERKUNG**

- <sup>1</sup> Musil, Robert: Der Mann ohne Eigenschaften, Glaubt der moderne Mensch an Gott oder an den Chef der Weltfirma? Arnheims Unentschlossenheit, Berlin 1930.



# GERECHTIGKEITSPSYCHOLOGISCHE ANALYSE VON AFD-WÄHLERN

**JÖRG GULDEN** ||| Der folgende Artikel erläutert aus gerechtigkeitspsychologischer Perspektive, weshalb sich viele Wähler im Jahr 2016 für die „Alternative für Deutschland“ entschieden haben. Auf Grundlage der Flüchtlingspolitik wird der Zusammenhang zwischen den Gerechtigkeitsdimensionen und der Befürwortung dieser Partei aufgezeigt. Mit Hilfe der gerechtigkeitspsychologischen Analyse von AfD-Wählern werden Implikationen für den Umgang mit der AfD abgeleitet.

## **WAHLERFOLGE UND WAHLPROGNOSEN DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND**

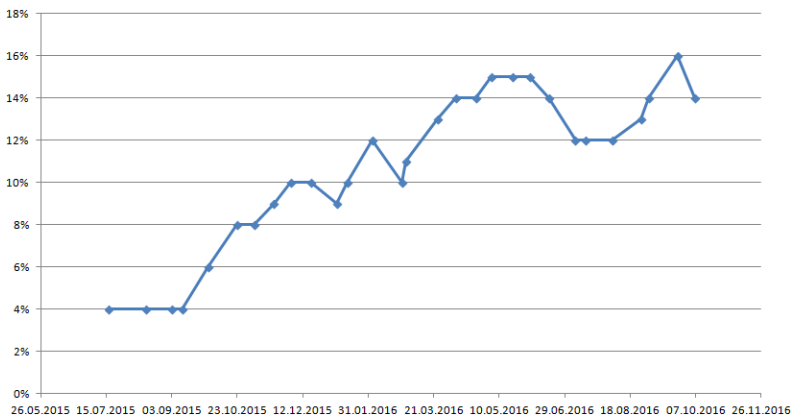
Die Landtagswahlen im März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt veränderten die politische Landschaft in Deutschland grundlegend. Keine der bis dato bestehenden Regierungskoalitionen konnte ihre Mehrheit behaupten, weil die Alternative für Deutschland (AfD) als Partei, die bis dahin in diesen Landtagen nicht vertreten war, in allen drei Bundesländern zweistellige Prozentzahlen erzielte. Ein Stimmenzuwachs für die AfD in einer derartigen Form wurde von den führenden Meinungsforschungsinstituten nicht adäquat vorhergesagt und war ein halbes Jahr zuvor noch undenkbar. Zur Veranschaulichung werden in Übersicht 1 die Prognosen von Infratest-dimap, Forsa und der Forschungsgruppe Wahlen über den Zeitraum eines Jahres vor den drei Landtagswahlen aufgezeigt und dem amtlichen Endergebnis gegenübergestellt.<sup>1</sup>

## Übersicht 1: Wahlprognose und Wahlergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen im März 2016

	Baden- Württemberg	Rheinland-Pfalz	Sachsen-Anhalt	Datum der Prognosen bzw. der Wahlen
Infratest-dimap	4 %			26.03.2015
Forsa	4 %			12.05.2015
Infratest-dimap		3 %		23.07.2015
Infratest-dimap	5 %	4 %	5 %	24.09.2015
Forschungsgruppe Wahlen		6 %		06.11.2015
Forschungsgruppe Wahlen	6 %			20.11.2015
Infratest-dimap	8 %			03.12.2015
Infratest-dimap		7 %		10.12.2015
Forsa	7 %			15.12.2015
Infratest-dimap	10 %	8 %		14.01.2016
Forschungsgruppe Wahlen			15 %	14.01.2016
Forschungsgruppe Wahlen	11 %	9 %		21.01.2016
Infratest-dimap		9 %		11.02.2016
Infratest-dimap	12 %		17 %	18.02.2016
Infratest-dimap	13 %	9 %	19 %	03.03.2016
Forsa	11 %	9 %	18 %	09.03.2016
Forschungsgruppe Wahlen	11 %	9 %	18 %	10.03.2016
Amtliches Endergebnis	15,1 %	12,6 %	24,3 %	13.03.2016

Die Wahlerfolge der AfD im September in Mecklenburg-Vorpommern (20,8 %) und in Berlin (14,2 %) haben dem Aufstieg dieser Partei keinen Abbruch getan. Auch bundespolitisch zeigt sich in Meinungsumfragen seit September 2015 ein nahezu stetiger Stimmenzuwachs für die AfD, wie die Sonntagfrage von Infratest-dimap verdeutlicht.<sup>2</sup>

## Übersicht 2: AfD-Prognosen Bundestagswahl



Angesichts derartiger Wahlerfolge und Umfragehöchstwerte stellt sich die Frage, weshalb sich so viele Menschen für die AfD entscheiden. Etablierte Parteien und Politiker beantworten dies meist mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung oder mit einer gesamt-europäischen Rechtsnationalisierungstendenz. Tiefergehende Erklärungsansätze für das AfD-Wahlverhalten bleiben in der öffentlichen Debatte oftmals unberücksichtigt. Deshalb erörtert die vorliegende Arbeit zunächst die Typologie des „klassischen“ AfD-Wählers anhand soziodemographischer und politischer Aspekte. Anschließend wird das Wahlverhalten von AfD-Wählern aus gerechtigkeitspsychologischer Perspektive analysiert sowie Konsequenzen für den Umgang mit der AfD abgeleitet.



## **POLITISCHE UND SOZIODEMOGRAPHISCHE TYPOLOGISIERUNG DES AfD-WÄHLERS**

Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Analyse, wieso Menschen sich für die AfD entscheiden, ist der „typische“ AfD-Wähler selbst. Um das „Wesen“ bzw. die „Charakteristika“ von AfD-Wählern zu erläutern, bedarf es eines Blickes auf die historische Entwicklung dieser Partei. Die AfD wurde am 6. Februar 2013 im Zuge der Kritik an der Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung gegründet. Die Parteispitze setzte sich aus zahlreichen Bildungsbürgern wie dem Parteivorsitzenden und Volkswirtschaftsprofessoren Bernd Lucke zusammen. Auch die Wählerschaft stammte laut einer Forsa-Umfrage aus dem Juni 2014 eher aus der Ober- und Mittelschicht, von denen über 50 % eine Hochschulreife besaß sowie sich zur politischen Mitte bekannte. Damit unterschied sich der Kern der AfD-Wähler grundlegend vom Wähler klassisch rechtsradikaler Parteien wie der NPD, deren Stimmenanteil sich überwiegend aus wenig gebildeten, eher jüngeren Arbeitern und Arbeitslosen zusammensetzt.<sup>3</sup>

Ab Mitte des Jahres 2014 kam es zu einer zunehmenden Rechtsnationalisierung der AfD, so dass sich die Partei immer mehr für klassisch rechte Wähler öffnete. Diese Rechtsnationalisierung wurde parteiintern am 4. Juli 2015 mit der Abwahl Bernd Luckes als Parteivorsitzenden erkennbar. Fortan stand nicht mehr die Kritik an der Euro-Rettungspolitik, sondern die an der Flüchtlingspolitik im Fokus. Aufgrund des „bürgerlichen Fundamentes“ der Partei aus dem Jahr 2013 und den folgenden Umstrukturierungsprozessen nach „Rechts“ ist die Wählerschaft der AfD vielfältig zusammengesetzt. So zeigen Umfragen von Infratest-dimap zur Landtagswahl in Baden-Württemberg, dass sie in allen Tätigkeitsbereichen (Arbeiter, Angestellte, Selbstständige, Rentner, Arbeitslose) zweistellige Prozentzahlen erreicht, die höchsten Werte liegen jedoch bei Arbeitern und Arbeitslosen. Die AfD wird außerdem in allen Altersgruppen gewählt, wobei die Stimmanteile bei den 25- bis 44-Jährigen am höchsten sind. Nach einer vorherigen Operationalisierung von Bildung wähl-

ten laut einer Umfrage von Infratest-dimap unter allen Baden-Württembergern mit hoher Bildung 11 % die AfD. Die Ergebnisse in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin weisen ähnliche Strukturen auf.<sup>4</sup> Folglich sind die AfD-Wahlerfolge nicht auf einzelne Bevölkerungsgruppen wie Arbeitslose zurückzuführen, sondern wurzeln in einer breiten Verankerung in sämtlichen sozialen Schichten und Altersgruppen. Kernmerkmal des AfD-Wählers ist der Protest gegenüber anderen Parteien und der aktuellen Politik, nicht soziodemographische Variablen. So wählten in Baden-Württemberg nur 21 % der AfD-Wähler aus Überzeugung ihre eigene Partei, während sich 70 % für die AfD aus Enttäuschung gegenüber anderen Parteien entschieden. Vielen AfD-Wählern fehlt das Vertrauen in die derzeitige Staatsführung. Sie fühlen sich gerade im Hinblick auf die aktuelle Flüchtlingspolitik ungerecht behandelt, weshalb im nachfolgenden Kapitel das Wahlverhalten von AfD-Sympathisanten gerechtigkeitspsychologisch analysiert wird.<sup>5</sup>

## **ANWENDUNG DER GERECHTIGKEITSPSYCHOLOGIE AUF AfD-WÄHLER**

Die grundlegende Hypothese lautet: AfD-Wähler empfinden Ungerechtigkeit von Seiten etablierter Parteien und Politiker, aber auch von Medien und flüchtlingsfreundlichen Kreisen. Dies betrifft die Verteilungs-, Verfahrens- und Interaktionsgerechtigkeit.

### **Verteilungsgerechtigkeit**

In allen demokratisch legitimierten Staaten herrscht ein gesamtgesellschaftlicher Verteilungskonflikt, bei dem die Leistungsgerechtigkeit der Bedürfnisgerechtigkeit gegenübersteht.<sup>6</sup>

Die auf dem Equity-Prinzip beruhende Leistungsgerechtigkeit impliziert, dass eine Verteilung von Gütern dann gerecht ist, wenn jedes Individuum eines Kollektivs genau das erhält, was es zur Entstehung der Güter beigetragen hat. Aus Sicht des AfD-Wählers haben

die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge nichts zur gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt beigetragen. Obwohl sie nie in die deutschen Sozialsysteme eingezahlt haben, belasten ihre Versorgung, Unterkunft und Integration den deutschen Steuerzahler in einem erheblichen Ausmaß.<sup>7</sup> Hans-Werner Sinn spricht von langfristig über 450 Milliarden Euro zusätzlicher Kosten bei einer Million ankommender Flüchtlinge.<sup>8</sup> Neben den offensichtlichen Steuerausgaben und staatlichen Zuwendungen tritt bei politischen Verteilungsfragen der so genannte Fixed-Pie-Bias auf, d. h. bei der Gerechtigkeitsbewertung geht man implizit davon aus, dass die Summe der zu verteilenden Arbeitsplätze, Wohnungen, etc. konstant bleibt. Dass durch Zuwanderung neue Arbeitsplätze bzw. Wohnungen entstehen können, wird aufgrund des Fixed-Pie-Bias ausgeklammert, wodurch eine starke Konkurrenzsituation aufkommt und Gerechtigkeitskonflikte implizit verschärft werden.<sup>9</sup>

Im Gegensatz zur Leistungsgerechtigkeit betont das Prinzip der Bedürfnisgerechtigkeit individuelle Bedürfnisse unabhängig von der erbrachten Leistung. Demnach sind Verteilungen dann gerecht, wenn jedes Individuum eines Kollektivs genau das erhält, was er oder sie braucht. Zweifelsohne steht fest, dass gerade in Deutschland ankommende Flüchtlinge viel materielle und immaterielle Unterstützung benötigen. Dennoch stellen für die meisten AfD-Wähler die Konsequenzen des Bedürfnisprinzips bezogen auf Flüchtlinge keinen Widerspruch zum dargestellten Leistungsprinzip dar. Denn Menschen fällen ihre Gerechtigkeitsurteile auf Grundlage sozialer Beziehungen zueinander. Im Sinne des so genannten Parochialismus bzw. Anti-Foreign-Bias werden die Bedürfnisse der zur eigenen Gruppe gehörenden Personen (Ingroup) höher gewichtet als von Außenstehenden (Outgroup). Flüchtlinge sind für AfD-Wähler nicht Teil der Ingroup, dem staatliche Zuwendung zukommen sollte. Die Bedürfnisgerechtigkeit gilt für AfD-Wähler somit ausschließlich im nationalen Rahmen, nicht für aus anderen Kontinenten stammende Flüchtlinge.<sup>10</sup> Dieses Phänomen des Parochialismus besteht nicht

nur bei AfD-Wählern, sondern bei weiten Teilen der Bevölkerung. So zeigt sich, dass die Bereitschaft zur Leistung von Sozialausgaben in Ländern mit hohen Einwanderungsraten deutlich abnimmt, weil die Reicheren weniger Gemeinsamkeiten mit ärmeren Bevölkerungsgruppen sehen, da diese sich verstärkt aus Immigranten zusammensetzen. Eine fehlende gemeinsame kulturelle und nationale Identität kann somit langfristig solidarisches Engagement der einheimischen Bevölkerung in seiner Gänze gefährden. Entwicklungsökonom Collier folgt dieser Argumentationslinie und sieht daher viele verteilungsgerechte Sorgen und Ängste der AfD-Wähler als rational begründet an.<sup>11</sup>

### Verfahrensgerechtigkeit

Die Verfahrens- oder auch prozedurale Gerechtigkeit beschreibt im Gegensatz zur Verteilungsgerechtigkeit nicht die Ergebnisse einer Verteilung, sondern das Zustandekommen dieser Ergebnisse durch ein mehr oder weniger gerechtes Verfahren. Tyler beschreibt vier Bedingungen prozeduraler Gerechtigkeit.<sup>12</sup> Alle vier sehen AfD-Wähler im Zuge der Flüchtlingspolitik verletzt. Erstens sollte es Menschen möglich sein, ihren Standpunkt zu vertreten und gehört zu werden. Diese „Voice“-Bedingung wird aus AfD-Sicht von flüchtlingsfreundlichen Kreisen und führenden Politikern zu unterbinden versucht, wie u. a. die Neujahrsansprache von Kanzlerin Merkel hinsichtlich der Pegida-Bewegung zeigt („Deshalb sage ich allen, die auf solche Demonstrationen gehen: Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen!“). Zweitens zweifeln viele AfD-Wähler an der Neutralität der politischen Entscheidungsträger. Sie betrachten Merkel als eine Kanzlerin, die den Flüchtlingen aus weit entfernten Ländern näher steht als dem eigenen Volk. Aufgrund dessen vertrauen sie drittens den Motiven dieser politischen Entscheidungsträger nicht mehr. Denn viele Beweggründe bleiben beim Ausspruch „Wir schaffen das!“ unklar. Es wird nicht erklärt, wie die Flüchtlingskrise bewältigt werden kann bzw. welche Chancen sich daraus ergeben können.

Taylors vierte Bedingung beinhaltet den respektvollen Umgang mit den Betroffenen. Auch diese Grundlage erscheint für AfD-Wähler verletzt, weil sie bei einem öffentlichen Bekenntnis für die AfD bzw. gegen die Flüchtlingspolitik häufig als „Nazis“ diffamiert werden. Zusammenfassend sehen sich AfD-Wähler in die politischen Entscheidungen insbesondere zur Flüchtlingspolitik nicht einbezogen, sogar im gesamten Verfahrensprozess ausgeschlossen, obwohl sie sich selbst als Basis unseres Staates verstehen, wie der demonstrative Ausspruch „Wir sind das Volk!“ verdeutlicht.<sup>13</sup>

### Interaktionsgerechtigkeit

Die Interaktionsgerechtigkeit umfasst den sozialen und kommunikativen Austausch zwischen politischen Entscheidungsträgern, Medien und AfD-Wählern. Bei der Interaktionsgerechtigkeit wird zwischen interpersonaler und informationaler Gerechtigkeit unterschieden. Die interpersonale Gerechtigkeit betrifft den fairen Umgang mit den Betroffenen durch die Entscheidungsträger. Wie bereits bei der Verfahrensgerechtigkeit dargestellt, ist dieser faire Umgang mit AfD-Wählern nur bedingt vorhanden. Ihre Ängste und Sorgen werden in Debatten vernachlässigt, Unterstützung von Seiten regierender Politiker bleibt oftmals aus. Stattdessen werden aus Sicht der AfD Meinungen rechts der CDU von Medien und Politikern diskreditiert, so dass die interpersonale Gerechtigkeit fragwürdig bleibt. Dies gilt auch für die informationale Gerechtigkeit. Sie umfasst die Informationsqualität und -quantität, die die Bevölkerung über Vorgehen und Konsequenzen der Flüchtlingspolitik erhält.<sup>14</sup> Die entscheidende Rolle nimmt hierbei die politische Medienlandschaft in Deutschland ein. Wie Umfragen unter Politikjournalisten zeigen, bekennen sich unter diesen nur 9 % zur CDU/CSU, aber 27 % zu den Grünen, wobei sich 36 % keiner Partei zuordnen. Dies spiegelt in keinsten Weise das Stimmgewicht von CDU/CSU und Grünen im Bundestag und in den Landtagen wieder.<sup>15</sup> Es gibt eine systematische Verzerrung des Politjournalismus nach links, was die kritische

Haltung von AfD-Sympathisanten gegenüber der deutschen Medienlandschaft mitbegründet („Lügenpresse“). Deshalb entscheiden sich so viele Menschen, trotz oder gerade wegen der medialen Anprangerung der AfD, diese Partei aus Protest zu wählen.

## **GERECHTIGKEITSPSYCHOLOGISCHE IMPLIKATIONEN FÜR DEN UMGANG MIT DER AfD**

Wie im vorherigen Kapitel veranschaulicht, hilft die Gerechtigkeitspsychologie, Meinungen und Argumente von AfD-Wählern besser zu verstehen und mit diesen besser umgehen zu können. Dadurch bietet sie für politische Parteien Ansatzpunkte, um Wähler von der AfD zurückzugewinnen. Diese werden im Folgenden dargestellt.

### **Verteilungsgerechtigkeit**

Gerade SPD-Politiker haben das verteilungsgerechte Konfliktpotenzial erkannt. So forderte Sigmar Gabriel bereits im Februar ein „neues Solidaritätsprojekt für unsere eigene Bevölkerung“. <sup>16</sup> Allerdings sehen AfD-Wähler mit niedrigerem sozioökonomischem Status die versprochenen Sozialausgaben angesichts Milliardenausgaben für Flüchtlinge als zu gering an bzw. halten Versprechen aktueller Regierungspolitiker ohnehin für unglaubwürdig. Die beachtliche Anzahl reicherer AfD-Wähler hingegen würde ein weiteres staatliches Finanzierungsprojekt von „oben“ nach „unten“ im Sinne der Leistungsgerechtigkeit ablehnen. Daher setzte diese mediale Initiative der SPD gerechtigkeitspsychologisch an der falschen Ursache bzw. zu einem zu späten Zeitpunkt an. Denn das Ungerechtigkeitserleben wird dadurch nicht geschmälert, es ist für viele AfD-Sympathisanten eher ein Eingeständnis einer vergangenen „ungerechten“ Politik und bestärkt sie in ihrem aktuellen Protest. Gerechtigkeitspsychologisches Umdenken manifestiert sich vielmehr im Kleinen, auf individueller Ebene. So können im Rahmen kommunaler Initiativen Flüchtlinge verstärkt in Vereine (Sport, Gesang, Feuerwehr

etc.) eingebunden werden. Erst durch persönlichen Austausch und insbesondere gemeinsame Erfolge im Verein oder Beruf können Flüchtlinge als Teil der Ingroup wahrgenommen werden. Aufgrund dieser Ingroup-Wahrnehmung und damit einhergehenden Ablegung des Parochialismus würde das Konzept der Bedürfnisgerechtigkeit auch auf die Flüchtlinge angewendet werden. Dadurch wird empfundene Ungerechtigkeit durch die Asylpolitik nachhaltiger reduziert als durch politische Forderungen nach einem Solidaritätspaket.<sup>17</sup>

### Verfahrensgerechtigkeit

Im Zuge von Euro- und Flüchtlingskrise hat die AfD das verfahrensgerechte Konfliktpotenzial erkannt und verschärft dieses durch scharfe Opposition an der Bundesregierung. Um ein gerechtes politisches Verfahren zu gewährleisten, fordert die AfD Volksentscheide auf Bundesebene. Dieses basisdemokratische Prinzip sollten sich auch etablierte Parteien zu Nutze machen. Denn bei korrekt durchgeführten Volksentscheiden werden die Meinungen aller berücksichtigt. Äußerungen wie „Wir sind das Volk!“ wird der politische Nährboden durch direktdemokratische Beteiligungsrechte entzogen. Zudem sollten sich etablierte Parteien darum bemühen, die Transparenz der Hintergründe für politische Entscheidungen zu erhöhen. Wie TTIP oder die autoritären Entscheidungen zur Flüchtlingskrise zeigen, sollten diese offen gelegt werden, um Protestpotenzial zu minimieren. Dies hätte nicht nur auf die Verfahrens-, sondern auch auf die Interaktionsgerechtigkeit positive Auswirkungen.<sup>18</sup>

### Interaktionsgerechtigkeit

Offene, transparente, politische Entscheidungsprozesse erhöhen die wahrgenommene interpersonale und informationale Gerechtigkeit. Gerade in der Flüchtlingskrise war aber oftmals unklar, wer und wie viele Menschen nach Deutschland kommen. So fühlten sich viele Menschen aufgrund dieser spekulativen Lage mit Bildern von hunderten jungen Flüchtlingen bedroht. Aber nicht nur politische

Intransparenz, sondern auch der mediale Umgang mit der AfD ist gerechtigkeitspsychologisch kritisch zu sehen. Denn wie die vergangenen Monate verdeutlichen, vermindert die öffentliche Diffamierung der AfD nicht ihren Erfolg, sondern verstärkt ihn vielmehr. Dies lässt sich durch das Konzept der informationalen Gerechtigkeit begründen. Demnach fühlen sich AfD-Sympathisanten sowohl politisch als auch medial nicht mehr adäquat vertreten. Aufgrund der „linken Lügenpresse“ weichen sie auf oftmals rechte Internetplattformen aus und werden in ihrem Protestwahlverhalten bestärkt. Eine neutrale inhaltliche oder wissenschaftliche Analyse der AfD bleibt in der deutschen Presselandschaft oftmals aus, wäre aber dringend notwendig.<sup>19</sup>

## FAZIT

Von Seiten der Verteilung, des Verfahrens sowie der Interaktion im Zuge der Flüchtlingspolitik erleben AfD-Wähler Ungerechtigkeit. Im Allgemeinen stellt empfundene Ungerechtigkeit in Familien, Freundeskreisen, Unternehmen, staatlichen Institutionen und vielem mehr den Ausgangspunkt für Konflikte und destruktives Verhalten dar. Dieses destruktive Verhalten äußert sich politisch in einem Protestwahlverhalten. So wählt der Großteil der AfD-Wähler die AfD nicht aufgrund der Sympathie zu dieser Partei und ihren führenden Politikern, sondern aus Protest gegen Merkel, die Regierung und das ganze „System“. Als wesentlicher Ausgangspunkt des Stimmzugewinns der AfD gilt die Entscheidung Merkels vom 4. September 2015, die in Budapest festsitzenden Flüchtlinge ohne Registrierung durch Ungarn nach Deutschland einreisen zu lassen. Zu diesem Zeitpunkt lag die AfD nach dem Austritt Luckes und infolge interner Machtkämpfe bei bundesweiten Umfragen nur noch bei 4%.<sup>20</sup> In Publikationen prognostizierten Journalisten wie Schmid bereits einen fortschreitenden Niedergang der AfD.<sup>21</sup> Erst durch die „Politik der offenen Grenzen“ wurde diese Partei zu neuem Leben



erweckt. Die damit einhergehende Masseneinwanderung (Verteilungsgerechtigkeit), die autoritäre Aussetzung bestehender Gesetze wie dem Dublin-Abkommen (Verfahrensgerechtigkeit) sowie die mediale und politische Anpreisung einer „Willkommenskultur“ mit gleichzeitiger Diffamierung Andersdenkender (Interaktionsgerechtigkeit) schufen ein Fundament gerechtigkeitspsychologischen Protests, auf dem die AfD-Wahlerfolge bis heute fußen.

Die Gerechtigkeitspsychologie ermöglicht eine differenzierte Auseinandersetzung mit dieser Partei. Genauso wie die AfD Fragen der Gerechtigkeit aufgreift, um Protest weiter auszubauen, können etablierte Politiker, Parteien und Medien auf Wahrnehmungen der Verteilungs-, Verfahrens- und Interaktionsgerechtigkeit einwirken. Eine individuumsbezogene Integration von Flüchtlingen in Verein und Beruf, eine Ermöglichung bundesweiter Volksentscheide, eine höhere Transparenz für politische Entscheidungen sowie eine wissenschaftliche Analyse der AfD ohne mediale Diffamierung sollten einen Beitrag dazu leisten, die Wahlerfolge der AfD in Zukunft abzuschwächen bzw. dieser erste Wahniederlagen beizubringen.

**||| JÖRG GULDEN**

begann im Oktober 2012 das Studium der Psychologie  
an der Katholischen Universität Eichstätt.  
Nach erfolgreichem Bachelorabschluss im Jahr 2015  
wird er im September 2017 sein Masterstudium  
in Eichstätt abschließen.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/baden-wuerttemberg.htm>;  
<http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/rheinland-pfalz.htm>;  
<http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen-anhalt.htm>,  
Stand: 15.10.2016.
- <sup>2</sup> <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>,  
Stand: 12.10.2016.
- <sup>3</sup> Bebnowski, David: Die Alternative für Deutschland – Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden 2015; Decker, Frank: Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Die Alternative für Deutschland – Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, hrsg. von Alexander Häusler, Wiesbaden 2016, S. 7-24; <http://www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehlt-3172084.html>, Stand: 5.10.2016.
- <sup>4</sup> <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/>, Stand: 15.10.2016.
- <sup>5</sup> Bebnowski: Die Alternative für Deutschland; Decker: Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht, S. 7-24; <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/>, Stand: 15.10.2016.
- <sup>6</sup> Gollwitzer, Mario / Lotz, Sebastian / Schlösser, Thomas M. / Streicher, Bernhard: Soziale Gerechtigkeit. Was unsere Gesellschaft aus den Erkenntnissen der Gerechtigkeitspsychologie lernen kann, Göttingen 2013.
- <sup>7</sup> Bebnowski: Die Alternative für Deutschland.
- <sup>8</sup> <http://www.welt.de/wirtschaft/article151713703/Warum-geschlossene-Grenzen-auch-Freiheit-bedeutet.html>, Stand: 15.10.2016.
- <sup>9</sup> Gollwitzer / Lotz / Schlösser / Streicher: Soziale Gerechtigkeit.
- <sup>10</sup> Ebd.
- <sup>11</sup> <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/paul-collier-ueber-angela-merkels-fluechtlingspolitik-14068937.html>, Stand: 12.10.2016.
- <sup>12</sup> Tyler, Tom R.: Social Justice. Outcome and procedure, in: International Journal of Psychology 35/2000, S. 117-125.
- <sup>13</sup> Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven: PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016.
- <sup>14</sup> Gollwitzer / Lotz / Schlösser / Streicher: Soziale Gerechtigkeit.
- <sup>15</sup> <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/163740/umfrage/parteipraeferenz-von-politikjournalisten-in-deutschland/>, Stand: 15.10.2016.
- <sup>16</sup> <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-sigmar-gabriel-fordert-solidaritaetsprojekt-fuer-deutsche-a-1079392.html>, Stand: 15.10.2016.

- <sup>17</sup> Bebnowski: Die Alternative für Deutschland; Gollwitzer / Lotz / Schlösser / Streicher: Soziale Gerechtigkeit.
- <sup>18</sup> Decker: Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht, S. 7-24; Gollwitzer / Lotz / Schlösser / Streicher: Soziale Gerechtigkeit.
- <sup>19</sup> Vorländer / Herold / Schäller: PEGIDA: Entwicklung; Gollwitzer / Lotz / Schlösser / Streicher: Soziale Gerechtigkeit.
- <sup>20</sup> <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>, Stand: 12.10.2016.
- <sup>21</sup> <http://schmid.welt.de/2015/07/08/der-abstieg-der-afd/>, Stand: 12.10.2016.

# DIE „ANDEREN“ MÜSSEN SICH UNS ANPASSEN – IN ORDNUNG, ABER AN WAS GENAU?

**VERONIKA SCHRECK** ||| Nach Schema F wird eine Balance zwischen deutschen Grundwerten, Rechtsstaat und Demokratie einerseits und der kulturellen Vielfalt der Einwanderer andererseits kaum zu erreichen sein. Ausgangspunkt muss aber sein, dass wir darüber nachdenken, was wir unter unserer Kultur und Demokratie verstehen und was unsere Grundwerte sind. Denn wenn sich Flüchtlinge an etwas anpassen sollen, dann müssen wir und sie wissen, an was.

„Game of Thrones“ ist zurzeit die beliebteste Fernsehserie der Welt.<sup>1</sup> Das Fantasy-Epos basiert auf der Buchreihe „Das Lied von Eis und Feuer“ von George R. R. Martin<sup>2</sup> und befasst sich vordergründig mit dem Spiel mehrerer adeliger Familien um den Thron des Phantasielandes Westeros. Martins Leser weiß jedoch, dass eine andere Gefahr droht: die „Anderen“ wollen das Reich invadieren und mit ihnen kommt ein Winter, der möglicherweise Jahrzehnte andauern und der Bevölkerung von Westeros schlimm zusetzen wird. Auch in Deutschland herrschen Ängste vor, dass die zu uns gekommenen Flüchtlinge einer Lawine (Wolfgang Schäuble)<sup>3</sup>, einem Strom oder einer Welle gleichkommen. Bei all diesen Ausdrücken schwingt mit, dass das bisher Bestehende überrollt wird. Was also tun, wenn wir uns dem Überrollen durch die „Anderen“ gegenübersehen?

## DER BLICK ÜBER DEN TELLERRAND

Hilfreich kann bei der Beantwortung dieser Frage der Blick über den eigenen Tellerrand sein – und das meine ich sowohl räumlich als auch zeitlich. Was passiert, wenn viele Menschen in ein Land einwandern? Zunächst das räumliche Beispiel: die USA. Die Vereinigten Staaten gelten als *das* Einwanderungsland schlechthin. Die Urbevölkerung spielt keine wirkliche Rolle mehr und die jetzige US-amerikanische Bevölkerung besteht aus ehemaligen Immigranten, weshalb man meinen sollte, dass sie Einwanderern eine besondere Sympathie entgegenbringen würde. Doch dies ist ganz eindeutig nicht der Fall. Sonst würde ein Donald Trump, der im Präsidentschaftswahlkampf damit wirbt, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, nicht einen solchen Zuspruch erhalten. Wahre Toleranz wird allerdings nicht nur potenziellen neuen Immigranten verweigert, sondern auch der eigenen Gesellschaft. Im *melting pot* USA ist der Rassismus immer noch weit verbreitet, wie am Todesfall des afroamerikanischen Schülers Michael Brown in Ferguson, Missouri, aus dem Jahr 2014 und den darauffolgenden Protesten gegen rassistische Polizeigewalt im ganzen Land deutlich wurde.<sup>4</sup> Als historisches Beispiel kann Indien angeführt werden. Die indogermanischen Arier sind vor Jahrtausenden von Norden her nach Indien eingewandert.<sup>5</sup> Dort haben sie sich zwar teilweise mit der Urbevölkerung vermischt, ihre Nachkommen sind aber heute in der indischen Oberschicht – also in den oberen Kasten – zu finden. Ganz im Gegensatz dazu stehen die Erben der indischen Urbevölkerung, die die unteren Kasten, die *Dalits*, die auch als Unberührbare bezeichnet werden, und die *Adivasi*, also die in Stammesgruppen organisierten Bevölkerungsteile, ausmachen und dadurch die unteren Schichten der indischen Gesellschaft stellen.<sup>6</sup> Es gibt sicherlich viele weitere Beispiele, doch sollen diese beiden als Extremfälle verdeutlichen, dass es bei einer massenhaften Immigration nicht automatisch zu Integration, Akzeptanz und Toleranz kommt – und zwar weder von denjenigen, die einwandern, noch von denjenigen, zu denen eingewandert wird.

Damit diese Fälle in Deutschland nicht eintreten, ist eine tiefgehende Beschäftigung und Analyse vonnöten, wobei nicht nur aufkommende Ängste thematisiert werden, sondern nach Lösungen gesucht werden muss, die allen zuträglich sind. Dies gilt umso mehr, da es sich hierbei um eine Entwicklung handelt, die unser Land – nicht nur kurzfristig – in Atem halten wird.

Nachdem die Buchserie „Das Lied von Eis und Feuer“ noch nicht vollendet ist, lassen sich bislang nur Vermutungen darüber anstellen, wie Martin die Auswirkungen seiner Flüchtlings-„Welle“ auflösen wird. Seinen Text kann man zum Beispiel auch auf andere Art und Weise interpretieren als die Charaktere dies tun. Was ist, wenn die „Anderen“ gar keine Invasoren sein wollen? Vielleicht fliehen sie auch vor etwas und wollen schlichtweg überleben. Dass zusammen mit ihnen ein für Menschen lebensgefährlicher Winter kommt, ist ebenfalls nicht gesichert, sondern ist lediglich eine Vermutung, die mittels Geschichten überliefert wurde. Denn der Leser und die Bewohner von Westeros wissen dies nur aus Erzählungen. Diese Parallele lässt sich auch auf die „Herausforderung: Einwanderung“ übertragen. Denn ob die Flüchtlinge, die zu uns kommen, uns überfordern und es zu einer „Islamisierung des Abendlandes“ oder zu ähnlichen Szenarien kommen wird, sind bislang nur Vermutungen. Damit stellt sich die Frage: Herausforderung für wen? Denn eine Herausforderung ist es sowohl für uns als auch für die 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits in Deutschland leben, und für die Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren Zuflucht bei uns gesucht haben.

## **DIE EIGENE ANGST ÜBERWINDEN**

Ein erster Schritt, um die Einwanderung und tatsächliche Einbeziehung – ich vermeide absichtlich die Debatte um Integration oder Inklusion – der Flüchtlinge in Deutschland zu erreichen, wäre, sich nicht von Schwarzmalerei beeinflussen zu lassen und diese nicht als die „Anderen“ zu sehen. Denn nur, wenn wir die Lage nüchtern

einschätzen, können wir auch die für alle beste Lösung finden. Dazu müssen wir, und zwar jeder Einzelne von uns, aber unsere Angst überwinden. Ja, es sind viele Menschen zu uns gekommen. Ja, viele dieser Menschen gehören einer anderen Religion an und haben eine von unserem Gesellschaftsbild abweichende Sicht auf das menschliche Zusammenleben. Ja, es gibt auch unter den Flüchtlingen eher gute Menschen und solche, die dies eher nicht sind. Doch wir wissen nicht, was die Zukunft bringt. Aber Angst vor ihr bringt niemandem etwas. Um diese Angst vor den „Anderen“ zu überwinden, sind Kommunikation und Kontakt mit- und zueinander der einzig gangbare Weg. Damit meine ich nicht, dass man ein paar nette Worte mit dem Flüchtling um die Ecke wechselt oder dass man nett lächelt, wenn man aneinander vorbeiläuft. Ein wirklicher Kontakt zueinander bedarf tatsächlicher Anstrengung – und das auf beiden Seiten.

Problematisch daran ist, dass Flüchtlinge den Kontakt zueinander suchen und nicht unbedingt den Anschluss an Deutsche. Und das ist auch verständlich. Sie sprechen bei ihrer Ankunft in Deutschland in der Regel nicht die Sprache und finden sich in einem völlig anderen Land wieder, das von einer Kultur, einer Religion, einem Menschenbild und einem Gesellschaftswesen geprägt ist, die von denjenigen abweichen, die sie von zu Hause gewohnt sind. Natürlich unterhält man sich dann eher mit Menschen, die einen ähnlichen Hintergrund haben wie man selbst. Bei der Ankunft in Deutschland hat ein Flüchtling auch nur wenig andere Möglichkeiten. In der Sammelunterkunft oder in dezentralen Häusern verbringen sie die meiste Zeit mit anderen Flüchtlingen. Die Helferkreise, die sich vielerorts gebildet haben, und die Mitarbeiter der Verwaltungen sind häufig der einzige oder erste Kontakt der Flüchtlinge zu „den Deutschen“. Bis der Antrag auf Bleiberecht bearbeitet wurde, der Flüchtling eine eigene Wohnung und eine Arbeitsstelle gefunden hat, vergehen mehrere Monate, wenn nicht mehr. Solange besucht er Deutschkurse und eventuell einen Gesellschaftskurs, der ihm näherbringen soll, welche Normen für den Alltag in Deutschland gelten. Die tatsächli-

che Anwendung des dort Erlernen bleibt jedoch meist (lange) aus. Dadurch ergibt sich häufig eine Ghettoisierung, die einer Einbeziehung der Flüchtlinge und der Kontaktsuche beider Seiten nur abträglich sein kann.

### **GRUNDRECHTE STEHEN NICHT ZUR DISPOSITION**

Ein Bemühen um Kontakt und Kommunikation und darum, Flüchtlinge nicht als die „Anderen“ zu sehen, heißt natürlich keineswegs, dass wir naiv an die Sache herangehen dürfen oder dass nicht gewisse Erwartungen gestellt werden können. Denn wir wissen tatsächlich nicht, wer alles in unser Land gekommen ist. Und uns ist durchaus bewusst, dass das Gros der Angekommenen einen völlig anderen kulturellen Hintergrund hat als wir. Deshalb muss von politischer und verwaltender Seite jeder einzelne Flüchtling überprüft werden. Und wenn sich jemand nicht an die bei uns geltenden Regeln hält, müssen drastische Konsequenzen gelten. Hier Milde walten zu lassen wäre ein fataler Fehler. Aber wenn wir von Flüchtlingen erwarten, dass sie sich an „unsere Regeln“ halten, was meinen wir dann damit? Die ersten Schlagworte, die sowohl am Stammtisch als auch in den Qualitätsmedien genannt werden, sind die „Anerkennung unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates“ und die „Akzeptanz unserer Grundwerte“. Gut und schön. Aber was muss man sich darunter vorstellen?

Darauf kann hier natürlich keine abschließende Antwort gegeben werden. Dies soll vielmehr ein Apell sein, damit wir uns selbst mit unseren Wurzeln und unseren Überzeugungen befassen. Der Skandinavist Rudolf Simek meint beispielsweise, dass das heutige Abendland aus der römischen Kultur, der griechischen Bildung, der christlichen Religion und der germanischen Energie – dem *furor teutonicus* – hervorgegangen sei.<sup>7</sup> Ob dies zutrifft oder nicht, sei dahingestellt. Zentral für ein gelingendes Zusammenleben aller, die sich auf deutschem Boden befinden, ist jedoch, dass darüber diskutiert wird, was uns ausmacht – und zwar sowohl in intellektuellen



Kreisen, in Medien, in Schulklassen, in Familien und an Stammtischen.

Was dabei nicht zur Disposition stehen kann, sind die Rechte, die in unserem Grundgesetz verankert sind. Wer als Einwanderer zu uns kommt und gegen die Grundrechte verstößt, sollte nicht länger bei uns bleiben dürfen. So viel kann man auch von Neuankömmlingen erwarten. Dies muss natürlich entsprechend vermittelt werden. Und eines ist doch klar: „Die Flüchtlinge“, wenn man das so sagen kann, haben sich Europa und Deutschland als Zielland ausgesucht. Dies hat bei vielen Flüchtlingen neben Aspekten der Wirtschaft und Sicherheit sicher auch mit unserer freiheitlichen Gesellschaft zu tun. Deshalb können Forderungen danach, dass „wir“ und „die“ uns in der Mitte treffen sollen, als falsche Toleranz direkt zurückgewiesen werden. Natürlich gilt Religionsfreiheit für alle in Deutschland, allerdings geht dies nur, solange das nicht gegen das Grundgesetz verstößt und die Grundrechte anderer beschneidet.

### **MIT ALTEM UND NEUEM AUSEINANDERSETZEN**

Um allerdings nicht nur potenzielle Schwierigkeiten darin zu sehen, dass so viele Menschen nach Deutschland gekommen sind, will ich noch kurz einen Exkurs wagen. In der Sendung „Denker des Abendlandes“ auf BR-alpha behandelten Willi Vossenkuhl und Harald Lesch einen Teil dessen, was unser Weltbild prägte und prägt, nämlich Philosophen und Wegbereiter unserer Kultur. Neben vielen anderen interessanten Aspekten zog Vossenkuhl, mittlerweile emeritierter Professor für Philosophie an der LMU München, Bilanz aus den Einsichten der Vorsokratiker und stellte dabei fest:

„Weißt du, was ich so interessant finde – auch im Vergleich zu heute. Wir denken ja heute, dass die Sonne aus den wirtschaftlich erfolgreichen Regionen der Welt scheint. Und da scheint es irgendwie naturgegeben oder fast wie ein Naturgesetz zu sein, dass wir Europäer, die Amerikaner, die Japaner und inzwischen auch die Chinesen und Singapurer und was auch immer, dass da auch die

interessantesten geistigen Entwicklungen stattfinden. Weil da gibt es Geld, da gibt es Kultur, da wird Kunst betrieben und so weiter. Wenn man sich jetzt überlegt, warum diese enormen Fortschritte in der Vernunftentwicklung in der griechischen Klassik stattgefunden haben, dann muss man feststellen, dass die interessantesten Figuren gar nicht in den Zentralen, also vergleichsweise USA, Europa etc. saßen, sondern an der Peripherie. Milet war Peripherie. Elea war Peripherie, Italien, in Unteritalien. Zwar besiedelt von Griechen, meistens, aber relativ schütter, weil drum herum noch eine Menge anderer waren. Sizilien, immer schon heftig umstritten, nicht wirklich konsolidiert. Das heißt, das Interessante ist, dass die großen Köpfe, bevor in Athen dann die klassische Periode beginnen konnte [...], die großen ersten Schritte fanden irgendwo ganz anders statt. Das heißt, wenn du das jetzt wieder zurück überlegst in unsere Zeit, ist doch die Frage, wo tut sich denn was. Bei uns? Wenn es analog ist, wohl weniger. Das heißt, wir müssen vielleicht ein bisschen die Ohren aufsperrern und die Augen aufmachen und gucken, wo so Eleaten sind oder Milesier, ja? Also wo sich am Rande dieser doch recht behäbig gewordenen, etwas dick gewordenen und langsam gewordenen Kultur etwas Neues tut.“<sup>8</sup>

Unsere Kultur ist in der Tat behäbig geworden. Vielleicht tut uns die Auseinandersetzung mit dem Neuen – das Flüchtlinge und Immigranten mit sich bringen – und mit dem Alten – nämlich mit dem, was uns ausmacht, mit dem wir uns meiner Meinung nach dringend beschäftigen müssen – schlussendlich gut. Wer weiß, was die Zukunft bringt.

Welche Ansätze könnte man also verfolgen, um eine Balance zwischen deutschen Grundwerten, Rechtsstaat und Demokratie einerseits und der kulturellen Vielfalt der Einwanderer andererseits zu erreichen? Ein Patentrezept kann es dafür sicherlich nicht geben. Dafür sind zu viele unterschiedliche Gruppen beteiligt – und zu viele einzelne Menschen, die teilweise Fürchterliches erlebt haben. Um allerdings einen Anfangspunkt zu finden, müssten wir uns zunächst

einmal überlegen, was wir selbst unter unserer Kultur und unserer Demokratie verstehen und was unsere Grundwerte überhaupt sind. Denn wenn sich Flüchtlinge an etwas anpassen sollen, dann müssen wir und sie wissen, an was.

||| **VERONIKA SCHRECK**

ist Journalistin, Kommunalpolitikerin und promoviert im Fachgebiet Demokratieforschung an der Philipps-Universität Marburg.

**ANMERKUNGEN**

- <sup>1</sup> <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.beliebteste-serie-der-welt-zehn-verblueffende-fakten-zu-game-of-thrones.312a4730-e042-4fd1-bcb4-31ed74f636b.html>, Stand: 24.10.2016.
- <sup>2</sup> Martin, George R. R.: *A Game of Thrones / A Clash of Kings / A Storm of Swords / A Feast for Crows / A Dance with Dragons*, New York 2011.
- <sup>3</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/wolfgang-schaeuble-warnt-vor-lawine-in-fluechtlingskrise-13907768.html>; Stand: 24.10.2016.
- <sup>4</sup> [http://www.nytimes.com/interactive/2014/11/25/us/evidence-released-in-michael-brown-case.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/interactive/2014/11/25/us/evidence-released-in-michael-brown-case.html?_r=0), Stand: 24.10.2016.
- <sup>5</sup> Chaturvedi, Archana / Kumar, Raj: *Democracy in Indian Politics*, New Delhi 2014, S. 3.
- <sup>6</sup> Meisig, Konrad: *Shivas Tanz – Der Hinduismus*, Freiburg im Breisgau 2003, S. 159; Ihlau, Olaf: *Weltmacht Indien – Die neue Herausforderung des Westens*, Bonn 2006, S. 47.
- <sup>7</sup> <http://www.zdf.de/terra-x/grosse-voelker-die-germanen-45355418.html>, Stand: 24.10.2016.
- <sup>8</sup> <http://www.br.de/mediathek/video/sendungen/denker-des-abendlandes/denker-des-abendlandes-lesch-vossenkuhl-die-vorsokratiker100.html>, Stand: 17.10.2016.

# HERAUSFORDERUNG ANGENOMMEN!

**RAJNER TATZ** ||| Politik und Gesellschaft stehen vor einer Reihe von Herausforderungen. Als die Zuwanderung nach Europa und nach Deutschland noch nicht in Massen geschah, sahen wir in einer gering steigenden Migration noch eine Begleiterscheinung der Globalisierung. Im Grunde bedeutet die Globalisierung in Zukunft, dass die Konflikte in der Welt, ob nun von uns mit verursacht oder nicht, uns auch hier in Europa und in Deutschland betreffen und beschäftigen werden. Seit einiger Zeit bezeichnen wir einen solchen Konflikt als „Flüchtlingskrise“. Dieser Beitrag hinterfragt die Art und Weise, wie in Deutschland über Zuwanderer gesprochen wird, wie wir als deutsche Gesellschaft über uns selbst in Bezug auf die „Anderen“ sprechen und benennt am Ende zwei praktische Herausforderungen von zukünftiger Integrationspolitik, die sich aus der Massenzuwanderung ergeben.

## **EINFÜHRUNG: DIE „FLÜCHTLINGSKRISE“**

Am Anfang steht eine einfache Frage: Wer wird herausgefordert? In erster Linie ist die Politik herausgefordert, auf diese „Flüchtlingskrise“, wie sie genannt wird, zu reagieren. Die deutsche Regierung hat in einer schwer nachzuvollziehenden Ad-hoc-Entscheidung Flüchtlinge nach Deutschland eingeladen. Österreich und Schweden sind weitere zu nennende Länder, die dabei halfen, Flüchtlinge, die auf der mittlerweile geschlossenen Balkan-Route unterwegs

waren, in eines dieser drei Länder zu bringen. Wir erinnern uns an eine politisch hochaufgeladene Phase, in der das gesamte politische Milieu hochelektrisiert darüber debattierte, ob es denn klug war, die Grenzen nach Deutschland zu öffnen und eine große Anzahl an Flüchtlingen unkontrolliert hineinzulassen. Die aktuelle Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, aber auch sie selbst, stehen bis heute dafür in der Kritik.

Lassen Sie uns einen Schritt zurücktreten und fragen: Was war vorher? Wir müssen uns an dieser Stelle fragen, ob wirklich niemand hat kommen sehen, dass da eine große Masse an Flüchtlingen sich auf Europa zubewegt. Es gibt politische Stiftungen, die Beziehungen zum Ausland und auch Vertretungen im Ausland aufgebaut haben.<sup>1</sup> Wir haben Botschaften und ein großes Netz von internationalen Beziehungen in der ganzen Welt und keiner hat diese Krise kommen sehen? Unsere politische Klasse ist ihrer Wählerschaft da noch einiges an Antworten schuldig, warum diese Krise zumindest einige Wochen und Monate nicht vorher schon in die Zukunftsperspektiven der Politik mit eingeflossen ist.

Eine Antwort könnte so lauten: Die unmittelbar vor uns liegende Zukunft (5-10 Jahre) scheint in der Politikgestaltung keine Rolle mehr zu spielen, weshalb die Warnungen von Fachleuten, einige Jahre vor der sich anbahnenden Krise, zwar zur Kenntnis genommen, aber herzlich ignoriert wurden. Der Sozialpsychologe Harald Welzer nannte dieses Phänomen vor dem letzten Bundestagswahlkampf 2013 „Zukunftsvergessenheit“.<sup>2</sup> Angela Merkels Politikstil wird in den Feuilletons hämisch als Regieren von einer Umfrage zur nächsten Umfrage definiert. Deshalb steht die „Flüchtlingskrise“ auch in Anführungsstrichen. Sie konnte nur zu einer Krise führen, weil sich nur wenige des Problems der massenhaften Migration (60 Millionen weltweit<sup>3</sup>) ehrlich angenommen haben.

Die zweite Antwort, warum keiner diese aktuelle Krise hat kommen sehen, geht über die Perspektive der deutschen Politik hinaus. Es scheint ein europäisches Problem zu geben, nämlich die europäi-

sche Uneinigkeit im politischen Umgang mit der massenhaften Einwanderung aus nicht-europäischen Ländern. Viele osteuropäische Mitglieder der EU haben sich für eine Abschottung entschieden und bauten teilweise wieder Grenzzäune zwischen den Staaten auf.<sup>4</sup>

Es wird auch immer noch von „Angela Merkels Flüchtlingspolitik“ gesprochen, obwohl zu einer „Politik“ immer mehrere Beteiligte gehören. Verursacher von Fluchtmigration, Begleiter und Nutznießer von Menschen auf der Flucht, Transitländer und Länder der Ankunft.<sup>5</sup> Frau Merkel ist keine Diktatorin, sondern vertritt das genaue Gegenstück zur europäischen Abschottungspolitik. Viele hätten es gern gesehen, wenn sie sich ihren Kurs in der Flüchtlingspolitik 2015 von den deutschen und später vielleicht auch von den europäischen Parlamentariern hätte absegnen lassen, aber dafür war es anscheinend zu spät.

Es scheint hier insgesamt an einer viel intensiveren politischen Auseinandersetzung auf europäischer Ebene zu mangeln. Auseinandersetzungen, in denen nicht einfach nur leere Forderungen nach europäischer Solidarität kundgetan werden, sondern deutlich gemacht wird, dass sich die deutsche Regierung sehr darüber im Klaren ist, einen Stein ins Rollen gebracht zu haben, als das Dublin-Abkommen außer Kraft gesetzt wurde.

Nicht nur die deutsche Regierung als einer der größten Finanziere der EU,<sup>6</sup> sondern auch die anderen europäischen Staaten werden sich mit den aufkommenden Gerechtigkeitsfragen zum Thema Finanzen auseinandersetzen. Zum Beispiel die Frage, ob Deutschland, Schweden und Österreich als Folge der Flüchtlingskrise 2015 weniger Gelder an die Fördertöpfe der EU zahlen müssen, damit mehr Mittel zur Integration in den jeweiligen Ländern zur Verfügung stehen. Eine weiterführende Maßnahme wäre von der EU-Kommission, eine Art „Solidaritäts-Beitrag“ auf europäischer Ebene festzulegen, zusätzlich zu den festen Summen, die an die EU gezahlt werden. Dieser Beitrag wäre ein finanzieller Ausgleich für all die europäischen Staaten, die sich zurzeit weigern, überhaupt Flüchtlinge aufzuneh-

men. Im Moment wirken diese Gedankenspiele noch fantastisch, sind aber eine ernst gemeinte Alternative zur blockierenden Abschottungspolitik mancher EU-Mitgliedsstaaten, frei nach dem Motto: „Wer sich abschotten will, soll das gern tun, muss aber dafür im Gegenzug über die EU dabei den Ländern finanziell helfen, welche dadurch mit höherer Zuwanderung konfrontiert werden.“ Herausforderungen kann man annehmen und ablehnen. Deutschland hat sie mit der Grenzöffnung angenommen. Soweit der Status Quo. Dieser Essay soll über die Sprache als Instrument des Beschreibens von Zuwanderung zum Nachdenken anregen.

### **DAS EIGENE – WER SIND WIR EIGENTLICH?**

Das Eigene<sup>7</sup> beschreibt im Grunde die Überzeugung, dass das eigene Verhalten, eingeübte Verhaltensmuster sowohl von einem selbst als auch der uns nahe Stehenden, normal ist, gut ist. Wir fühlen uns darin heimisch und rechnen alle, die derselben Überzeugung sind, als zu uns gehörend.

Es wird zum Beispiel von politischer Seite gern vom christlich-jüdischen (oder abendländischen) Kulturkreis gesprochen, der im Kontrast steht zum muslimischen Kulturkreis. Viele benennen diese Kulturkreise, ohne konkret zu formulieren, was dieser oder jener Kulturkreis 1. ausmacht und 2. von anderen Kulturkreisen unterscheidet. Im Grunde ist dieser Begriff Kulturkreis, der schon im Ausschreibungstext des diesjährigen Förderpreises für Politische Publizistik der Hanns-Seidel-Stiftung genannt wird, unsere eigene Art und Weise, Kulturen zu beschreiben. Insbesondere, wenn wir unsere Kultur einer fremden gegenüberstellen möchten.

Wir könnten an dieser Stelle ein Experiment starten und weitere Kulturkreise einander gegenüberstellen. Zum Beispiel den bayrischen Kulturkreis gegenüber dem sächsischen Kulturkreis. Wenn wir aber genauer hinschauen, ist Bayern auch nicht gleich Bayern. Ich sehe einen Kulturkreis Unterfranken, Oberfranken, Mittelfranken, Oberpfalz, Niederbayern, Oberbayern und den schwäbischen Kulturkreis.

Sind diese Kulturkreise eigentlich begrenzt auf die bayrische Staatsgrenze? Oder gibt es mehr als die politische Zugehörigkeit zum Freistaat Bayern, die z. B. einen Schwaben auszeichnen. Wer bestimmt eigentlich, wer zu einem Kulturkreis gehört und wer nicht? Menschen nehmen diese Einteilungen vor.

In unserem kleinen Gedankenexperiment habe ich soeben selbst die Einteilung lapidar vorgenommen. Angehörige einer dieser Gruppen sehen das bestimmt deutlich anders, als ich es gerade beschrieben habe. Kann es sein, dass Schwaben nur Schwaben sein können, wenn sie im Bezirk Schwaben leben? Oder überlassen wir es der betroffenen Person, selbst zu entscheiden, ob sie zum Beispiel im Hamburger Exil die schwäbische Küche weiterhin für sich und Freunde zu Tisch bringt, genießt und Schwabe sein kann. Können die soeben nachgezeichneten Kulturkreise offene Gebilde sein oder sind sie auf eine bestimmte Region und eine bestimmte Gruppe von Menschen beschränkt?

Wer vergibt die Privilegien, zu einem Kulturkreis zu gehören und wer gehört nicht dazu? Woher stammt der Begriff überhaupt und wieso wird er heutzutage immer noch verwendet? Es lohnt sich im Folgenden, einen Blick in die Geschichte zu werfen, um zu verstehen, in welchem Zeitgeist das Wort Kulturkreis erfunden und wofür es gebraucht wurde.

## UNSER DENKEN IN KULTURKREISEN

Es kommt immer wieder vor, dass Politiker, aber auch andere Personen öffentlichen Lebens mit veralteten Begriffen<sup>8</sup> aus der Ethnologie versuchen, ihre Identität von denen der fremden Menschen aus fremden Kulturen zu trennen. Der Duden definiert Kulturkreis zum Beispiel so: „Gebiet, in dem bestimmte Wohnformen, Waffen, Geräte, religiöse und soziale Ordnungen charakteristisch sind.“<sup>9</sup> Der Duden weist in seiner Onlineausgabe dankenswerterweise darauf hin, dass es sich hierbei um einen veralteten Begriff aus der Völkerkunde (= Ethnologie) handelt. Für ein besseres Verständnis lohnt



es sich, der Geschichte des Begriffs kurz auf den Grund zu gehen, damit deutlich wird, warum diese Beschreibung von Kulturen in Kreisen problematisch ist.

Der Kulturkreis als Fachausdruck stammt aus der Kulturkreislehre des Ethnologen Leo Frobenius.<sup>10</sup> Frobenius führte ihn als Erster in seiner ersten wissenschaftlichen Arbeit 1898<sup>11</sup> (!) ein und zwar lange bevor er zu seinen ersten Forschungsreisen aufbrach. Nach seinen Forschungsreisen in Afrika, die ihn nachhaltig geprägt hatten, verwarf er die Kulturkreislehre und versuchte, neue Theorien zu entwickeln, wie Kulturen entstehen und beschrieben werden könnten.<sup>12</sup> Kulturkreise wurden zu Zeiten von Frobenius dazu verwendet, um verwandte Elemente zwischen Kulturen festzustellen und diese dann wieder zu neuen Kreisen zusammenzufassen und zu beschreiben. Insofern ist ein Kulturkreis weder ein Ort noch eine Sache, ein Mensch oder eine Handlung, sondern ein „räumlich-zeitliches Konstrukt, das charakteristische Übereinstimmungen in verschiedenen Kulturelementen zu erkennen meint, die angeblich auf einen gemeinsamen Ursprung schließen lassen.“<sup>13</sup>

Es handelte sich also um ein extrem abstraktes und *altes* Denkwerkzeug für Ethnologen zur Beschreibungen von Überschneidungen, Verwandtschaften und Ähnlichkeiten zwischen Kulturen. Besaßen zwei geographisch entfernte Kulturen Gegenstände, die eine ähnliche Form aufwiesen,<sup>14</sup> so wurde seinerzeit auf eine mögliche kulturelle Verwandtschaft geschlossen. Diese Art der Beschreibung von Kulturen ist nicht nur in der Ethnologie schon lange überholt, sondern steht im totalen Gegensatz zur heutigen Verwendung des Begriffs.

Heute wird der Kulturkreis dazu verwendet, um Identitäten zu trennen, wie etwa zwischen dem christlich-abendländischen Kulturkreis und dem islamischen Kulturkreis, um Unterschiede zu markieren. Es wird heutzutage immer noch mit diesem Begriff operiert, obwohl dieser inzwischen fast 120 Jahre alt ist und seine Bedeutung völlig verfremdet wurde. Das Ergebnis ist eine kulturpolitische leere Worthülse, bei der heutzutage niemand so recht weiß, was sie kon-

kret bedeutet. Ein Ort? Eine bestimmte Gruppe von Menschen? Eine Religion? Eine soziale Norm? Und wer bestimmt eigentlich, was Kulturkreise sind und wer zu ihnen gehören darf? Politiker, Kleriker oder jedes Individuum in Auseinandersetzung mit den jeweiligen Gruppen? Diese extreme Ungenauigkeit ist auch der Grund, warum das Konzept des Kulturkreises nicht nur innerhalb der Ethnologie abgelehnt wird.

### **DAS FREMDE – WER SIND DIE ANDEREN?**

Das Fremde entsteht im Kontrast zum Eigenen. Der kamerunische Politologe Munasu Duala-M'Bedy begründete die Xenologie als Wissenschaft vom Fremden auf der Prämisse, dass es die Kategorie des Fremden an sich nicht gibt.<sup>15</sup> Das Fremde wird als Negativprojektion zwischen Subjekten (oder Gruppen) erzeugt. Wir kennen in der Debatte rund um die Flüchtlingskrise diverse solcher Projektionen, welche Flüchtlinge negativ bewerten, d. h. Narrative, welche Flüchtlinge als „Sozialschmarotzer“, „Horden“ (von Männern), „Kulturlose“ und „Invasoren“ präsentieren. Der Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble verglich die massenhafte Zuwanderung nach Deutschland im November 2015 noch mit einer Lawine<sup>16</sup> und wurde dafür kritisiert.<sup>17</sup>

Allen diesen Motiven ist gemein, dass die Flüchtlinge, die sich nicht selbst verteidigen können, ihrer Menschlichkeit beraubt werden. Nehmen wir den Ausdruck der Lawine, so werden damit Millionen Menschen von Menschen mit (oder ohne) Asylgrund auf der Flucht zu einer Naturgewalt umgedeutet. Menschen sind aber keine Naturgewalt, die alles vernichten, was auf ihrem Weg liegt, sondern sie suchen Schutz und Asyl. Dem Bundesfinanzminister ist dieser Vergleich als Ausdruck seiner Überforderung angesichts der ungenauen Zuwanderungszahlen verziehen worden.

In Deutschland leben bereits die Enkel der Einwanderer, welche als Gastarbeiter vor vielen Jahrzehnten nach Deutschland geholt wurden, und obwohl wir bereits Erfahrungen mit Einwanderung

haben, zweifeln viele Bürger und tragen ihre Sorge als wütenden Protest auf die Straßen der Republik. Ihre „Sorge“ wird davon angetrieben, ob das „das“ in Angela Merkels „Wir schaffen das!“ überhaupt erfüllt werden kann angesichts der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit. Autochthone sollen jetzt mit den Zuwanderern um Arbeitsplätze, Wohnraum und Sozialleistungen in Wettbewerb treten. Warum werden in solchen Vergleichen Deutsche Zuwanderern gegenübergestellt – sind Zuwanderer etwa schlechte Menschen? Oder könnte es gar sein, dass die Zuwanderer die Repräsentanten unserer Ängste sind?<sup>18</sup>

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, dass das Gelingen von Integration einerseits von der Mehrheitsgesellschaft erfordert, ihre Art und Weise, über Fremde zu denken und zu schreiben, reflektieren muss. Das soll kein Aufruf zur Xenophilie sein, sondern ein Hinweis darauf, dass unsere Art und Weise, mit fremden Menschen umzugehen von einer Sprache durchsetzt ist, die nicht die Sprache des 21. Jahrhunderts ist. Das Definieren von Kulturkreisen wirkt in politischen Statements, Positionspapieren und in Debatten wie das Ziehen von Frontlinien auf einer Karte am Rande eines Schlachtfeldes. Hier kämpfen aber keine Kulturen gegeneinander, sondern Menschen suchen Schutz bei uns und zwar ganz konkret und ohne Kriegserklärung, sondern mit einem Asylantrag.

## **HERAUSFORDERUNGEN ZUKÜNFTIGER INTEGRATIONSPOLITIK**

890.000 registrierte Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland. Unproblematisch scheint die Unterbringung dieser großen Anzahl an Menschen bis jetzt zu sein. BKA-Berichten zufolge nehmen allerdings die Angriffe auf Flüchtlingsheime zu. 2015 wurden 1.005 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte registriert,<sup>19</sup> während es bis August 2016 bereits 665 Angriffe waren.<sup>20</sup> Wenn wir die vorangegangenen Überlegungen berücksichtigen, Flüchtlinge als Mitmenschen (zwar noch keine Mitbürger, aber Neuankömmlinge) zu betrachten und nicht als eine bedrohliche Masse oder Materie, dann stehen nicht nur die

etwa 20.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unter dem Schutz des Staates, sondern auch alle anderen.

Um dies zu bewerkstelligen, müssten allerdings infrastrukturelle Ausbaumaßnahmen quer durch das ganze Staatswesen stattfinden. Angefangen von Polizeikräften, zum Schutze derer, die sich nicht wehren können. Nehmen wir die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge: Wie viele Vormünder kann Deutschland allein für 20.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufbringen? Auch hier fehlt es an personellen Kapazitäten, und zwar nicht nur für die Flüchtlinge, die wir jetzt aktuell haben, sondern auch für jene, die noch kommen werden.

## **BILDUNG**

Viele minderjährige Flüchtlinge, ob unbegleitet oder nicht, müssen monatelang in der Erstaufnahmeeinrichtung (=EA) warten, bis sie diese verlassen können. In der Zeit werden die Kinder nicht besult, obwohl Integration doch im Einvernehmen mit jedem und über alle Parteigrenzen hinweg mit dem Erwerb von Sprachkenntnissen beginnt. Doch wer seine EA nicht verlassen darf, kann keine Regelschule besuchen, um dort Deutsch zu lernen.

In der EA Rahlstedt in Hamburg kommt deswegen die Schule derzeit zu den Flüchtlingen. Engagierte Lehrer der Grundschule Neurahlstedt und der Stadtteilschule Oldenfelde geben hier Deutschunterricht an die Kinder der EA.<sup>21</sup> Im zitierten Spiegel-Artikel wird nicht erklärt, ob die Lehrer die zusätzlichen Arbeitsstunden sowie die Materialien für den Unterricht in der EA eigentlich von der Stadt Hamburg bezahlt kriegen. An diesem Beispiel zeichnet sich schon ab, dass engagierte Menschen dort einspringen, wo staatliche Strukturen gänzlich fehlen. Eine Art mobile Förderschule, welche zu den EA kommt, um die Kinder dort zu unterrichten. Förderschule, weil die geringe Zahl an Unterrichtsstunden nicht ausreicht, um die zeitlichen Versäumnisse einer Regelschulzeit auffangen zu können.

Es fehlt also ganz konkret an schulähnlichen Strukturen oder de facto Ableger von Schulen in den EA, um Sprachkenntnisse möglichst früh zu vermitteln. Hier ist die Politik bundesweit gefordert, darauf zu reagieren und sich nicht noch länger auf das Ehrenamt allein zu verlassen. Diese mobilen Förderschulen müssen nicht groß sein, wenn in der jeweiligen EA nicht viele Kinder sind, aber es darf nicht passieren, dass keine schulische Bildung stattfindet. Besonders gilt dies für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die nicht einmal eine Familie haben, um sich zurechtfinden zu können. Integration gelingt dann, wenn ein Staat seinen jetzt erweiterten Bildungsauftrag erkennt und erfüllt.

## WOHNRAUM

Liest man die Artikelreihe zur EA Rahlstedt intensiver, stellt sich heraus, dass viele Familien eigentlich schon gar nicht mehr in der EA sein dürften. Sie haben sie aber noch nicht verlassen, weil sie ihren Aufenthaltsbescheid noch nicht haben. Bezahlbaren Wohnraum gibt es für mehrköpfige Familien in der Hansestadt sowieso nicht.<sup>22</sup>

Jetzt wurden Debatten um bezahlbaren Wohnraum schon seit Jahren von Studierenden und weiteren Gruppen geführt, die sich Wohnraum in den Innenstädten deutscher Großstädte nicht mehr leisten können. Der bereits hinter uns liegende und der noch vor uns liegende Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung wird die Problematik bezahlbaren Wohnraums nicht verbessern, sondern verschärfen. Die Politik kann dieses Problem nicht mehr lange hinauschieben, bis unsere noch nicht komplett gefüllten EA ihr Maximum erreicht haben. Wenn sich Menschen integrieren sollen, müssen sie einen Ort zum Leben haben, an dem sie damit beginnen können, sich in ihrer neuen Umgebung heimisch zu fühlen. Das Fremde wird zum Eigenen.

## FAZIT UND AUSBLICK

Deutschland und Europa stehen vor gewaltigen Herausforderungen in der Zuwanderungspolitik. Ein EU-Türkei-Deal wird da langfristig nicht ausreichen. Noch werden viele Flüchtlinge bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, durch die Fahrlässigkeit der Schlepper ertrinken. Wenn die Not in den Herkunftsländern der Flüchtlinge durch Überbevölkerung und wirtschaftliche Stagnation, Unruhen oder Naturkatastrophen noch größer wird, und die Bevölkerungswachstums- und Klimaprognosen deuten das an, dann werden so viele Boote kommen, dass an den EU-Außengrenzen die logistischen und bürokratischen Maßnahmen zur „geordneten“ Einreise nach Europa völlig zusammenbrechen werden.

Herbst 2016. Ein Jahr vor der Bundestagswahl und weder etablierte Parteien auf nationaler oder europäischer Ebene diskutieren ernsthaft, wie wir größere Mengen an Zuwanderern in naher Zukunft integrieren wollen. Die eben skizzierten Beispiele zeigen, dass ein stattfindender Bevölkerungszuwachs bedeutet, dass sich alle Parteien die soziale Frage quer durch alle Lebensbereiche neu stellen müssten und zwar, das wäre neu im 21. Jahrhundert, ohne Zuwanderer und Autochthone politisch gegeneinander auszuspielen. Bedauerlicherweise haben solche Überlegungen zurzeit keinen Vorrang, weil die die meisten Bestrebungen darin investiert werden, Flüchtlinge davon abzuhalten, die EU-Außengrenze überhaupt zu erreichen und zu passieren – und – 2017 findet der Bundestagswahlkampf statt. Dann werden wir genau beobachten können, wie Politiker Zuwanderer in der Öffentlichkeit beschreiben: Werden sie sie als ein materielles Unheil, eine „wilde Horde“ von „kulturlosen Barbaren“ verteufeln oder werden sie versuchen, konkrete Maßnahmen, am besten in den Erstaufnahmeeinrichtungen vor Ort, zu verwirklichen? Integration per Gesetz zu verlangen mag eine rechtliche Orientierung bieten. Eine Gesellschaft, die offen dafür ist, Integration in ihrer Mitte vollziehen und geschehen lassen zu können, damit sie auch auf Seiten der Zuwanderer gelingen kann, braucht jedoch kein Integrationsgesetz.

Deutschland allein wird nicht die Probleme globaler Flüchtlingsmigration im Alleingang lösen können. Nicht einmal innerhalb Europas konnte Deutschland das allein tun, sondern Österreich und Schweden haben sich genauso engagiert daran beteiligt, die Flüchtlinge, die in Ungarn gestrandet waren, nach Mitteleuropa zu holen. In Zukunft braucht es wahrscheinlich eine übergeordnete Struktur, eine globale Aktionsplattform,<sup>23</sup> welche sich der globalen Flüchtlingsmigration annimmt, um den Druck von einzelnen Staaten zu nehmen.

**||| RAJNER TATZ**

studiert Ethnologie im Masterstudiengang  
an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Die Hanns-Seidel-Stiftung hat 57 Vertretungen im Ausland, <http://www.hss.de/wir-ueber-uns/standorte.html>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>2</sup> [http://www.deutschlandradiokultur.de/soziologe-alle-parteien-leiden-unter-zu-kunftsvergangenheit.1008.de.html?dram:article\\_id=258252](http://www.deutschlandradiokultur.de/soziologe-alle-parteien-leiden-unter-zu-kunftsvergangenheit.1008.de.html?dram:article_id=258252), Stand: 7.11.2016.
- <sup>3</sup> <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>4</sup> <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-02/visegrad-staaten-treffen-fluechtlings-krise-balkanroute-jean-asselborn>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>5</sup> <http://fluechtlingsforschung.net/auf-einladung-der-kanzlerin/>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>6</sup> <http://www.wiwo.de/politik/europa/europaeische-union-die-groessten-netto-zahler-der-eu/7179190.html?p=10&a=false&slp=false#image>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>7</sup> Ein anderer, etwas malerischer Ausdruck für das Eigene ist die Heimat.
- <sup>8</sup> Das Wort „Stamm“ wäre ein weiteres Beispiel für so einen veralteten Terminus.
- <sup>9</sup> <http://www.duden.de/rechtschreibung/Kulturkreis>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>10</sup> Vgl. Frankfurter Personenlexikon: Frobenius, Leo, <http://www.frankfurter-personenlexikon.de/node/2312>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>11</sup> Frobenius, Leo: Über den Ursprung afrikanischer Kulturen, Berlin 1898.
- <sup>12</sup> Frobenius entwickelte nach seinen Forschungsreisen die Kulturmorphologie in der er Kulturen so vital und mobil wie lebende Organismen beschrieb, <https://de.wikipedia.org/wiki/Kulturmorphologie>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>13</sup> Braukämper, Ulrich: Kulturkreis, in: Wörterbuch der Völkerkunde, hrsg. von Walter Hirschberg, Berlin 2005, S. 223-224.
- <sup>14</sup> Diese „Ähnlichkeiten“ mussten bei verschiedenen Gegenständen auftreten, damit die kulturelle Verwandtschaft umso wahrscheinlicher wurde. Das galt im Übrigen nicht nur für Gegenstände, sondern auch für soziale und kulturelle Normen. Die bekannteste und überall vertretene soziale Norm weltweit dürfte das Inzest-tabu sein.
- <sup>15</sup> Munasu, Duala-M'Bedy: Xenologie. Die Wissenschaft vom Fremden und die Verdrängung der Humanität in der Anthropologie, Freiburg 1977.
- <sup>16</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/schaeuble-fluechtlinge-lawine-101.html>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>17</sup> <http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlingskrise-gabriel-kritisiert-schaeuble-wegen-lawinen-vergleichs/12576440.html>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>18</sup> [http://www.huffingtonpost.de/andrea-wilden/fluechtlinge-als-representanten-des-fremden\\_b\\_9005004.html](http://www.huffingtonpost.de/andrea-wilden/fluechtlinge-als-representanten-des-fremden_b_9005004.html), Stand: 7.11.2016.



- <sup>19</sup> <http://www.n-tv.de/politik/Angriffe-auf-Fluechtlingsheime-reissen-nicht-ab-article17993991.html>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>20</sup> [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-08/reachte-gewalt-straftaten-fluechtlingsunterkuenfte-bka](http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-08/reachte-gewalt-straftaten-fluechtlingsunterkuenfte-bka), Stand: 7.11.2016.
- <sup>21</sup> <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fluechtlingsheim-in-hamburg-wie-in-ralhstedt-schule-funktioniert-a-1119734.html>, Stand: 7.11.2016.
- <sup>22</sup> Ebd.
- <sup>23</sup> [http://fluechtlingsforschung.net/eine-globale-aktionsplattform-und-fonds-fur-zwangsmigrant\\_innen-ein-vorschlag/](http://fluechtlingsforschung.net/eine-globale-aktionsplattform-und-fonds-fur-zwangsmigrant_innen-ein-vorschlag/), Stand: 7.11.2016.

# DER LIBERALE STAAT

**JOHANNES WAHL** ||| Trotz Religionsunterricht mit Verfassungsrang reicht der religiöse Grundwasserspiegel nicht aus, um im Verhältnis von Staat und Religion aus dem Vollen zu schöpfen. Der postsäkulare Staat plätschert im Angesicht des Islams vor sich hin. Das Wasser fließt nicht so richtig. Der neue Strom scheint das alte System zu überfluten. Lösungen kann es nur geben, wenn der Staat die Expedition an seine Quellen wagt und die Talsperren öffnet.

„Ein andermal sagte Frau Steiner, obschon sie sich eben zum Demokratismus bekannt hätte: „Glauben Sie nicht, daß an allem Bösen der Liberalismus schuld ist?“ Ich erzählte ihr von meiner ‚Mops-Theorie‘. (Man muß ihn züchten, er wird wieder modern.) Ich muß sie Genaueres über ihre Meinung aussagen lassen. Ich muß ihr erklären: Liberal ist, wer sich zu dem Satz bekennt: In meines Vaters Hause sind viele Wohnungen. Ein Wissenschaftler, der dem nicht beipflichtet, ist kein Wissenschaftler.“

Victor Klemperer, Tagebucheintrag 26. April 1945

Seitdem unser ehemaliger Bundespräsident Christian Wulff feststellte, der Islam gehöre zu Deutschland, erregen sich – mal stärker, mal lascher – Gemüter, ob er denn Recht hätte. Gerade die letzten Monate haben diese Hitze gezeigt und es scheint kein Abkling-

becken in Sicht. Der mediale Zirkus bleibt ohne Dompteur. Es gibt nur schwarz gegen weiß, Nazi gegen Kommunist, wer nicht links ist, ist ein moralischer Nazi, wer nicht rechts ist, ist ein geistig gleichgeschalteter Kadaver der veröffentlichten Meinung. Es gibt nichts zwischen Burka und Porno. Moment! Was hat dieser Zirkus überhaupt mit der Gretchenfrage des Präsidenten zu tun?

In diesem Beitrag skizziere ich mein Verständnis vom liberalen Staat und einigen Bedingungen, die ihn erst zu diesem machen. Mein Blick hat zwei Brennpunkte: Was den liberalen Staat charakterisiert und wie die Kirche sich ins Verhältnis dazu setzen konnte; d. h. eine bürgerliche und eine religiöse Perspektive. In der Folge soll klar werden, was getan werden muss im Kontext der Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre.

## **DER LIBERALE STAAT**

Victor Klemperer vergleicht den liberalen Staat mit einem Wort des Johannesevangeliums, ein religiöses Bild. Das ist interessant, insofern Gottesbezüge bei Klemperer eher in Fußnoten oder Zitaten auftauchen („Tout est possible, même Dieu.“). Auf den Staat bezogen könnte man neutraler formulieren: Der Staat möchte Heimstatt aller Bürger sein. Und das kann nur ein liberaler Staat sein. Er bekennt sich zur Freiheit und damit auch zum Pluralismus. Wie das möglich ist und warum oder wo das problematisch ist, zeige ich an drei Elementen: Der Verzicht auf Vernunft, das Böckenförde-Diktum und die Moral.

Kants Philosophie hatte einige wenige Grundgedanken, aus denen er viel deduzieren, also ableiten, konnte. Einer ist: Der Mensch nimmt die Wirklichkeit immer auf die gleiche Weise wahr. Daraus folgt zweierlei: Es gibt nur eine Wirklichkeit, die wir immer gleich wahrnehmen können. Und es gibt nur einen Verstand mit dem wir wahrnehmen. Aus diesem folgt das Dritte: Es gibt nur eine Vernunft, die unser Verstand gebraucht, um wahrzunehmen. Kant sagt also, es gibt auf der Welt nur eine einzige, immer gleiche Vernunft. Das heißt

auch: Was vernünftig ist, ist eindeutig bestimmbar und dazu gibt es keine Alternative. Entweder ist etwas vernunftgemäß oder nicht.

Für ein Staatswesen würde das bedeuten: Das Staatsvolk teilt eine Menge von Prinzipien, also Ansichten, in diesem Falle über den Staat. Darauf lassen wir die Vernunft los, et voilà: Alle Fragen sind geklärt. In einem solchen Staat können nur die Grundsätze debattiert werden. Der Rest ist bloße Deduktion. Teilt nun jemand einen Grundsatz nicht, so ist dieser Staat nicht mehr Heimstatt für diesen. Ihm bleibt nur die Verweigerung seiner Loyalität. Seit Kant ist das Verständnis von der Einheit der Vernunft aufgegeben worden. Es ist nicht klar, ob es bloß eine einheitliche Wirklichkeit gibt und ob auch nur ein Zugang zu einer Wirklichkeit möglich ist. Dagegen scheint es so, dass auf vielerlei Weise die Wirklichkeit(en) wahrgenommen werden (können). Der liberale Staat verzichtet auf diese Art von Einheit der Vernunft. Er hat einen pluralen Vernunftbegriff. Gemeint ist hier also nicht, dass unser Ziehen von Schlüssen, die Deduktion, ihre Einheit verloren hat. Die Logik ist weiterhin vollkommen gültig. Jedoch ist die Einheit der Prinzipien, die Grundsätze, die der Vernunft vorausgehen und auf denen alles Weitere beruht, aufgegeben. Zu den Prinzipien gibt es je eigene Zugänge. Das Staatsvolk teilt die Art und Weise, Vernunftschlüsse zu ziehen. Es teilt aber nicht einheitlich die Grundsätze, die den Vernunftschlüssen voraus sind. Der liberale Staat trennt die Einheit der Vernunft von Grundsätzen und Deduktion auf. Die Logik bleibt allgemein gültig, die Grundsätze sind im (demokratischen) Prozess zu diskutieren. Jürgen Habermas hat eine Theorie dazu entwickelt, den Vernunftbegriff einzuholen: die kommunikative Vernunft. Die Theorie verzichtet darauf zu sagen, „das sind die Grundsätze und nichts anderes“. Stattdessen lädt sie zum Diskurs ein, dass die verschiedenen Rationalitäten miteinander ins Gespräch kommen. Im herrschaftsfreien Diskurs ergeben die verschiedenen, vernünftigen Blicke auf die Wirklichkeit ein volleres Bild und die eigene Rationalität erfährt darin Kritik und Reinigung ihrer Schwächen und Defizite.

Nebenbei bemerkt: Dass religiöse Rationalität Teil des Diskurses ist und sein muss, erkannte man erst im 21. Jahrhundert. Auch der liberale Staat ist nicht fertig, sondern entwickelt sich noch.

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

Ernst-Wolfgang Böckenförde

Böckenförde kommentiert diesen Satz selbst im Anschluss daran. Auf diesen Teil verzichte ich. Stattdessen biete ich eine andere Hermeneutik. Der Theologe kennt die Reflexion der Glaubenssätze, die Dogmatik. Die einzelnen Glaubenssätze, Dogmen genannt, sind in den allermeisten Fällen negative Aussagen. Da wird nicht gesagt, was der Fall, sondern warum etwas nicht der Fall ist. Diese Herangehensweise nennt sich negative Theologie. Ich schlage vor, das Diktum hier in diesem Sinne als negativ zu verstehen.

Die Voraussetzung des liberalen Staates – mit meiner obigen Nebenbemerkung betrachte ich „säkularisiert“ als gestrichen – ist der Verzicht auf die Einheit der Vernunft. Diesen Verzicht kann er nicht garantieren. Aber er weiß um diese Voraussetzung. Mit der kommunikativen Vernunft werden die verschiedenen Rationalitäten eingeholt. Der liberale Staat ist dann bedroht, wenn sich eine Rationalität dem Diskurs verweigert und sich stattdessen als die Einheit der Vernunft ausgibt. „Nur meine Sicht und eure nicht“ – das nennt man Ideologie. Ideologien sind daher die Bedrohung des liberalen Staates schlechthin. Da der Staat auf den Primat der Vernunft verzichtet und so den Raum für verschiedene Vernunftbegriffe ermöglicht, ist er gegenüber Ideologien ohnmächtig. Er kann nicht Ideologien durch Ausüben eines Zwanges verhindern. Sonst würde er seine Grundidee, Heimstatt aller Bürger zu sein, verfehlen. Er würde eine Gruppe ausschließen. Dagegen hat er nur ein begrenzendes

---

Mittel: Zu verhindern, dass eine Ideologie Hegemon im Lande wird. Der liberale Staat hat nicht das Recht, eine Rationalität des Landes zu verweisen. Es widerspräche seinem innersten Anliegen. Als wehrhafter Staat hat er aber die Pflicht, sich gegenüber den Rationalitäten neutral zu verhalten. Mit keinem Weltzugang darf sich der Staat identifizieren. Keine Rationalität darf Staatsdoktrin werden. Das ist negative politische Philosophie. Daher ist der liberale Staat nicht der „Staat des Liberalismus“.

Was folgt nun, wenn der Diskurs verweigert wird? Dann werden Grundsätze, die der Vernunft voraus sind, unumstößlich und erhalten absolute Geltung. Andere Grundsätze sind dann ipso facto zu verwerfen. Auf zwei Arten wird der Diskurs verweigert: Ein potenzieller Diskursteilnehmer selbst spricht den anderen ihre Geltung ab und beansprucht die Stellung des Ideologen als Hegemon. Beispiele sind der Kreationismus oder die Genderideologie. Andererseits möchte ein potenzieller Diskursteilnehmer in den Diskurs eintreten, doch die bereits etablierten verweigern den Zutritt. Sie werden zu einem Oligopol der Rationalitäten.

Die Brandherde des liberalen Staates zeigen sich sehr deutlich. Kopftuchstreit, Rolle der Frau, Kinderehe, Polygamie, sexuelle Selbstbestimmung, Steuergleichheit, bedingungsloses Grundeinkommen, Datenschutz, soziale Mobilität, Globalisierung, Lebensschutz, Bioprodukte, Tierschutz, usf. Alles Debatten, die sich um das Reich der Sitten drehen. Immer stößt der Diskurs auf die Frage, was moralisch richtig ist. Einig ist man, dass das Böse zu meiden, das Gute zu tun ist. Aber was das Gute und das Böse sind, entscheidet sich an der Frage nach der Rationalität. Damit verbunden ist auch die Frage, was Glück ist. Da wir unser Handeln dem Maßstab dieser Fragen und Begriffe unterwerfen, und wir stets handeln, führen wir jeden Tag aufs Neue den Kampf um Moral und Rationalität. Denn: Es kann nur einen geben.

Glück und das Gute sind Dornen im Fleische des liberalen Staates. Niemals kann der Staat sagen: das ist Moral, das ist Glück. Er

bleibt neutral. Doch jeder einzelne, vernünftige Mensch sagt: das ist Moral, das ist Glück. Doch wo ist der Diskurs? Wie soll der Staat neutral bleiben können, wenn diese Fragen die „Einwohnung“ in die Heimstatt gefährden?

Der liberale Staat vermag nicht zu sagen, was Glück und das Gute sind. Sie bleiben bloß formale Bestimmungen. Der Einzelne, der Bürger, muss diese Form mit Inhalt versehen. Die Bestimmung, was ist Glück, das Gute, muss jeder selbst feststellen. Worin das Wohl des einzelnen Bürgers besteht, bleibt für den Staat unbestimmt. Auch hier findet sich wieder negative politische Philosophie. Mehrheitsentscheide des Staatsvolkes haben darauf keinen Einfluss. Sonst würde dieser Entscheid eine Minderheit ausschließen. Die Frage nach der Moral und der Sitte ist kein Problem, das der Staat lösen kann. Es ist einfach nicht in seiner Kompetenz. Er wehrt sich gegen jede Identifikation und sucht Abstand zu den Rationalitäten. Negative politische Philosophie.

## **DIE KIRCHE**

Oft wird der Kirche Rückständigkeit vorgeworfen: Frauenbild, Menschenbild, Autorität, Unfreiheit, Unwissenschaftlichkeit, Parallelstaatlichkeit, Vetternwirtschaft, Heuchelei, kurz: mittelalterlich. Dabei ist es schon erstaunlich, wie wenig solche Anheizer von der über 2.000-jährigen Geschichte des Christentums wissen, noch die intellektuelle Kompetenz besitzen, Texte mittelalterlicher Gelehrsamkeit zu lesen, geschweige denn zu verstehen. Eine durchschnittliche mittelalterliche Bibliothek schlägt um Längen das, was ein Abiturient oder auch die meisten Studierenden am Ende ihres Studiums an Wissen erworben haben. Doch das ist eine andere Geschichte. Vielmehr möchte ich die Kontextualisierung der Kirche im Verhältnis zu anderen Gemeinschaften knapp nachzeichnen. Diese Verhältnisse sind zunächst theologische Probleme. Die Kirche hat sie im Laufe der Zeit stets beantwortet und aktualisiert.

Die erste formal-strukturelle Erkenntnis über das Christentum ist, dass es aus dem Judentum erwachsen ist. Das bedeutet insbesondere, dass Juden und Christen einen Textbestand haben, den sie miteinander teilen. Christen betrachten darüber hinaus noch andere Texte als Hl. Schrift. Die erste große Unterscheidung liegt also in der Frage nach der Bibel. Welche Texte sind unsere Basistexte, welche sind Richtschnur, kanonisch, welche nicht? Dabei unterscheidet den Christen vom Juden, dass er die jüdischen Texte voll anerkennt, aber eine weitere Sammlung an Texten darüber hinaus hat, die in einem Verhältnis zum jüdischen Kanon steht. Der Christ teilt die Bibel in AT und NT. Das machen nur Christen. Wer AT sagt, ist ein Christ. Juden sagen, es gibt nur ein Testament. Sie akzeptieren die Texte nicht, die Christen NT nennen, und somit auch die Aufteilung nicht. Die Bibel ist kein vom Himmel gefallenes Buch, sondern die Entscheidung einer bestimmten Gemeinschaft, gewisse Texte zur Grundlage ihrer Gemeinschaft zu machen. Juden und Christen haben dabei große Teile gemeinsam, nämlich – ich bin Christ – das AT.

Die zweite Einsicht: Juden und Christen haben einen gemeinsamen Text, interpretieren ihn aber vollkommen anders. Wie kann es sein, dass bei gleichem Text Unterschiedliches verstanden wird? Der Christ akzeptiert das NT, das macht ihn zum Christen. Dort wird über Jesus Christus als das ewige Wort Gottes, das Gott an uns Menschen richtet, berichtet. Inhalt des NT ist das Wort Gottes. Auch der Inhalt des AT ist Wort Gottes. Paulus schreibt in seinen Briefen, dass AT und Christus inhaltlich das Gleiche sind. Der Christ findet im AT Jesus Christus. Der Jude, der Jesus ablehnt, findet dann natürlich nicht Jesus in seiner Bibel. Die Grundauseinandersetzung zwischen Christentum und Judentum ist die Frage: „Wie lege ich diesen gemeinsamen Text aus?“ Für Juden wie Christen ist klar, dass es sich um Text handelt. Text wird mit den Methoden der Literaturwissenschaften ausgelegt. Ein Mittel des Schriftstellers sind Metaphern, uneigentliche Rede, Tropologie. Es



wird etwas über den wörtlichen Sinn hinaus gesagt. Paulus, und damit das Christentum, wendet diese Methode auf das AT an: die Allegorese. Doch die christliche Allegorese unterscheidet sich wesentlich von der literaturwissenschaftlichen Allegorese. Die Literaturwissenschaftliche geht vom Wort aus, d. h., der Sinn der Metapher ist eine Aussage vom Wort her über das Wort hinaus. Der Christ sagt, dass der Inhalt dieses Wortes Jesus Christus ist. Christliche Allegorese erkennt im Wort und darüber hinaus eine Aussage über Christus oder etwas, was in einem Verhältnis zu Christus steht.

Anders ausgedrückt: Judentum und Christentum legen das gleiche Material mit verschiedenen Rationalitäten aus. Wo Juden und Christen im Diskurs sind, liegt eine religiöse Form von Vernunftgebrauch vor. Juden und Christen stehen von Anfang an in einem rationalen Dialog. Und dieser ist möglich, weil sie eine gemeinsame Basis haben. Die allgemeine Vernunft ist diese Basis. Offenbarung ist sie gerade nicht, da beide darunter Anderes verstehen.

Klar wurde bereits, dass das, was Christen und Juden mit Wort Gottes meinen, – aus Perspektive des Christen – Jesus Christus bedeutet. Was ist der Inhalt der Bibel? Der Inhalt ist die Geschichte Gottes mit seinen Menschen. Gott ist also kein rein transzendenter Gott, der sich aus den Geschehen der Welt, den Geschäften der Menschen, raushält. Gott ist Handelnder in der Geschichte. Und was die Menschen davon erkannt haben, schreiben sie nieder. Da Gott ewiger Urheber und Handelnder der Geschichte ist, gibt es keine Geschichte ohne Gott. Das heißt, dass der Mensch auch vor der Bibel eine Geschichte mit Gott hatte. Aus Sicht des Christen ergeben sich daher drei Geschichtsabschnitte: vor der Bibel, vor Jesus Christus mit der jüdischen Bibel, und nach Christus. Es gibt also drei Beziehungsräume der Geschichte der Menschen mit Gott. Und diese Beziehungsräume bestehen zugleich: auch heute gibt es Menschen vor der Bibel, vor Christus, nach Christus. Das Christentum kennt drei Zustände der Menschen in der Geschichte mit Gott. Jeder

Mensch ist in einem dieser drei Zustände, keiner fällt heraus. Daher kann sich die Kirche zu jeder Gemeinschaft, zu jedem Menschen in eine Relation setzen. Jede Gemeinschaft hat eine Geschichte mit Gott unter einem der Zustände. Das Christentum kann an jeden Zustand anknüpfen.

In der Dreiheit der Geschichte steht die kommunikative Vernunft auf der ersten Stufe. Und dort drin ist sie gefangen. Denn die zweite Stufe setzt eine Annahme, das existenzielle Bejahen dessen, voraus, was Juden und Christen formal Offenbarung nennen; eine von Gottes Handeln ausgehende Erkenntnisquelle, die der Vernunft nicht widerspricht. Vernunft heißt, der Mensch langt mit seinem menschlichen Verstand nach etwas, hier: Gott. Offenbarung heißt, Gott teilt sich mit seinem göttlichen Verstand, dem Wort Gottes, dem menschlichen Verstand, dem Menschen, mit. Und für die dritte Stufe steht die Annahme des Glaubens an Jesus Christus. Glaube heißt hier, Gott hat sich in der Person Jesus ganz, d. h. vollständig und endgültig, ausgesagt.

Der liberale Staat kann sich in diesem Sinne zu keiner Religion in ein Verhältnis setzen. Religionen scheinen kein Diskursteilnehmer sein zu können, da Offenbarung und Glaube keine akzeptierten Faktoren im Diskurs sind. Allerdings weiß der liberale Staat, dass für Religion Platz sein muss. Er hat bloß keine Theorie, diesen Raum zu gewähren. Faktisch gibt es den Raum bereits. Die Praxis hat ihn von Anfang an gewährt, da Bürger durchgehend religiös sind und waren. Daher gibt es gewissermaßen negative politische Philosophie: Nichtidentifikation und gerechte Distanz zu den Religionen. Das gilt auch für den Atheismus. Der Staat hat nicht die Kompetenz über Glaube und Offenbarung zu entscheiden. Das ist Neutralität.

Zwischenfrage: Ist die Verfassung nicht – analog gesprochen – so etwas wie der Hl. Text eines liberalen Staates? – Nein, die Verfassung hat aus zwei Gründen keine solche Funktion. Die Verfassung ist kein religiöser Text. Er setzt keinen „Glauben an den liberalen Staat“ voraus. Religion hat wesentlich mit der Wahl eines Textes

als heiligen zu tun. Den Textcorpus des liberalen Staates wählt der Staatsbürger nicht. Die Verfassung bindet ihn auch ohne seine Zustimmung. Und die Verfassung ist Wort von Menschen, kann von Menschen geändert werden. Offenbarung ist Gottes Wort verhüllt in Menschenwort. Der göttliche Anruf darin bleibt immer derselbe, während die Hülle, das Menschenwort, sich verändern lässt und auch muss durch die Annahme des unvertretbar Einzelnen. Dennoch hat die Verfassung einigende Möglichkeiten. Sie ist und bleibt derjenige Bezugsrahmen, auf den jeder Staatsbürger verwiesen bleibt. Insofern ist die Verfassung kanonisch.

### **DAS KREUZ MIT DER DEMOKRATIE**

Um es vorwegzunehmen: Ich habe keine Antwort darauf, wie der Islam sich in den liberalen Staat einfügen kann. Dazu müsste man Muslim sein und das bin ich offensichtlich nicht. Punkt.

Damit ist jedoch noch nicht alles gesagt. Als Bürger kann ich die Verantwortung nicht allein auf den Islam abwälzen. Alle Bürger, nicht nur die muslimischen, sind zum Diskurs aufgerufen. Da geht also noch mehr und muss noch mehr gehen. Was sind Probleme in diesem Diskurs?

„Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes.“

Peter Scholl-Latour

Was hier angedeutet ist, fürchte ich, lässt sich nur auf vielen Seiten analysieren. Die Schwäche des Abendlandes ist vielfältig. Drei Punkte – leider viel zu vage – möchte ich in den Raum stellen.

Erstens: Neben der negativen Deutung des Böckenförde-Diktums gibt es eine positive. Nämlich gibt es Recht, welches dem Staat vorausgeht, sog. präpositives Recht, was nach alter Lehre Naturrecht

genannt wird und einen dauerhaften Ausdruck in den allgemeinen Menschenrechten gefunden hat. Dieses Recht ist indiskutabel. Keine Demokratie und kein Diktator kann es vernichten, sondern nur missachten. In jüngerer Vergangenheit meinten aber ein paar fürwitzige Politiker, dass man über Menschenrechte, z. B. als Recht auf Abtreibung, abstimmen könne. Das ist der Weg in den Unrechtsstaat. Die Absage an Kant und die Hinwendung zu den Linksliberalen hat diesen Weg geebnet. Der Mensch ist so der Letzthorizont geworden. Es bleibt keine Instanz, die über dem Menschen steht.

Ohne das Mindestmaß an präpositivem Recht ist alles menschlicher Willkür ausgesetzt. Wenn der Mensch das Maß ist, dann könnte es sein, dass eine Demokratie irgendwann auf die Idee käme, Hitler freizusprechen. Es wäre kein Problem. Der Durchschnitts-akademiker regt sich jetzt auf. Mit Armenien hat er aber kein Problem.

Zweitens: Der Zweite Weltkrieg hat die politische Kultur in Deutschland zerstört. Seit Jahr und Tag geben sich Politiker damit zufrieden, Mahnmäler zu errichten, «Aufklärung» zu betreiben und Reden zu schwingen. Die eigentlichen Opfer, die diesen Krieg so kennzeichnen, dass es nicht irgendein Krieg ist, sondern die ihn über alles zuvor Dagewesene auszeichnen, bleiben im Keller. Und niemand zerrt sie ans Licht.

Was hat man im Keller? Da ist der jüdische Teil, von dem seltsamerweise nur Auschwitz übrigbleibt. Was sonst so an Gräueltaten verübt wurde, scheint nicht mal der Rede wert zu sein. Und an Taten fehlt es sowieso. Ich fürchte, ein ziemlich großes Fass.

Und der deutsche Teil. Mit der Hitlerei ist die politische Kultur gestorben. Väter, die für ihr Vaterland gekämpft haben, kamen aus dem Krieg zurück und mussten sich eingestehen, dass sie zugleich auch für eine undenkbare Barbarei gekämpft haben. Über die politische Kultur hüllte sich das Schweigen. Und dieses Schweigen dauert bis heute an. Da ist ein Vakuum. Es wurde vererbt. Niemand spricht drüber. Die Hitlerei ist zum Mythos geworden. Was blieb, war der

Rückzug, das Apolitische. Der Durchschnittsakademiker interessiert sich mehr für Fußball als für seine Polis – und zwar föderal: von der Bundesliga bis in die Kreisklasse.

Drittens: Der heilige politische Rest labert pausenlos von irgendwelchen Werten. Das sind leere Gefäße geworden. Seit langem bescheinigt man der CDU, dass sie ihr „C“ fallen gelassen habe. Unter Merkel hat sie es geschafft auch das „D“ fallen zu lassen. Und wenn sie auf die Schwester im Süden herabblickt, ist auch fraglich, ob das „U“ nicht eigentlich ein frisiertes „X“ ist.

Kant wurde kritisiert. Hegel tat das auch schon. Er meinte, Kants Philosophie hinterlasse nur Leichname, leblose Begriffe, welchen die Lebendigkeit abginge, da sie nicht mehr die Anstrengung des Begriffs, den Prozess der Wahrheit in sich bergen würden. Genau das sind die leeren Werte. Es reicht nicht mit Toleranz um sich zu werfen. Das muss konkret im Dasein durchbuchstabiert werden.

Mit Blick auf den Islam sehe ich da ein großes strukturelles Problem. Nicht wegen der Toleranz, sondern wegen der Anstrengung des Begriffes. Die Kirche atmet die Anstrengung des Begriffes. Das Wort Gottes hat sich nach christlicher Auffassung zunächst den Hebräern gezeigt. Von dort aus wurde es den Hellenisten übergeben und dann den Römern bis zu den Galliern und Germanen und allen möglichen Völkern und Nationen. Jede Übergabe des einen gleichen Wortes in einen anderen Kulturraum forderte eine eigene Übersetzung. Diese Übersetzung war nicht ein Wort für Wort, sondern hinein in eine Kultur, in ein gesellschaftlich-philosophisches System, hinein in ein Denken und ein Lebensgefühl. Und nur in dieser Anstrengung, den Inhalt neu zu inkulturieren, bleibt das Wort authentisch. Wer am Buchstaben klebt, der kann kein authentischer Christ sein.

Hin zum Islam illustriert: Gehe ich Christ in eine Werktagmesse in Südrumänien, weiß ich, worum es geht, auch wenn ich kein Wort Landessprache spreche. Das kann ich, weil der Inhalt überall derselbe ist, nur unter eigener Kultur entfaltet.

Geht ein Muslim, egal ob er Arabisch spricht oder nicht, in seinen Gottesdienst und rezitiert den Koran, dann weiß er nicht, worum es eigentlich geht. Der Koran macht genau diese Übersetzung nicht, macht nicht die Anstrengung des Begriffs in einem anderen Kulturraum.

Es geht hier um ein theologisches Problem. Soziokulturell assimilieren und integrieren sich selbstverständlich Muslime. Auch der Verstehenshorizont wandert freilich mit. Jeder Mensch ist auf seine Weise situiert und studiert Texte gemäß seiner kulturellen Prägung. Aber tut dies der Koran, also das Wort Gottes? Ich fürchte, der macht es genauso wie die Protestanten: Jeder Schritt weg vom (vermeintlichen) Original ist eine Form der Abkehr. Der Graben wird nur größer, nie kleiner. Verständlich, dass jede Übersetzung vom Authentischen wegführen muss. Die wollen alle zum ursprünglichen Wort, weil sie meinen, dort ist es wahr. Bei der Kirche ist es genau umgekehrt. Nur in der Übersetzung ist das Wort Gottes authentisch und wahr.

## SCHLUSS

Es gibt viele Herausforderungen in unserer Zeit. Dabei kommen einige Wichtige in den Blick und auch zu Wort. Aber es kommen auch einige Wichtige nicht ans Licht. Die größte Narretei unter den Blüten ist die „Leitkultur“. Der Begriff erinnert an eine Totenbeschwörung, bei der man vergessen hat, was man da eigentlich erwecken will. Der Begriff muss wieder angestrengt werden. Von Jerusalem über Athen nach Rom und von dort bis nach Berlin. Das ist die wirklich große Herausforderung, vor der wir stehen. Wir alle.

||| JOHANNES WAHL

ist im Magisterstudiengang Katholische Theologie  
an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen  
Frankfurt am Main



# NAME, HEIMAT, MACHT – FÜR ALLE!

**LAURA MARIA WASTLHUBER** ||| Die universelle Trias der Identifikationssymbole im Spiegel des Flüchtlingsstromes – ein Abriss unserer Gesellschaft am Scheideweg zwischen Krise und Chance in der Bewältigung der massenhaften Migration. Der Beitrag versucht eine Analyse von alter Ordnung, Heimatgefühl und dem faktischen Zwang zu Veränderungen trotz bestehender Ängste in skeptischer Distanz.

Name, Heimat und Macht stellen nach einer Untersuchung des Theologen Paul Michael Zulehner<sup>1</sup> und des Soziologen Gerhard Schmidtchen<sup>2</sup> die Lebensheiligtümer der Deutschen und der Österreicher dar. Zwar liegt die Umfrage schon einige Jahre zurück, jedoch sind diese drei Identifikationssymbole vor dem Hintergrund der derzeitigen Flüchtlingskrise aktueller denn je. Diese Trias ist universell und nicht allein auf die Deutschen beschränkt. Jeder Mensch, egal welcher Herkunft, findet sich in dem Dreiklang wieder. Einen Namen haben, Selbstwirksamkeit verspüren und in der (selbst gewählten) Heimat leben zu können sind lebensprägende Weichenstellungen für eine geglückte menschliche Existenz. Wo aber dieses Klima der Lebensheiligtümer gestört ist, wo man seiner Heimat beraubt ist, wo man zum Objekt zwischenstaatlicher asylpolitischer Schachzüge gemacht wird und wo eine Antragsnummer die menschliche Individualität raubt, besteht die begründete Sorge des massenhaften Zerbrechens von Biografien.



## **HERAUSFORDERUNG FÜR ALLE**

Migration und die im besten Falle darauf folgende Integration setzen Aufnahmebereitschaft voraus. In den heutigen Tagen ist die Aufnahmebereitschaft der Weltgemeinschaft gefragt. Rund 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Armut und Klimawandel und sehnen sich nach einem Ort, wo sie zur Ruhe kommen dürfen, Zukunftschancen bekommen und neu wurzeln können.<sup>3</sup> Deutschland startete in den letzten Jahren und Monaten den Versuch, für viele Migranten ein Ort des Neuanfangs zu werden. Ich spreche bewusst von einem Versuch, denn aufgrund der geschätzten Zahl von 1,1 Millionen Schutzsuchenden im Jahr 2015,<sup>4</sup> von 396.947 Asylanträgen im ersten Halbjahr 2016<sup>5</sup> und der augenscheinlichen kulturellen Verschiedenheit<sup>6</sup> kann man nur von einem Versuch und einer Herausforderung sprechen, all diesen Einzelschicksalen gerecht zu werden. Per definitionem handelt es sich bei einem Versuch um ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Unser Land wurde zu einem Versuchsland. Egal, wie man persönlich zu diesem Versuch steht – ob man ihn ablehnt und eine Abschottung Deutschlands wünscht oder ob man ihn begrüßt und bedauert, dass aufgrund der Schließung der Flüchtlingsrouten faktisch der Weg nun zu uns versperrt ist – wir alle sind als Bürger dieses Landes Teil des Versuches und können zu seinem Gelingen, aber auch zu seinem Scheitern beitragen. Wir befinden uns als Gesellschaft am Scheideweg zwischen Krise und Chance der massenhaften Migration. Fakt ist jedoch, scheitert dieses Realexperiment, so scheitern wir alle und es wird keinen Sieger in unserer Gesellschaft geben.

## **MACHT GEBEN – MACHT ERHALTEN**

Für jeden Menschen ist es wichtig, das Gefühl von Selbstwirksamkeit zu verspüren, um von sich und anderen als Subjekt wahrgenommen werden zu können. Die große Zahl der Asylbewerber ist jedoch mit einer anderen Realität konfrontiert. Als Antragsnummer x werden sie nach einer innerdeutschen Verteilungsquote einem

Bundesland zugewiesen, das sie wiederum landesintern auf Bezirke, Kreise und Kommunen verteilt. Wohnortwünsche und Präferenzen hinsichtlich der Unterbringung können verständlicherweise in diesem Massenprozess nicht berücksichtigt werden, um das System nicht zu Fall zu bringen. Sind die Flüchtlinge aber erst einmal angekommen, stellt sich die Frage, wie man dieser Personengruppe ein Quantum an eigenverantwortlicher Lebensgestaltung einräumen kann. Selbstwirksamkeit und Autonomie können nur in Interaktion mit anderen Menschen erlebt werden, weshalb es nötig ist, dass sich die Einheimischen auf den Kontakt mit den zunächst einmal Fremden einlassen. Kommunikation und gesellschaftliche Partizipation sind keine staatlich verordenbaren Prozesse, sondern müssen im zwischenmenschlichen Bereich wachsen und gedeihen. Um aber den Nährboden für dieses zarte Pflänzchen zu bereiten, ist es notwendig, die deutsche Bevölkerung hinter die politische Entscheidung – die Grenzen für die Flüchtlinge zu öffnen – zu scharen. Nur wenn beide Seiten an einem Strang ziehen, sich auf das Fremde einlassen und der interkulturellen Verständigung eine Chance geben, kann Vereinsamung, Radikalisierung und Fremdenhass Einhalt geboten werden. Die Einheimischen sind in ihrer Mehrheit aber nur bereit, sich auf dieses Experiment einzulassen, wenn sie selbst keinen Machtverlust oder materielle Einbußen zu befürchten haben. Auch wenn der heilige Martin, eine Symbolfigur des Christentums, seinen Mantel brüderlich mit dem Bettler teilte und sich selbst mit dem verbliebenen Mantelrest begnügte, so ist es doch ein urmenschliches Phänomen, dass man nur bereit ist, dasjenige (ab-)zugeben, was einem nicht fehlen wird. Vordergründig geht es aber nicht um die Abgabe von Macht, – wie etwa politischer Macht – sondern um eine gegenseitige vorurteilslose Öffnung. Voraussetzung hierfür ist aber, dass sich die deutschen Bürger von der Politik gehört fühlen und als demokratische Basis nicht das gefährliche Gefühl von Ohnmacht verspüren. Eine nicht geringe Zahl von Menschen empfindet die enorme Zuwanderung und die damit unlegbar einhergehende

gesellschaftliche Neu- und Umgestaltung des Landes als aufgezwungen und wählt in der Folge Parteien mit fragwürdigen Zielen – wie die AfD.<sup>7</sup> Um selbst nicht die politische Macht an solche bedenklichen Gruppierungen zu verlieren, ist die Politik aufgerufen, die Tatsache wahrzunehmen, dass auch ein Land wie Deutschland nur über eine begrenzte Aufnahmekapazität verfügt und ein langfristiger Plan hinsichtlich der Bewältigung der Flüchtlingszahlen nötig ist. Der wirtschaftliche und / oder staatliche Zusammenbruch ist eine faktische Aufnahmegrenze, die aber im Sinne aller niemals ausgereizt werden darf, da sie nur eine Potenzierung von Not und Elend bewirken würde. Aufgabe der Demokratie und vor allem der politischen Mitte ist es daher nicht, ihr staatstheoretisches Konstrukt durch unkontrollierte Zuzüge zu unterminieren, sondern endlich in einen sachlichen, realistischen und humanen Diskurs über die Größe der Aufnahmekapazität und die praktische Umsetzung einzutreten. Am Ende dieses Diskurses müssen aber Ziele stehen, die eine gesetzliche Grundlage besitzen und auch konsequent verfolgt werden. Ziele haben eine nicht zu unterschätzende motivierende Kraft und können so ein wesentlicher Baustein für die Bewältigung der großen Aufgabe Integration sein.

Allen Protagonisten des Integrationsversuches das rechte Maß an Macht und Selbstwirksamkeit zukommen zu lassen beziehungsweise diesen Status zu erhalten, ist eine immense Herausforderung, die aber zur Erhaltung eines stabilen gesellschaftlichen Gleichgewichtes gemeistert werden muss. Man muss sich jedoch auch darüber im Klaren sein, dass diejenigen Migranten, die mittel- oder langfristig in unserer Mitte bleiben, einmal das Bedürfnis nach gesellschaftlicher und politischer Mitsprache verspüren werden. Die derzeitige „Machtverteilung“ ist somit nur eine Momentaufnahme und korreliert zwingend mit solch großen gesellschaftlichen Bewegungen.

## HEIMAT WERDEN – HEIMAT BLEIBEN

Aufgabe ist es aber nicht nur, Heimat zu werden, sondern zugleich auch Heimat zu bleiben. Aus diesem Grund ist der Heimatbegriff ähnlichen Spannungen ausgesetzt wie der Machtbegriff. Heimat ist ein sozialer Rückzugsort, wo man (im Idealfall) im Kreise seiner Familie vom Alltag rasten darf. Heimat ist aber auch ein Stück weit Identifikation, denn wir fühlen uns innerhalb unserer sozialen Gruppe und unserer gewohnten Umgebung am meisten angenommen und zu Hause. Unter diesem Blickwinkel kommt dem positiv besetzten emotionalen Heimatbegriff auch eine nationale Komponente zu, denn Heimat hat zu einem gewissen Teil auch etwas mit nationaler Identität und Zugehörigkeit zu tun.

Die Heimat verlassen zu müssen, Familie, Freunde und Habseligkeiten zurücklassen zu müssen, ohne die Gewissheit auf ein Wiedersehen zu haben, ist entwurzelnd und zugleich traumatisierend. Nach einer solchen Erfahrung ist der Wunsch nach einer Ersatzheimat in der Fremde und nach einem neuen Lebensanfang verständlicherweise umso größer. Menschen in Situationen der inneren und äußeren Not zu unterstützen und einen eigenen persönlichen Beitrag, etwa durch Engagement in einem Helferkreis, zu leisten, muss eine Selbstverständlichkeit sein. Nur in einem offenen und warmen Umfeld können fragmentarische menschliche Biografien wieder zu ganzer Lebensfülle geführt werden. Fakt ist aber, dass die Ersatzheimat Deutschland sich in zentralen Punkten von der ursprünglichen Heimat unterscheidet. Unser Land ist kein Kriegsgebiet und es steht unter dem Schutzmantel der freiheitlich demokratischen Werteordnung des Grundgesetzes. Die Einreise nach Deutschland bedeutet für die Schutzsuchenden aber nicht nur, den Frieden genießen zu dürfen, sondern auch die bestehende und ihnen bislang unbekannte Kultur- und Rechtsordnung zu achten. Abgesehen von den geschriebenen Gesetzen besteht aber auch ein enormer Unterschied in den sogenannten ungeschriebenen Gesetzen, den Gebräuchlichkeiten des Alltages. So ist es hierzulande verpönt, im

Einzelhandel basarähnlich um den Preis zu feilschen und die Preisschilder lediglich als Verhandlungsgrundlage zu verstehen. Ebenso ist es bei uns nicht Usus, auf viel befahrenen Straßen spazieren zu gehen oder die offene Ladefläche eines LKWs als Personenverkehrsmittel zu nutzen. Neben diesen Alltagstücken, die nach kurzer Eingewöhnungsphase durchaus zu meistern sind, gibt es aber auch gravierende Unterschiede, die als Prüfstein der Integration gelten müssen. Es kommen nicht nur die Menschen an sich zu uns, sondern auch ihre individuellen Wertvorstellungen. Wertvorstellungen und das Gewissen, die innere Richtschnur des eigenen Handelns, korrelieren maßgeblich mit der Sozialisation. Nach Arthur Schopenhauer besteht das Gewissen zu jeweils einem Fünftel aus Menschenfurcht, Deisdämonie (Götzenfurcht), Vorurteil, Eitelkeit und Gewohnheit.<sup>8</sup> Nun mag man sich über die einzelnen Komponenten und die prozentuale Zusammensetzung streiten können, in der Sache aber wird deutlich, dass die kulturelle Herkunft einen enormen Einfluss darauf hat, was wir als normal und gut ansehen.

Der Grund dafür, warum die alte Heimat von Krieg geprägt ist, liegt vielmals darin, dass es jahrhundertealte Konflikte zwischen unterschiedlichsten ethnischen Gruppen gibt, die immer wieder in Hass und Gewalt ihren Niederschlag finden. Etwa Sunniten und Schiiten sind traditionell verfeindet. Feindschaft, Ablehnung und Vorverurteilung sind aber ebenso im Gepäck der Flüchtlinge wie positive menschliche Eigenschaften. Durch den Zuzug vieler ethnischer Splittergruppen importieren wir aber auch Konfliktpotenzial, das uns bisher völlig fremd war. Der Grund für Gewalteskalationen in Flüchtlingsunterkünften ist vielfach darin zu sehen, dass der Einzelne zwar für sich einen friedlichen Neuanfang wünscht, aber im Gegenzug nicht bereit ist, sich mit Mitgliedern verfeindeter Volksgruppen eine Unterkunft zu teilen. Nun könnte man das Problem dadurch lösen, dass man bei der Zuweisung der Flüchtlinge akribisch darauf achtet, nur Anhänger derselben Volksgruppe in der gleichen Einrichtung unterzubringen. Dieses Vorgehen wäre aber ein falsches

Zugeständnis. Wer in Deutschland Frieden und Ruhe vor Gewalt finden will, muss auch selbst bereit sein, alte Fehden hinter sich zu lassen. Diejenigen Einwanderer, die dies nicht können oder wollen, müssen die Konsequenzen zu spüren bekommen. Konsequenz ist hier das oberste Gebot, da wir unseren inneren Frieden nicht gefährden dürfen und nur so eine friedliche Heimat bleiben und werden können.

Wir fühlen uns in unserem Land heimisch, weil etwa Zwangshe, Kinderehe, Genitalverstümmelung, Ehrenmord und Scharia keine Rolle spielen. Mit der Einwanderung so vieler Menschen werden Politik und Gesellschaft aber herausgefordert, zu diesen Phänomenen Stellung zu beziehen. Jedoch ist eine klare Positionierung allein nicht ausreichend. Die Kinderehe (es gibt circa 1.500 verheiratete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland)<sup>9</sup> persönlich abzulehnen ist zunächst einmal einfach, aber bringt in der Praxis erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Muss man diese Ehe von Amts wegen lösen oder das Eheverständnis der anderen Kultur akzeptieren? Muss der minderjährige Ehepartner, dessen einzige Bezugsperson möglicherweise sein Ehegatte ist, in staatliche Obhut genommen werden? Welchen Status haben die Kinder, die aus einer solchen Ehe hervorgingen? Muss der erwachsene Ehegatte sich möglicherweise strafrechtlich verantworten? All diese Fragen sind in kurzer Zeit nachhaltig zu klären, dass sie nicht in Widerspruch zum Minderjährigenschutz stehen und zugleich aber auch dem grundrechtlich verbürgten Schutz der Familie gerecht werden. Die Behandlung des Phänomens Kinderehe ist zugleich auch gesellschaftlicher Sprengstoff, denn klar ist, dass die deutsche Bevölkerung mehrheitlich solche Verbindungen entschieden ablehnt. Genau in der Entscheidung solcher Fragen aber wird die Diskrepanz zwischen „Heimat werden und Heimat bleiben“ offenbar.

Jeden Einwanderer menschlich zu empfangen ist ein humanes Grundgebot, doch muss man ebenso deutlich zeigen, dass Deutschland nicht Syrien, Afghanistan, Tunesien oder der Irak ist. Es gibt bei uns Grundwerte und Grundregeln, die wir nicht zur Disposition

stellen und die unverhandelbare Fundamente unseres Gesellschaftsverständnisses sind. Abgesehen von diesen Überzeugungen müssen wir als offene pluralistische Gemeinschaft aber auch einem gewissen Quantum friedlicher Einwanderer Platz bieten, neu zu wurzeln.

## NAME

Wenn man einem Kind einen Namen gibt, so ist dies mehr als die Verleihung einer bloßen Bezeichnung, sondern die Verleihung von Individualität und Identität. Wer keinen Namen hat, fristet eine traurige und entmenschlichende Existenz, wie etwa der Besessene von Gerasa aus dem Markusevangelium.<sup>10</sup> Der Besessene wurde ausgegrenzt und zum namenlosen Objekt, das in einer Grabhöhle lebte und von der Gesellschaft gemieden wurde. Nun haben zwar alle Flüchtlinge einen Namen, – wenn sie ihn auch oftmals vor den Behörden verschweigen oder falsch angeben – aber dennoch können sie ihre Individualität, die ihnen ihr Name verleiht, erst ausleben, wenn sie von anderen anerkannt werden. Wer nicht angenommen wird, als bloße Asylantragsnummer x betrachtet wird und keine Chance hat, sich in irgendeiner Form einzubringen, empfindet sein Leben als defizitär. Gerade radikale Gruppierungen, die oftmals ein fatales Geschick besitzen, diesen Menschen ein scheinbar anerkennendes Lebensumfeld zu bieten, warten nur darauf, massenhaft neue Anhänger gewinnen zu können.

Kommunikation und Völkerverständigung geschehen nicht im Parlament, beim Abschluss von Flüchtlingsabkommen oder beim Willkommensapplaus für Neuankömmlinge am Bahnhof. Diese Prozesse geschehen im Kleinen und sind für jedermann zugänglich. Ob im Asylhelferkreis, in der Schule, im Wartezimmer oder während einer Busfahrt, jeder hat tagtäglich die Möglichkeit, im Rahmen seiner Kräfte seinen Teil beizutragen. Aus Kontakt entsteht aber nicht selten das Gefühl von Nähe, Verbundenheit und Solidarität. Diese grundsätzlich überaus positiven Gefühle dürfen aber andererseits nicht dazu führen, dass geltendes Recht zur Beliebigkeit ge-

stellt wird. Derjenige, dessen Asylantrag abgelehnt wird, muss auch wieder in seine Heimat zurückkehren,<sup>11</sup> denn für ihn ist unser Asylrecht nicht gemacht. Wenn ein Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland nach eingehender Prüfung der Sach- und Rechtslage eine solche Ablehnung verfügt, muss dies von allen Beteiligten akzeptiert werden. Gewiss mag der Abschied schwerfallen und die Zukunft in der Heimat nicht rosig erscheinen, doch ist die Aufnahmekapazität Deutschlands begrenzt und Hilfe kann daher nur den tatsächlich Asylberechtigten gewährt werden. Halten wir uns nicht an unsere eigenen Gesetze, versuchen wir sie im Einzelfall aus Billigkeitserwägungen zu umgehen, kommen wir in der Tendenz den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge gefährlich nahe. Diese Herkunftsstaaten zeichnen sich in aller Regel nämlich dadurch aus, dass sie keine Rechtsstaaten sind. Dass wir aber in einem Rechtsstaat leben dürfen, ist im Anbetracht der durchlebten Schrecken des Dritten Reiches eine große Errungenschaft und darf nicht von uns selbst, auch nicht zur scheinbaren Verfolgung hehrster Ziele, gefährdet werden.

### **NUN SAG, WIE HAST DU'S MIT DER RELIGION?<sup>12</sup>**

Diese Gretchenfrage lässt sich im Kontext der Lebensheiligtümer der Deutschen durchaus stellen. Was die Deutschen von vielen anderen Nationen unterscheidet, ist das Heiligtum an sich – die Religion. Für viele Menschen ist der christliche Glaube nicht mehr das unumstößliche Fundament des eigenen Lebens, sondern er versinkt in den realen Untiefen des gelebten Atheismus. Einerseits ist die Angst vor dem Islam und der Islamisierung groß<sup>13</sup> und die christlich abendländische Tradition wird mit pathetischen Hymnen besungen, andererseits aber sind sonntags die Kirchen leer, Nachwuchs für geistliche Berufe findet sich kaum, Kirchenaustritte<sup>14</sup> mehren sich und die christliche Religion wird bei Eheschließung, Kommunion und Firmung als bloßes Event ohne tiefgründigen Sinn wahrgenommen. Wer dem Islam kritisch gegenübersteht und seiner Ausbreitung friedlich Einhalt gebieten möchte, muss sich selbst erst



einmal hinterfragen. Warum lässt man die eigenen Kinder nicht taufen, warum hängt kein Kreuz in der Wohnung, warum wird vor dem Essen nicht gebetet, warum beschränkt sich der Kirchengang auf Hochzeiten und Begräbnisse und warum erbittet man sich für die eigene Trauerfeier einmal einen professionellen Trauerredner anstatt eines Priesters? Ich wünsche mir keine christlichen Fundamentalisten, die zum Kampf gegen den Islam aufrufen, sondern ein gesundes christliches Selbstverständnis, das gelebt wird, durch gelebte Praxis weitergegeben und so friedlich verteidigt wird. Die größte Bedrohung für das Christentum ist nicht der friedlich gelebte Islam, sondern die fehlende Identifikation und die daraus resultierende Entfremdung der Christen von ihrer eigenen Religion.

## FAZIT

Nur wenn wir uns als Gesellschaft bewusst werden, wer wir sind, was uns wichtig ist und wo wir unsere Entwicklung sehen, können wir der großen Herausforderung Migration und Integration auf Augenhöhe begegnen. Wenn wir ein klares Selbstbild definieren und dieses Selbstbild auch leben und nicht nur als Ideal proklamieren, haben wir eine solide Basis für die Integrationsarbeit. Die Integrationsidee darf aber nicht die Realität verdrängen. Die Realität zeigt nämlich, dass Integration im Einzelfall auch scheitern kann und es Personen gibt, die sich nicht mit unseren Werten arrangieren können und wollen. In diesem Fall ist der Rechtsstaat gefragt, und er darf in seinen effektiven Handlungsmöglichkeiten nicht durch falsch verstandene Gastfreundschaft blockiert werden. Die Rückführung und Ausweisung<sup>15</sup> muss zwar ultima ratio bleiben, aber dennoch darf dieses Instrument nicht zum bloßen Lippenbekenntnis verkommen.

||| LAURA MARIA WASTLHUBER

ist Diplom-Juristin und derzeit Promotionsstudentin an der LMU im Fachbereich Strafrecht sowie Studentin des Masterstudienganges wertorientiertes Management an der Universität Passau.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Zulehner, Paul Michael: Religion im Leben der Österreicher, Dokumentation einer Umfrage, Wien 1981, S. 17.
- <sup>2</sup> Schmidtchen, Gerhard: Was den Deutschen heilig ist – religiöse und politische Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1979.
- <sup>3</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-60-millionen-menschen-welt-weit-auf-der-flucht-a-1039321.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>4</sup> <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-so-viele-fluechtlinge-kamen-nach-deutschland-1.2806558>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>5</sup> <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/07/asylan-traege-juni-2016.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>6</sup> <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/07/asylan-antraege-juni-2016.html>, Stand: 1.11.2016, die meisten Flüchtlinge stammen aus dem Iran, Irak, Syrien und Afghanistan.
- <sup>7</sup> Die AfD erreichte 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt beachtliche Ergebnisse bei den Landtagswahlen, <http://www.merkur.de/politik/landtagswahlen-2016-ergebnisse-live-ticker-zr-6198055.html>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>8</sup> Schopenhauer, Arthur: Preisschrift über die Grundlagen der Moral, in: Werke in fünf Bänden, Band 3, Zürich 1988, § 13, S. 548.
- <sup>9</sup> <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/kinderehen-deutschland-fluechtlinge-minderjaehrig>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>10</sup> MK 5,1-20.
- <sup>11</sup> Im Jahr 2015 wurden rund 21.000 Menschen abgeschoben, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-01/abschiebungen-asylbewerber-nordrhein-westfalen-bayern>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>12</sup> von Goethe, Johann Wolfgang: Faust, Vers 3415, München 1999.
- <sup>13</sup> <http://www.tagesspiegel.de/politik/studie-ueber-muslime-und-islam-in-deutschland-angst-vor-dem-islam/11204400.html>; <https://www.welt.de/politik/deutschland/article155279501/Fuer-60-Prozent-gehört-der-Islam-nicht-zu-Deutschland.html>; [http://www.focus.de/politik/deutschland/studie-zeigt-immer-mehr-deutsche-haben-angst-vor-dem-islam\\_id\\_4389238.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/studie-zeigt-immer-mehr-deutsche-haben-angst-vor-dem-islam_id_4389238.html), Stand: 1.11.2016.
- <sup>14</sup> <http://www.kirchenaustritt.de/statistik>, Stand: 1.11.2016.
- <sup>15</sup> <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-01/abschiebungen-asylbewerber-nordrhein-westfalen-bayern>, Stand: 1.11.2016.

